Türkei geht auf Distanz zu USA und Nato S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 16 – 18. April 2015

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

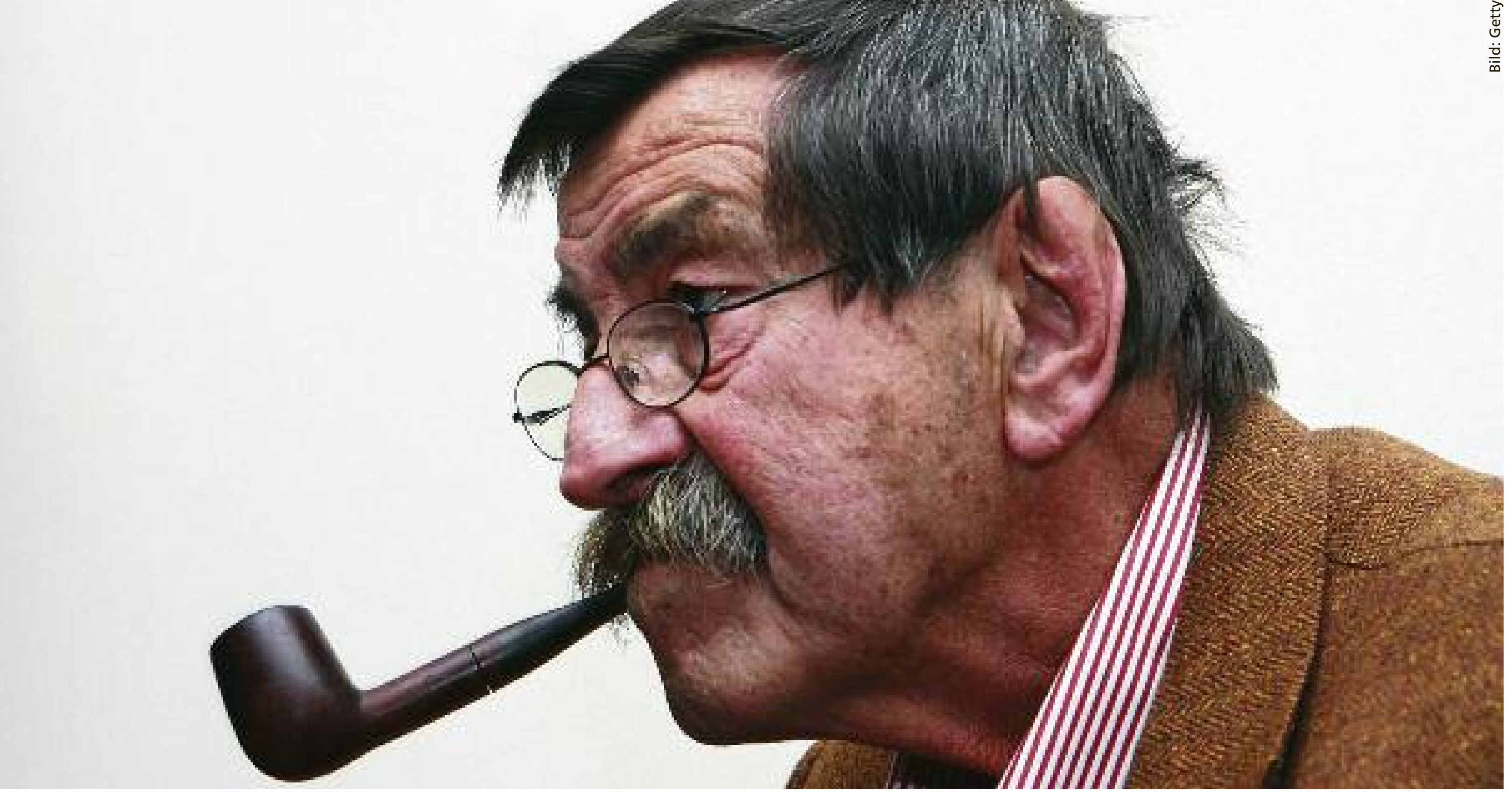


Bild: Getty

Umstrittenes Aushängeschild der deutschen Literatur: Günter Grass (* 16. Oktober 1927 in Danzig, † 13. April 2015 in Lübeck)

Alles nur Pose

Widersprüchliche Figur – Zum Tod des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass

Am 13. April starb Günter Grass im Alter von 87 Jahren in Lübeck. Er polarisierte wie kein Zweiter.

Eines muss man zugeben: Faszinierend war er als Persönlichkeit. Günter Grass konnte einen in seinen Bann ziehen wie kaum ein anderer Autor. Wer ihm einmal begegnet war, kann das bestätigen. Als Zuhörer klebte man an seinen Lippen, und Grass verstand es, auf rhetorisch perfekte Weise mit kunstvollen Sätzen einen solchen Wortschwall auszustoßen, dass alle wie benebelt waren. Und alle glaubten dieser moralischen Instanz und diesem politischen Mahner. Egal ob es stimmte.

Bis zu seinem Tod hat Grass an dieser verkaufsfördernden Pose gearbeitet, immer eitel darauf bedacht, dass diese Fassade keine Kratzer abkriegt. Selbst seine Altersbeichte in seinem Buch „Beim Häuten der Zwiebel“ von 2006, dass er als junger Mensch freiwillig zur Waffen-SS ging, war in Worten so gut verpackt – jugendliche Dummheit, Zeitumstände etc. –, dass er dieses „Vergehen“ relativ gut überstand.

Eine schlüssige Antwort auf die Frage, warum er nicht früher dieses nicht ganz unwichtige Detail aus seinem Leben offenbarte, lieferte er nicht. Ganz klar: Wer hätte schon die Bücher eines Waffen-SS-Mannes gekauft? Und wer hätte einen solchen Autor ernst genommen, der einer Nation ins Gewissen reden will? Seine Empörung über den gemeinsamen Besuch Helmut Kohls mit Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg 1985, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS begraben liegen, wäre so zu einer Lachnummer geraten.

> Schriftsteller treten nicht ab. Man muss sie weiter ertragen

Wäre Grass ein Politiker gewesen, so hätte er nach diesem Skandal sofort zurücktreten müssen, doch Schriftsteller treten nicht ab. Man muss sie immer weiter ertragen. Für Grass gilt das in mehrfacher Hinsicht. Er hatte sich vorgenommen, der bedeutendste Autor der Bundesrepublik zu werden, und er wurde es. Sein Ruhm basiert auf „Die Blechtrommel“ von 1959, und gekrönt wurde sein Ehrgeiz mit dem Literaturnobelpreis 1999. Eigentlich hätte er nach seinem Debütroman aufhören können zu schreiben. Denn in dem Maße, wie seine literarische Schaffenskraft nachließ, nahm seine politische Einflussnahme zu. Er war der linke Vorzeige-Demokrat, der Wahlkampf für Willy Brandt betrieb, die Friedensbewegung unterstützte, gegen die Nato-Aufrüstung eintrat und die Wiedervereinigung kritisierte.

Dass es hinter seiner Fassade anders aussah, wurde deutlich, als er 2012 mit seinem israelkritischen Gedicht „Was gesagt werden muss“ für eine kurze Aufregung im linken Blätterwald sorgte. Dass er es als einer der ersten wagte, in seiner „Gustloff“-Novelle „Im Krebsgang“ nicht deutsche Weltkriegstäter, sondern -opfer in den Mittelpunkt zu stellen, war ebenfalls ein unerwarteter Tabubruch.

Eines wird aber bleiben: Seine Danziger-Trilogie wird nachfolgende Generationen noch lange an die verlorene ostdeutsche Heimat von Grass und Millionen anderer erinnern. Dieses Verdienst ist ihm nicht zu nehmen. *Harald Tews*

(siehe Kommentar Seite 8)

Jan Heitmann:

Nur Strategie

„Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist.“ Mit diesem Slogan sucht die Bundesregierung die Nähe zum Volk. In einem Dialog will sie herausfinden, was die Menschen wollen. Ohne wissenschaftliche Studien und demoskopisches Brimborium. Sogenannte Multiplikatoren aus knapp 70 gesellschaftlichen Organisationen sollen Politiker mit Bürgern zusammenbringen, die den Entscheidern unverblümt ihre Meinung sagen. Danach soll der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung eine objektive Zusammenfassung und Bewertung dieser subjektiven Äußerungen erstellen. Vizekanzler Sigmar Gabriel verspricht, „andere reden zu lassen“ und zuzuhören. Die Koalition habe den Ehrgeiz, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, noch in der laufenden Wahlperiode auf Grundlage der Erkenntnisse aus diesen Diskussionen Beschlüsse zu fassen.

Soweit die schöne Theorie. Doch schon die Auftaktveranstaltung in Berlin hat die Vermutung genährt, dass es bei der Theorie bleiben wird. Die Bürger, die doch eigentlich zu Wort kommen sollen, waren nämlich nicht geladen. Andererseits ist Merkel dafür bekannt, wie kein anderer auf tatsächliche oder auch nur vermeintliche Befindlichkeiten der Menschen, auf Stimmungen zu reagieren – selbst dann, wenn es die Aufgabe von Kernelementen christdemokratischer Programmatik bedeutet. Deshalb ist es ihr nicht egal, was die Menschen denken. An einem echten Dialog ist sie aber nicht interessiert, dafür aber, wie sie selbst sagt, an „mehr Kennziffern“. Dieser Bürgerdialog ist Teil ihrer Strategie. Verhaltensökonomen sollen ermitteln, wie die Politik die Menschen ohne Gesetze zu besseren, zu noch systemkonformeren Bürgern erziehen kann.

V wie Verräter

Schafft ein neues Gesetz endlich Klarheit beim Einsatz von V-Leuten?

Scharf kritisiert hat Bundesinnenminister Lothar de Maizière die Entscheidung Thüringens ab sofort weitgehend auf den Einsatz von V-Leuten zu verzichten. Für die rot-rot-grüne Landesregierung in Erfurt unter Bodo Ramelow war es eine Konsequenz aus dem angeblichen Versagen der landeseigenen Geheimdienstler rund um die Mordserie, die dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) angelastet wird.

De Maizière selbst will mit seiner Reform des Verfassungsschutzes ebenfalls Konsequenzen aus dem NSU-Komplex ziehen. Darin will er für den Einsatz von V-Leuten „erstmals einen klaren gesetzlichen Rahmen“ schaffen. Was dabei vor allem erschreckt? Wie frei die einzelnen staatlichen Organe bislang im Umgang mit ihren „informellen Mitarbeitern“ aus dem Milieu agieren konnten. „Lose Absprachen und spezielle Regelungen in Verwaltungsvorschriften“ hätten den Einsatz von V-Leuten bestimmt, erklärte de Maizière jüngst im Bundestag. Ob sein Gesetz diesen Zustand ändert, ist allerdings mehr als umstritten. Schwammige Formulierungen, Kann-Bestimmungen und garantierte Straffreiheit auch bei schweren Verbrechen finden sich dort. Eine präzise Benennung erlaubter Straftaten scheiterte an der Überlegung, dass unterwanderte Gruppierungen anhand der aufgelisteten Vergehen leicht hätten austesten können, ob jemand aus ihren Reihen ein Verräter ist und für die Gegenseite arbeitet.

> Ein zwielichtiges, dunkles Geschäft

So bleibt der Einsatz von V-Leuten nach wie vor ein dunkles, zwielichtiges Geschäft des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der 16 Landesämter für Verfassungsschutz von Polizei und Zoll. Denn immer wieder in der Geschichte der Bundesrepublik haben V-Leute schwere Verbrechen nicht verhindert, sondern erst ermöglicht. *FH*

(siehe Seite 3)

Wilders hat nicht gezogen

Teilnehmerzahl bei Pegida in Dresden blieb unter den Erwartungen

Ganz so groß wie erwartet war die Zugkraft des niederländischen Islamkritikers Geert Wilders dann doch nicht: Statt der von den Veranstaltern erwarteten 30000 kamen nur 10000 Teilnehmer zu der Pegida-Kundgebung am vergangenen Montag in Dresden. Das war nicht die einzige Enttäuschung an diesem Tag, hätte ein stärkerer Zulauf der derzeit schwächelnden Pegida-Bewegung doch neuen Schwung gegeben.

Auch der Auftritt von Wilders war enttäuschend. Einige Nettigkeiten zu den Pegida-Anhängern, moderate Töne über die Bedrohung der Freiheit durch den Islam, die Feststellung, dass man niemanden hasse, und nach nur 25 Minuten war der prominente Gastredner wieder verschwunden. Für den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) dürfte dessen Zurückhaltung eine Enttäuschung gewesen sein, hatte er doch angekündigt, fremdenfeindliche oder rassistische Ausfälle nicht dulden und konsequent gegen die Veranstalter vorgehen zu wollen. Doch diesen Gefallen haben ihm weder Wilders noch die nachfolgenden Redner getan.

> Tillichs Drohung ging ins Leere

Eine gewisse Enttäuschung für manchen Pegida-Anhänger war der Auftritt von Tatjana Festerling, der neuen Pegida-Frontfrau. Von der frisch gebackenen Kandidatin der Bewegung für das Amt des Dresdner Oberbürgermeisters hatten sie mehr erwartet als nur die Wiederholung altbekannter Pegida-Botschaften.

Dass die Warnung der Pegida vor einer Islamisierung unserer Gesellschaft indes mehr als berechtigt ist, hat der Rat der Stadt Gladbeck bewiesen. Mit großer Mehrheit hat er den geplanten Muezzin-Ruf an der örtlichen Ditib-Moschee begrüßt. Die Stadt sei stolz darauf, dass die Ditib-Gemeinde den täglichen Muezzin-Ruf einführe, teilte Sozialdezernent Rainer Weichelt mit. Für Gladbeck sei das „ein sehr guter Tag und ein Stück Zukunft“. *J.H.*

MELDUNGEN

Südtirol will eigene Post

Bozen – Die Südtiroler Landesregierung erwägt, einen eigenen Postdienst zu gründen, um sich von den katastrophalen „italienischen Verhältnissen“ zu verabschieden. Die Lage der italienischen Staatspost wird immer dramatischer. Beschwerden über unzureichende Zustellungen sind aus dem ganzen Land zu vernehmen, und selbst die Zentralpostämter der Provinzhauptstädte können oftmals nicht einmal mehr Briefmarken anbieten. In Südtirol kommt erschwerend hinzu, dass dort häufig nationalistische Italiener im Postdienst arbeiten und sich gesetzeswidrig weigern, deutschsprachig beschriftete Postsendungen ordnungsgemäß zuzustellen. *T.W.W.*

Wahlkampf in Polen eröffnet

Warschau – In Polen hat der Präsidentschaftswahlkampf begonnen. Als erster Kandidat meldete sich Janusz Korwin-Mikke für seine neue Partei „Korwin“, der einen unabhängigen Kurs von der EU fordert. Korwin-Mikke ist ein großer US-Freund und als konservativer Exzentriker bekannt, der unter anderem Frauen das Wahlrecht und die sexuelle Selbstbestimmung in der Ehe entziehen will. Andrzej Duda, Kandidat der rechtsextremen PiS, sprach sich für eine Stationierung von Nato-Truppen in Polen und eine Verstärkung der polnischen Armee aus. Parteichef Jaroslaw Kaczynski verzichtete auf eine zweite Kandidatur. Mit im Rennen sind auf Seiten der Opposition bisher außerdem die Grüne Anna Grodzka und die junge, aus Oberschlesien stammende Post-Kommunistin Magdalena Ogórek, die für eine Entkrampfung des Verhältnisses zu Russland eintritt. Als deutlicher Favorit bei den Wahlen gilt weiterhin der bisherige Amtsinhaber Bronislaw Komorowski von der rechtsnationalen Bürgerplattform. *T.W.W.*

Erdogan ließ in Kairo Feuer legen

Kairo – Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuss des neuen ägyptischen Parlaments weisen auf den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als Auftraggeber des verheerenden Feuers in der Bibliothek des Institut de l'Egypte 2011 hin. Demnach habe er der Muslimbruderschaft persönlich eine Million US-Dollar gezahlt, damit sie die Bibliothek vernichte. Der Hintergrund ist offenbar, dass dort wichtige Dokumente über den osmanischen Völkermord an den Armeniern aufbewahrt wurden, die nach Einschätzung von Kairoer Medien die historische Verantwortung der Türkei für diese Massaker nachdrücklich aufgezeigt hätten. Diese älteste und bedeutendste, bereits während der napoleonischen Herrschaft gegründete Bibliothek Ägyptens war im Dezember 2011 in Flammen aufgegangen. Sie umfasste an die 200 000 historische Werke über das Land, von denen nur 50 000 teilweise und dabei meist in Form weitgehend zerstörter Fragmente „gerettet“ werden konnten. Die seinerzeitige islamistische Regierung machte „Straßenkinder“ dafür verantwortlich, die von früheren Repräsentanten des Mubarak-Regimes dazu angestiftet worden seien. *T.W.W.*

Papst kritisiert nicht nur den Dschihad

Franziskus fordert vom Islam »seine Zweideutigkeit« gegenüber dem Islamismus zu verlassen

Der Vatikan verschärfte angesichts des islamistischen Terrors gegenüber Christen in Kenia in der Karwoche den Ton gegenüber dem „komplizenhaften Schweigen“ zu einer weltweit zunehmenden „Dschihad-Wut“.

Papst Franziskus und der Vatikan haben Ostern Kritik geübt am „komplizenhaften Schweigen“ und an der „Gleichgültigkeit“ gegenüber der „Dschihad-Furie“, der immer mehr Christen, in der Osterwoche vor allem in Kenia, zum Opfer gefallen sind. „Heute sehen wir unsere verfolgten Brüder für ihren Glauben an Gott, und auch wegen unseres oft komplizenhaften Schweigens“, verfolgt, gekreuzigt, enthauptet, klagte der Heilige Vater nicht ohne Selbstkritik während des Karfreitagskreuzwegs im Kolosseum in Rom.

Unter dem Eindruck der Gründonnerstag-Tragödie von Kenia mit 148 zumeist nach ihrem Glauben selektierten Opfern hatte die Anprangerung der dschihadistischen Gewalt in diesem Jahr Vorrang vor allen anderen Themen wie Frieden und Gerechtigkeit, die normalerweise in der Ewigen Stadt Ostern im Zentrum stehen.

Der Pontifex Maximus hatte am Karfreitagmorgen unter dem Eindruck der Ereignisse in Kenia die „sinnlose Brutalität“ des Massakers an zumeist christlichen Studenten der Universität Garissa im Osten Kenias verurteilt. Dort war fast ein Viertel der gesamten Kommilitonenschaft dieser jungen Hochschule unter dem Gemetzel der al-Shabaab-Dschihadisten ausgelöscht worden. „Alle religiösen Führungskräfte müssen ihre Bemühungen, dieser religiös motivierten Gewalt ein Ende zu setzen, verdoppeln“, forderte das Oberhaupt von 1,3 Milliarden Katholiken. Die al-Shabaab hatte ihre Opfer auf der Grundlage von deren Kleidung oder Koranrezitationen selektiert und dann bewusst nur die Christen ermordet. Mit Sprüchen wie „Wir haben keine Angst vor dem Tod, es wird schöne Osterferien für euch geben“ haben die islamistischen Angreifer nach dem Zeugnis von Überlebenden in Swahilisprache, ihre christlichen Opfer zunächst erniedrigt und dann ermordet. In seiner Osteransprache sagte der Papst: „Wer die Kraft Gottes, seine Liebe und seine Gerechtigkeit in sich trägt, hat es nicht nötig, Gewalt anzuwenden“, ein klare Anspielung auf die immer mehr um sich greifende religiös motivierte Gewalt im Islam.

Nimmt kein Blatt vor den Mund: Papst Franziskus gibt seine wöchentliche Audienz auf dem Petersplatz in Rom Bild: action press

Während des Kreuzweges im Kolosseum, an dem auch Christen aus dem Irak und Syrien teilnahmen, gedachte der Papst vor allem der Märtyrer der pakistanischen Kirche, wie den ehemaligen Minister für Minderheiten Shahbaz Bahtti, der am 2. März 2011 ermordet worden ist. Vorher hatte bereits der Prediger des päpstlichen Hauses, der italienische Franziskaner Raniero Cantalamessa, während eines Gottesdienstes in der Basilika Sankt Peter an die 21 ermordeten ägyptischen Kopten erinnert, die im Februar von einer Gruppe Dschihadisten in Libyen geköpft worden waren, während sie den Namen Jesu auf ihren Lippen führten. Diese Ermordung am Strand des blutgefärbten Mittelmeeres war bewusst auch eine Kampfansage an Rom, das am selben Meere liegt, und das auf YouTube-Videos schon mit der schwarzen Dschihadistenfahne gezeigt wird. Der Vatikan, vor allem sein energischer Präfekt für den interreligiösen Dialog, der französische Kardinal Jean-Louis Tauran, hört nicht auf, seine islamischen Gesprächspartner, allen voran die sunnitische al-Azhar-Universität in Kairo, immer wieder aufzufordern, Stellung zu beziehen und sich von dieser religiös legitimierten Gewalt und den Aufrufen zur Christenverfolgung der Islamisten zu distanzieren.

Die Einnahme der irakischen Stadt Mossul im vergangenen Sommer durch den Islamischen Staat (IS) war ein Wendepunkt. Er führte den Heiligen Stuhl dazu noch einschneidender „gewisse Zweideutigkeiten einiger muslimischer Religionsautoritäten“ anzuprangern. Im November vergangenen Jahres hatte Papst Franziskus selbst an „eine breite Mobilisierung der Gewissen“ von denen appelliert, „die auf lokaler und internationaler Ebene Verantwortung tragen“. Im Dezember wurde er noch deutlicher, als er von „allen muslimischen Führern der Welt, die politisch, religiös und akademisch Verantwortung tragen“, forderte, klar Position zu beziehen gegen die Gewalt der Dschihadisten.

> »Komplizenhaftes Schweigen« zur »Dschihad-Wut«

Vor Kurzem warf der Papst schließlich der internationalen Gemeinschaft vor, die Verfolgung der Christen „verstecken zu wollen“. Laut einem Leitartikel in der Tageszeitung „La Stampa“ verlangte der Papst: „Der Islam muss aus den Moscheen diejenigen verbannen, die den Terrorismus predigen. Viel zu oft klingt hinter den Verurteilungen des Terrorismus durch die muslimische Welt das Echo des Verständnisses für diese grausamen Taten, die jeder Religion Hohn sprechen. Der Islam muss seine Zweideutigkeit verlassen.“

Bodo Bost

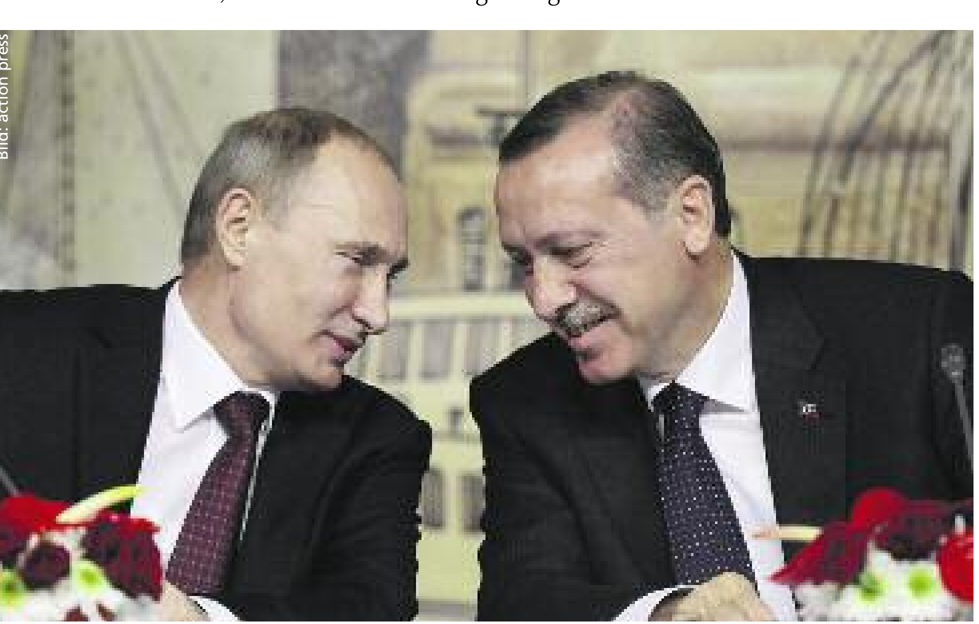
Türkei emanzipiert sich von USA und Nato

Ankara intensiviert seine Beziehungen zu Russland, China und dem Iran

Jahrzehntelang war die Türkei als Nato-Mitglied ein treuer Vasall der USA. Vor der Kuba-Krise wurden im Osten des Landes Atom-Raketen in Stellung gebracht, wodurch sich die Sowjets provoziert sahen und ihrerseits Raketen auf Kuba stationierten. Hier hatte die CIA umfangreiche Abhöranlagen gegen die UdSSR aufgebaut. Und nach 1991 schien es so, als hielte die Türkei an ihrer historischen Rivalität mit Russland fest. Doch in jüngster Zeit beginnt die Türkei, sich außenpolitisch freizumachen.

Glaubt man der „New York Times“, so herrscht in den strategischen Zentralen von USA und Nato Krisenstimmung. Was die renommierte Zeitung „beunruhigende Aspekte des türkischen Verhaltens“ nennt, ist nichts anderes als die Annäherung des Landes an Russland und China. Dieses Verhalten dokumentiert sich vor allem in einem ohnehin sehr neuralgischen Bereich, dem Militärwesen. Ankara hat die Absicht bekundet, in China Luftabwehrsysteme zu kaufen. Man wolle sich das Unternehmen 3,4 Milliarden US-Dollar kosten lassen. Dabei geht es um Radaranlagen und Boden-Luft-Raketen mit großer Reichweite.

Das chinesische System soll die in der Nato üblichen „Patriot“-Raketen ersetzen, die international längst nicht mehr zu den modernsten Abwehrraketen gehören. Ausdrücklich wird von türkischen Offiziellen, an ihrer Spitze dem Verteidigungsminister Ismet Yilmaz, betont: „Das fragliche System wird in das nationale System zur Verteidigung der Türkei verknüpft, aber nicht an das Nato-System angebunden.“ Das hat einen einfachen Grund, nämlich den, dass die Nato und die chinesischen Systeme nicht miteinander kompatibel sind. Umso endgültiger erscheint dadurch der militärtechnische Bruch der Türkei mit den Verbündeten.



Zwei, die den Dialog suchen: Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan Bild: action press

Die Türkei macht sich nicht einmal die Mühe, technische oder finanzielle Gründe für ihren Entschluss vorzuschützen, um die Verbündeten nicht vollends vor den Kopf zu stoßen. Vielmehr begründet Ankara seinen Schritt damit, dass die türkische Regierung die Syrien-Politik der Nato nicht unterstütze. Zum waffentechnischen Bruch kommt also noch eine politische Entfremdung. Auch Ivo Daalder, ein ehemaliger US-Botschafter bei der Nato, sieht das so. Sollte die Türkei die Systeme nicht mit der Nato koppeln, „würde sie nicht nur den Schutz ihres eigenen Territoriums, sondern auch die Nato schwächen“. Was richtig ist, soweit es die zweite Hälfte des Satzes betrifft.

Sorgen bereitet den USA auch die Absicht der Türken, zusammen mit Russland eine Gasleitung zu bauen, um die Ukraine zu umgehen. Außerdem betrachtet Ankara, anders als die Nato-Führung, die Bekämpfung des IS als nicht vordringlich. Das lässt, so die „New York Times“, die politischen Positionen der Türkei immer weiter von denen der Allianz abrücken.

Damit nicht genug: Die Türkei und der Iran haben beschlossen, 14 Absichtserklärungen zu unterzeichnen, wie kürzlich Mahmud Vaezi, der iranische Minister für Kommunikations- und Informationstechnologien, bekannt gab. Damit solle die bilaterale Zusammenarbeit gestärkt werden. Bei dem bevorstehenden Besuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan werde man elf der Abkommen unterzeichnen.

Begünstigt wird diese Annäherung durch die Tatsache, dass der Iran zum wichtigsten Energielieferanten Anatoliens geworden ist. Der Iran wiederum ist ein wichtiger Absatzmarkt für türkische Industrieprodukte. Türkische Unternehmen investieren massiv in dem südlichen Nachbarland. Zahlungskräftige Iraner wiederum revanchieren sich dadurch, dass sie in großer Zahl in den Tourismuszentren der türkischen Riviera Urlaub machen und dort zur Entwicklung der Region beitragen.

Florian Stumfall

Quereinsteiger in Sachen Verrat

Innenminister de Maiziére will ihre Rolle stärken, Thüringen schafft sie ab: V-Leute sind umtsrittener denn je

Eine Art Agent 007 sind V-Leute nicht. Es sind Spitzel, die sich gegen ihr bisheriges Umfeld wenden und für Geld den Staat mit Informationen versorgen. Aus Mitläufern und Handlangern werden dabei allzu oft Anstifter, die das Verbrechen erst provozieren, das eigentlich verindert werden soll.

Eine aussagekräftige Stellenanzeige für einen V-Mann müsste man wohl etwa so formulieren: „Die Nachrichtendienste, der Zoll und die Polizei stellen ein: Redselige Spitzel, aus fast allen Bereichen des politischen Spektrums links und rechts der Mitte. Auch Mitglieder von Fußballfangruppierungen, Burschenschaften, fundamentalistischen Religionen oder NGO sind willkommen. Diese Eigenschaften erwarten wir von ihnen: Als geübter Lügner fällt es ihnen leicht, ihre Umgebung zu täuschen. Prinzipien haben sie keine. Für Geld sind sie jederzeit bereit, ihre Überzeugungen ebenso zu verraten wie ihren Freundeskreis. Wir bieten ein spannendes Aufgabenfeld mit erfolgsorientierter Bezahlung und garantierte Straffreiheit bei diversen Verbrechen. Schnelle Aufstiegsmöglichkeit als Agent Provokateur nicht ausgeschlossen. Interessiert? Wir freuen uns auf den Anruf bei ihrem zukünftigen Verbindungsmann.

Wie viele Bewerbungen es auf das fiktive Jobangebot geben würde? Das dürfte je nach anvisierter Szene unterschiedlich sein. Begehrt sind die Quereinsteiger im Bereich Verrat und Bespitzelung allemal. „Diese V-Leute sind ja Menschen, mit denen man vielleicht nicht so gerne zusammenarbeiten möchte, aber man braucht sie, um an Informationen zu gelangen", hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière jüngst im Bundestag erklärt. Die Zahl der derzeit beschäftigten V-Leute ist geheim. Bei der NPD sollen noch vor einigen Jahren über 100 ihr doppeltes Spiel betrieben haben. Rund 20 Millionen Euro geben allein die Bundesbehörden im Jahr für den Einsatz von V-Leuten aus, wie öffentlich gewordene geheime Unterlagen zeigen. Hinzu kommen unter anderem noch die Ausgaben der 16 Landesämter für Verfassungsschutz. Gut angelegtes Geld, wenn dadurch islamistische Terroristen von blutigen, menschenverachtenden Verbrechen abgehalten werden, wenn friedliche Bürger geschützt und Staatsfeinde im Gefängnis landen. Wenn Unrecht geahndet und Recht bewahrt wird. In der Praxis allerdings beginnen genau hier die Schwierigkeiten. Nirgendwo sonst ist die Grenze zwischen Recht und Unrecht so brüchig und unscharf wie dort, wo sich V-Leute bewegen. Schon allein, um unerkannt zu bleiben, müssen sie mehr oder weniger aktiv im jeweiligen Milieu tätig sein. Fließend sind dabei die Übergänge vom Mitläufertum über Handlangertätigkeiten bis hin zu Führungspositionen oder gar einer Anstifterrolle. Der Spitzel wird zum Agent Provokateur.

Für die staatlichen Auftraggeber bedeutet dies, dass sie zu Drahtziehern eines Verbrechens werden, dass sie eigentlich verhindern sollen. Dabei zeigt sich ein seltsamer Effekt: Nicht der Kriminelle oder Staatfeind findet mit seiner Agententätigkeit für die richtige Seite auf den rechten Weg zurück, er verstrickt stattdessen seine staatlichen Auftraggeber in immer kriminellere Machenschaften. Beispiele gibt es genug. Einer der bekanntesten ist wohl der Fall Peter Urbach. „S-Bahn-Peter", so sein Spitzname, belieferte als V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes Ende der 1960er Jahre linke Studenten mit Bomben und anderen Waffen. Zum „Kundenkreis" zählten unter anderem Andreas Baader und Horst Mahler, also spätere Gründungsmitglieder der "Rote Armee Fraktion". Bekannt wurde Urbach vor allem 1968 durch seinen Einsatz bei den sogenannten Osterunruhen vor dem Gebäude des Springer-Konzerns. Er versorgt die Demonstranten aus einem großen Weidenkorb mit zündfertigen Molotowcocktails. Mehrerer Lieferwagen des Verlages gingen in Flammen auf und ließen die Situation noch weiter eskalieren. Die Osterunruhen zählen bis heute zu den schwersten Ausschreitungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

> Hitlergruß und Schwenken der IS-Fahne ist erlaubt

Ein Beispiel von der anderen Seite des Spektrums: Im Zuge des NPD-Verbotsverfahrens im Jahr 2001 wurde bekannt, dass Schlüsselpersonen der rechten Partei V-Männer des Verfassungsschutzes waren. Gerade deren rechtsextreme Äußerungen wurden als Grund für den Verbotsantrag vorgebracht. Unklar und immer wieder Grund für Mutmaßungen ist auch die Rolle von V-Leuten bei den Morden und Verbrechen, die Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe im NSU-Prozess angelastet werden (die *PAZ* berichtete mehrfach).

Die Vorgänge um den Nationalsozialistischen Untergrund sind denn auch für Innenminister de Maizière der willkommene Anlass in seiner geplanten Reform des Verfassungsschutzes dem Umgang mit V-Leute einen klaren gesetzlichen Rahmen zu geben – so zumindest sein erklärtes Ziel, denn „bisher gab es zu ihrem Einsatz nur spezielle Regelungen in Verwaltungsvorschriften und durch lose Absprachen."

Kritiker bemängeln allerdings schon jetzt, dass seine Regelungen den V-Leuten und ihren staatlichen Auftraggebern eher mehr als weniger Freiheiten zugestehen. Sie dürfen den Hitler-Gruß zeigen oder eine IS-Fahne schwenken, damit sie sich bei ihren Gesinnungsgenossen nicht verdächtig machen. Bei einem „Straftatbestand von erheblicher Bedeutung" soll ihr Einsatz beendet werden. Der Behördenleiter des Verfassungsschutzes kann aber über Ausnahmen entscheiden. Er kann also weiterhin selbstständig abwägen, was ihm wichtiger ist: die Straftat oder die Informationen, die dadurch gewonnen wurden

Immerhin: Tritt der Gesetzesentwurf in Kraft, dürften angeworbene V-Leute nicht mehr minderjährig sein. *Frank Horns*



Wenig Licht, viel Schatten: Über V-Leute werden auch die staatlichen Auftraggeber immer wieder in Verbrechen verstrickt, Ihr Nutzen ist dagegen oft genug zweifelhaft. Bild: Getty

Mauer des Schweigens

Edathy-Untersuchungsausschuss stößt auf »Erinnerungslücken«

Den Rheinländer Armin Schuster schildern sie in Berlin als fröhlichen und geradlinigen Charakter. Doch den Spaß an seiner Arbeit hat der CDU-Bundestagsabgeordnete in den vergangenen Monaten verloren. Er vertritt seine Partei als Obmann im Untersuchungsausschuss gegen seinen ehemaligen Parlamentskollegen Sebastian Edathy (SPD).

Die juristische Komponente des Falls ist längst abgearbeitet. Edathy gestand vor Gericht, dass er sich jugendpornographisches Material beschafft habe, und kassierte dafür eine Geldstrafe in Höhe von 5000 Euro. Auch wenn der SPD-Mann damit nicht vorbestraft bleibt, ist er doch moralisch zweifelsohne erledigt.

Wenn auch jetzt bereits festzustehen scheint, dass der Untersuchungsausschuss wenig Erhellendes ans Licht bringen wird, so hat mit ihm die ganze Angelegenheit doch ein politisches Nachspiel. Im Kern geht es um die Frage, wer von den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Edathy gewusst und diesen eventuell vorgewarnt hat.

Im Herbst 2013 informierte der damalige Chef des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, seinen Minister, Hans-Jürgen Friedrich (CSU), dass Ermittlungen gegen Edathy anstünden. Dieser wiederum gab die Information an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel weiter. Ob diese Information auch an Edathy gelangte und wenn ja, durch wen, ist zu klären.

Am 18. Juni kommt es in Berlin zur letzten Runde im Untersuchungsausschuss. Friedrich ist geladen, Gabriel ebenso, zudem kommt auch noch Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Und zum Schluss darf SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann im Zeugenstand Platz nehmen. "Der letzte Zeuge" wird er im Reichstag bereits spöttisch genannt.

> »Es bleibt ein schleichender Dauerzweifel«

„Ich spüre, dass einige Zeugen nicht kooperieren, leider vor allem die Abgeordneten", sagt Schuster, im früheren Beruf Bundespolizist. Er befürchtet auch, dass Ermittlungsbehörden bewusst zögerlich gearbeitet haben: „Es ist für mich auch immer noch nicht nachvollziehbar, weshalb die niedersächsischen Justizbehörden so lange gebraucht haben, bis die Hausdurchsuchung bei ihm angeordnet wurde." Schuster – so berichteten zumindest Korrespondenten – hat engagiert gearbeitet, ist aber auf eine Mauer des Schweigens gestoßen. Die SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs und Michael Naumann, von Edathy belastet, konnten sich nicht mehr erinnern beziehungsweise wollten sich nicht mehr erinnern können, wann sie zuletzt mit Edathy gesprochen hatten. Gewusst hätten sie nichts, allerdings sei ihnen der schlechte Gesundheitszustand des Kollegen aufgefallen. Passenderweise hat sich Naumann, gegen den auch wegen des Besitzes von Drogen ermittelt wird, krank gemeldet. „Ich fürchte, er wird erst wieder auftauchen, wenn die Sache hier rum ist", kommentiert Schuster diese Krankmeldung sarkastisch.

Noch vor dem Abschluss seiner Arbeit zieht er ein ernüchterndes Fazit. „Es bleibt ein schleichender Dauerzweifel, von dem sich nicht nur die SPD nicht wird freimachen können. Es wird der Politik insgesamt schaden." Wegen des Schweigens wird der schlimme Verdacht nicht ausgeräumt werden, dass Edathy aufgrund von Vorwarnungen die Gelegenheit hatte, Beweismaterial verschwinden zu lassen. *Peter Entinger*

Personalabbau

Unbesetzte Stellen bei der Bundespolizei

Bei der Pundespolizei hatten im vergangenen Jahr eigentlich 1666 zusätzliche Stellen eingerichtet werden sollen. Vorgesehen waren unter anderem 240 Beamte für den Bereich des Sicherheitsdienstes in Krisengebieten und 480 Stellen an Flughäfen. Der Bundesfinanzminister verweigerte jedoch die dafür notwendigen Mittel „vor dem Hintergrund des übergeordneten Ziels der Haushaltskonsolidierung".

Inzwischen ist sogar der Bestand in Gefahr. So werden einem Bericht der „Sächsischen Zeitung" zufolge ab sofort freie Dienstposten bei der Bundespolizei an den Grenzen zu Polen und Tschechien nicht neu besetzt. Neben den schon derzeit freien Stellen soll dies auch solche Dienstposten betreffen, die durch Pensionierungen künftig frei werden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) befürchtet als Folge der Anweisung den Wegfall Hunderter Dienstposten. Nach Angaben der „Sächsischen Zeitung" wird von einem Polizeigewerkschafter bundesweit gar eine „Dienstpostensperre" von 1600 derzeit unbesetzten Stellen konstatiert. Pikant ist an dem Vorgang, dass die Einsparungen in den kriminalitätsgeplagten sächsischen Grenzregionen ausgerechnet unter der Amtsführung des aus Sachsen stammenden Bundesinnenministers Thomas de Maiziere (CDU) eingeleitet worden sind. Die GdP spricht von einem „schleichenden Personalabbau" und dem „falschen Signal" angesichts steigender Zahlen illegaler Einreisen nach Deutschland. Tatsächlich hat die Zahl an Schleusungen und illegalen Einreisen nach Angaben des Chefs der Bundespolizei, Dieter Romann, ein Rekordniveau erreicht, während die Beamten inzwischen „bis an die Belastungsgrenze" arbeiteten. So hat die Bundespolizei im Jahr 2014 mehr als 57 000 Fälle unerlaubter Einreisen registriert. Abhilfe in der angespannten Lage ist wahrscheinlich erst im kommenden Jahr zu erwarten. Bundespolizei, Bundeskriminalamt und der Verfassungsschutz sollen einem Bericht des ARD-Magazins „Panorama" zufolge von 2016 bis 2019 insgesamt 750 neue Stellen und 328 Millionen Euro zusätzlich erhalten. *Norman Hanert*

> Aber 2016 bis 2019 soll es 750 neue Planstellen geben

MELDUNGEN

Arbeitsagentur baut Stellen ab

Nürnberg – Die Bundesagentur für Arbeit will bis 2019 bundesweit 17 000 Stellen abbauen. Von derzeit 95 600 Mitarbeitern haben 11 200 einen Zeitvertrag, der nicht verlängert wird. Der Rest soll durch die Altersfluktuation erreicht werden. Die Arbeitsbehörde begründet ihre Pläne mit sinken Arbeitslosenzahlen. In einem offenen Brief klagen die Personalvertretungen hingegen über enorme Arbeitsbelastung und unsinnige Zielsetzungen. Die Sachbearbeiter seien überlastet und ihnen fehle die Zeit, Anträge zeitnah und sachgerecht zu bearbeiten. Zudem seien die Statistiken „geschönt". So würden Kranke, Umschüler, Minijobber und Teilzeitbeschäftigte, die bald wieder bei der Agentur vorsprechen und dann Arbeitsaufwand erfordern würden, nicht darin auftauchen. *H.L.*

Uni erforscht den Holocaust

Göttingen – Als erste Universität in Deutschland plant die Goethe-Universität Frankfurt am Main, eine Professur für die Erforschung des Holocaust einzurichten. Unter dem Arbeitstitel „Holocaust-Professur" wird die europaweit ausgeschriebene Stelle voraussichtlich Mitte 2016 besetzt. Die Kosten trägt das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Die Entscheidung traf Wissenschaftsminister Boris Rhein (CDU). Die unbefristete Stelle soll nach Plänen des Ministeriums mit 7500 Euro monatlich entlohnt werden und wird durch enge Bindung an das Fritz-Bauer-Institut zusätzlich aufgewertet. Der neue Professor wird in Personalunion zum Direktor des Fritz-Bauer-Instituts berufen. Der Arbeitsplatz ist im IG-Farben-Haus angesiedelt. Die Stelle ist zudem nicht dem Fachbereich Judaistik, sondern ausdrücklich den Geschichtswissenschaften zugeordnet. *SG*

Ausgeglichener Haushalt

Berlin/Wiesbaden – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat früher als erwartet einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Wie vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden vor Kurzem gemeldet wurde, haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung im vergangenen Jahr 6,4 Milliarden Euro mehr eingenommen als sie ausgaben. Demnach soll allein der Bund im vergangenen Jahr einen Überschuss von 2,3 Milliarden Euro erzielt haben. Die deutschen Bundesländer schlossen mit einem Plus von 1,6 Milliarden Euro ab, die Sozialversicherungen konnten sogar einen Überschuss von gut 3,0 Milliarden Euro verbuchten. Lediglich Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen nach Angaben des Statistikamtes ein Defizit von rund 700 Millionen Euro aus. Die vorgelegten Ergebnisse dieser sogenannten Kassenstatistik weichen etwas von den Berechnungen zu den Staatsfinanzen nach dem Maastricht-Kriterium ab. Legt man diese Berechnungsmethode zugrunde, dann hat der Überschuss sogar 18 Milliarden Euro beziehungsweise 0,6 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Als Hauptgrund für die gute Entwicklung werden höhere Steuereinnahmen und mehr Beitragszahlungen genannt. *N.H.*

Warum diese Gewalt?

Al-Shabaab wollte Rache üben, Nairobi abschrecken und Sympathisanten werben

„Den Tod unserer Gelehrten und Führer zu rächen, ist eine verbindliche Verpflichtung, die wir nie aufgeben und nicht vergessen, egal wie lange es dauert.“

Diesen Schwur tat die Spitze der somalischen Islamistenmiliz al-Shabaab im September 2014 nach der Liquidierung von Ahmed Abdi Godane alias Mukhtar Abu Zubair, dem bisherigen Kopf der Organisation, durch eine „Predator“-Drohne der USA. Deshalb ist der Anschlag auf die Universität von Garissa im Osten Kenias, bei dem Anfang April 148 zumeist christliche Studenten massakriert wurden, zunächst erst einmal als ganz „normale“ Vergeltungsaktion gegenüber wehrlosen „Ungläubigen“ anzusehen.

Zugleich sandte die al-Shabaab damit aber auch ein Signal an die Regierung in Nairobi, ihre Attacken auf sie einzustellen. Das an Somalia angrenzende und mehrheitlich christliche Kenia ist nämlich äußerst aktiv, wenn es darum geht, die Islamisten im Nachbarland, die immer wieder zu Anschlägen über die Grenze kommen, zu bekämpfen. Dabei wird mit großer Härte agiert, die ebenfalls vielfach Unschuldige trifft, vor allem Angehörige der muslimischen Minderheit im Osten Kenias.

Doch das sind nicht die einzigen Erklärungen für das Attentat von Garissa. Offenbar verübte die al-Shabaab die spektakuläre Bluttat auch deshalb, um im „Wettbewerb“ der islamischen Terrormilizen mithalten zu können. Schließlich befindet sie sich seit einiger Zeit deutlich in der Defensive, wofür nicht nur die permanenten Militärschläge seitens ihrer Gegner verantwortlich sind, sondern ebenso die wiederholten, durchaus ernst gemeinten Amnestieangebote der somalischen Regierung. So streckten in letzter Zeit zahlreiche hochrangige al-Shabaab-Kader die Waffen, zuletzt am 30. März der Provinzkommandeur Bashaan Ali Hassan alias Mohamed Ali. Daraus wiederum resultiert nun ein Mangel an Personal beziehungsweise Nachwuchs, der massive strategische Konsequenzen hat: Die Miliz ist zwar immer noch in der Lage, in Somalia und Kenia Gewalttaten zu verüben und einige Landstriche zu kontrollieren, aber nicht mehr fähig, mit ihren maximal 9000 Mitgliedern die Machtverhältnisse am Horn von Afrika nachhaltig zu verändern oder im globalen Dschihad an vorderster Stelle mitzumischen.

> 148 Opfer kostete der Anschlag auf die Universität in Garissa

Also müssen Anschläge verübt und anschließend propagandistisch ausgeschlachtet werden, um zu suggerieren, dass man sich mit anderen Terrororganisationen wie dem Islamischen Staat (IS) und Boko Haram auf Augenhöhe befinde – in der Hoffnung, so den Zustrom von Kämpfern zu verstärken und die „Spendenfreude“ potenzieller Sponsoren in den Golfstaaten und Saudi-Arabien zu stimulieren. Immerhin hat die al-Shabaab ja im Gegensatz zum Islamischen Staat keinerlei Möglichkeiten, durch den Verkauf von Erdöl und Kunstschätzen oder die Ausplünderung wohlhabender Städte zu Geld zu kommen. Deshalb muss sie sich derzeit vor allem durch den Handel mit Elefantenstoßzähnen finanzieren, die zumeist nach China verkauft werden.

Teil dieses überlebensnotwendigen Kampfes um Reputation war auch der Treueschwur, den Godane am 9. Februar 2012 gegenüber Osama bin Ladens Nachfolger Aiman az-Zawahiri leistete. Allerdings ist die Anbindung an die al-Kaida trotzdem noch recht locker – genau wie die ebenfalls bestehenden Kontakte zu Boko Haram und dem Islamischen Staat. Das könnte sich freilich schon bald ändern, wenn die Fraktion innerhalb der al-Shabaab, die für eine stärkere internationale Vernetzung der Miliz eintritt, weiter an Einfluss gewinnt. *Wolfgang Kaufmann*



Unermessliches Leid: Eine Frau, die einen Angehörigen identifizieren soll, bricht vor dem Leichenhaus zusammen Bild: pa

Zeitzeugen

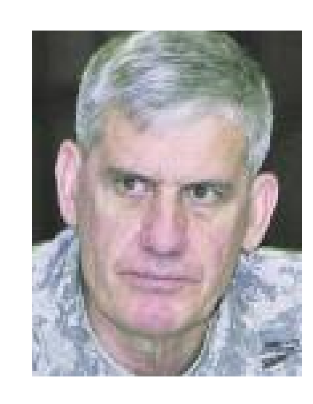
Uhuru Kenyatta – Für den Präsidenten Kenias steht fest, dass die Unterstützer der al-Shabaab auch im eigenen Land sitzen. Deshalb ist Nairobi nun entschlossen, verstärkt somalische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzuschicken. Das betrifft vor allem die Bewohner des grenznahen Lagers Dadaab, deren Zahl sich auf 350 000 beläuft.

Mohamed Mohamud Kuno alias Dulyadin alias Gamadhere – Der Kenianer somalischer Herkunft gilt als der Drahtzieher des Anschlags auf das Garissa University College vom 2. April. Er kommandiert die al-Shabaab-Einheiten in der Juba-Region an der Grenze zu Kenia und ist auch für die Erschießung von 28 christlichen Insassen eines Busses in Mandera verantwortlich. Kuno unterrichtete von 1997 bis 2007 an der islamischen Schule von Garissa.



Fuad Mohamed Qalaf alias Shangole – Nach seiner Rückkehr aus Schweden, wo er auch eingebürgert wurde, stieg der ehemalige Asylant in die Führungsspitze der al-Shabaab auf, für deren Finanzen er zuständig zeichnet. Deshalb erklärten die USA im Juni 2012, sie seien bereit, für Hinweise, die zu Qalafs Ergreifung beitrügen, fünf Millionen Dollar zu zahlen. Daraufhin setzte Qalaf seinerseits Kopfgelder auf Barack Obama und Hillary Clinton aus: zehn Kamele auf den Präsidenten und 20 Hühner auf die ehemalige US-Außenministerin.

Ahmad Umar alias Abu Ubaidah – Das Mitglied des somalischen Dir-Clans stieß 2006 zur al-Shabaab und avancierte am 6. September 2014 zum Nachfolger des getöteten Milizchefs Godane. Zuvor leitete Umar den „Geheimdienst“ der Terrortruppe namens al-Amniyat und war somit unter anderem für die Liquidierung von vermeintlichen Verrätern und Spionen zuständig.



David M. Rodriguez – Am 5. April 2013 übernahm der Viersternegeneral die Führung des AFRICOM, dem es laut offizieller Lesart obliegt, „eine stabile und verbesserte afrikanische Sicherheitsarchitektur zu schaffen“. In diesem Zusammenhang ist er auch für die gezielten Luftangriffe auf al-Shabaab-Führungskader verantwortlich, wobei die Exekutionen jeweils von Präsident Obama persönlich genehmigt werden müssen.

Al-Shabaabs militärische Gegner

Die Bekämpfung der al-Shabaab obliegt zum einen den Sicherheitskräften der somalischen Zentralregierung in Mogadischu und zum anderen den Eingreiftruppen der Afrikanischen Union (AU) im Rahmen der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM), die von Kenia, Uganda, Äthiopien und Burundi gestellt werden. Diese operieren zumeist am Boden und haben inzwischen beachtliche Geländegewinne erzielt.

Parallel dazu bemüht sich die USA seit 2008, das Spitzenpersonal der Miliz durch gezielte Luftbeziehungsweise Drohnenangriffe auszuschalten. Zuständig hierfür ist das United States Africa Command (AFRICOM) mit Sitz in Stuttgart-Möhringen. Von dort aus werden die Einsätze der Maschinen der Combined Joint Task Force – Horn of Africa und des 60. Expeditions- und Aufklärungsgeschwaders koordiniert, die zumeist von Camp Lemonnier in Dschibuti oder dem Flughafen von Arba Minch in Äthiopien starten. Auch diese gezielten Luftschläge zeitigten schon zahlreiche spektakuläre Erfolge, insbesondere seit die USA Belohnungen für Hinweise auf den genauen Aufenthaltsort von al-Shabaab-Führern aussetzt. So traf es unter anderem Aden Hashi Farah Ayro, den Gründer der Miliz, sowie Godane. Besonders erfolgreich verliefen die letzten Monate: Erst starb am 29. Dezember 2014 der al-Shabaab-Sicherheitschef Tahliil Abdishakur und dann am 31. Januar auch noch Yusuf Dheeq, der für die Planung der Auslandseinsätze zuständig war. Ebenso traf es Aden Garaar, den Hauptverantwortlichen für den Überfall auf die Westgate Shopping Mall in Kenia im September 2013 – er kam am 12. März bei Bardhere ums Leben, als eine „Hellfire“-Rakete sein Auto zerfetzte. *W.K.*

> Die AU zu Lande, die USA aus der Luft

Auf Identitätssuche

»Die Jugend« hat ihren Platz im Dschihad noch nicht gefunden

Al-Shabaab („Die Jugend“) entstand 1998 als paramilitärischer Arm der somalischen „Union der Islamischen Gerichtshöfe“. Von dieser sagte sie sich dann aber im September 2007 los, weil die Union Bereitschaft signalisierte, Friedensgespräche mit Äthiopien zu führen, das Ende 2006 in Somalia einmarschiert war, um die Islamisten zu stoppen. Ebenso kam es nachfolgend zur Konfrontation mit der Widerstandsgruppe Allianz für die Wiederbefreiung Somalias (ARS), weil diese einen sehr viel weniger radikalen religiösen Kurs verfolgte als die streng salafistische al-Shabaab. In deren Machtbereich sind unter anderem Zigarettenrauchen, Fußball, Kino, „westliche Frisuren“, Büstenhalter und die Nutzung des Internets verboten. Das gleiche gilt für die in Somalia übliche Verehrung islamischer Heiliger. Dies sorgt natürlich für Unmut unter der Bevölkerung und stärkt vor allem die ebenfalls mit der al-Shabaab verfeindete, volksnähere Miliz „Verfolger des Weges des Propheten und der Einigkeit der Muslime“.

Darüber hinaus zieht sich aber auch ein tiefer Riss quer durch die al-Shabaab selbst: Der einen Fraktion, die den Heiligen Krieg als globale Angelegenheit ansieht, steht eine zweite Gruppierung gegenüber, die den Dschihad nur im nationalen Rahmen führen will, und daher sämtlichen Ausländern in der Miliz skeptisch gegenübersteht, obwohl diese einen wesentlichen Teil ihres Personalbestandes ausmachen: So stammt immerhin ein Viertel der Angehörigen der al-Shabaab aus Kenia; dazu kommen einige hundert weitere Kämpfer aus dem Jemen und dem Sudan, Afghanistan, Pakistan, Bangladesh und Saudi-Arabien.

> Die Flügelkämpfe sind im vollen Gange

Bei den „Nationalisten“ stieß besonders Godanes Treueschwur an die Adresse der al-Kaida auf Widerstand: Sie veranstalteten sofort im Anschluss hieran eine Konferenz in Baidabo, in der sie die vorgeschlagene Umbenennung in „al-Kaida in Ostafrika“ ablehnten und einen eigenen, rein somalischen Rat der Islamischen Geistlichkeit gründeten. Zugleich stellte der religiöse Führer der Miliz, Hassan Dahir Awey, fest: „Die Ideologie der al-Kaida ist mit Sicherheit nicht der einzige richtige Weg des Islam.“

In Reaktion auf diese faktische Meuterei ließ Godane im Juni 2013 vier hochrangige al-Shabaab-Kommandeure hinrichten, darunter Ibrahim al-Afghani alias Ibrahim Haji Jama Mee'aad, der sich beim al-Kaida-Chef Zawahiri über Godanes Führungsstil beschwert hatte. Außerdem gehen Experten davon aus, dass die zunehmenden Anschläge außerhalb Somalias auf das Konto der Anhänger Godanes gehen, die ihren Dschihad mit aller Macht internationalisieren wollen. Allerdings sind nun auch diese gespalten. Wie Überläufer berichteten, entbrannte nämlich nach dem Tod Godanes eine Diskussion darüber, ob man sich jetzt weiterhin an die al-Kaida halten oder doch lieber dem Islamischen Staat zuwenden solle. Dabei scheint der neue Chef der Terrormiliz Ahmad Umar zu letzterem zu tendieren – immerhin hat der Beitritt zur al-Kaida der al-Shabaab ja bisher keinerlei erkennbaren Nutzen gebracht. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

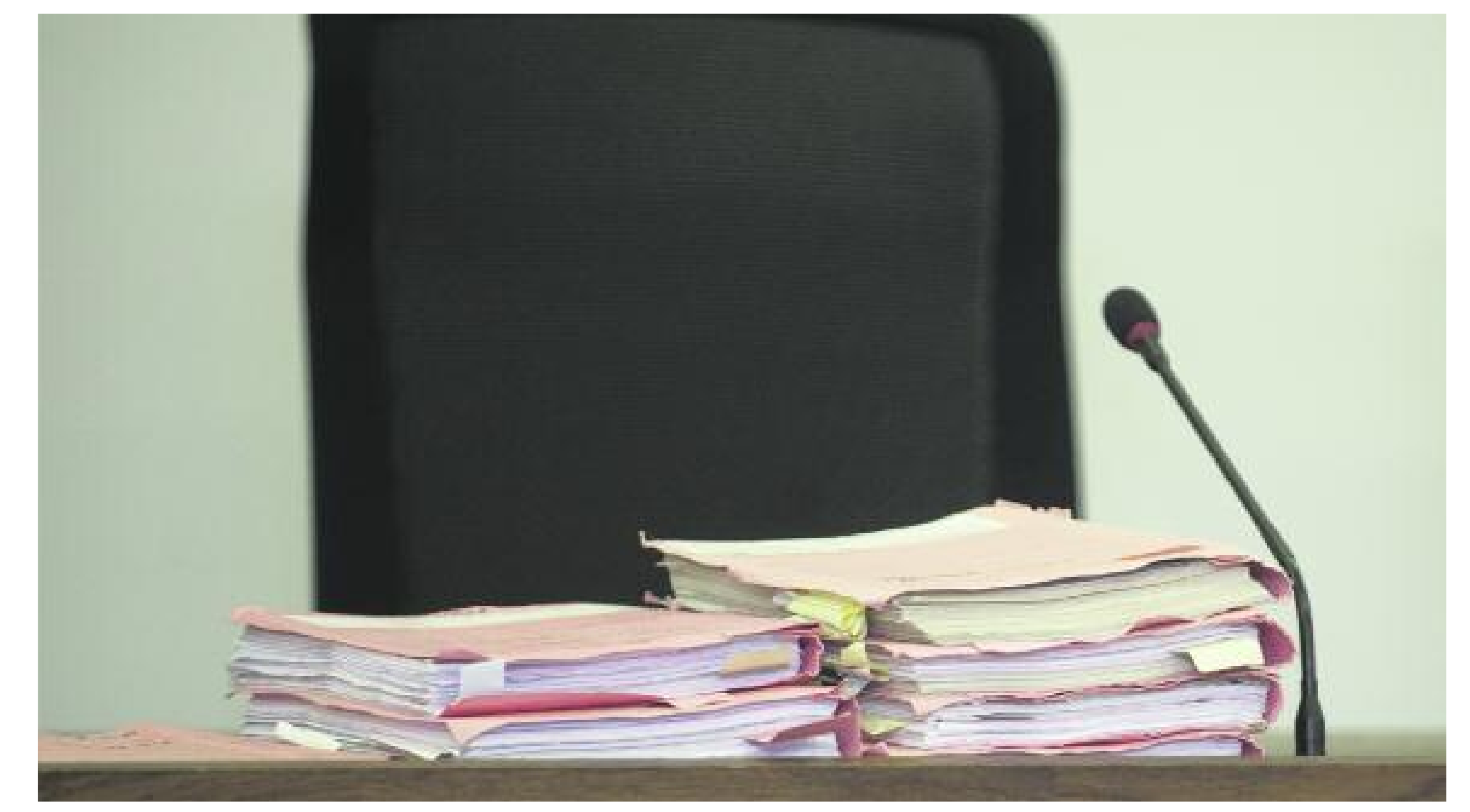
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Rot-Rot amputiert nun auch Justiz

Brandenburg spart bei der Rechtspflege – bis zum Zusammenbruch



Akten, deren Bearbeitung auf sich warten lässt: Brandenburger Landesregierung will nach Personalabbau bei der Polizei nun auch weitere Stellen in der Justiz streichen

Bild: ddp images

Die umstrittene Polizeireform geht weiter, nun will die Landesregierung auch bei der Justiz kürzen – was bleibt vom handlungsfähigen Staat?

Brandenburgs Justizminister Helmuth Markov (Die Linke) plant Kürzungen bei der Justiz und in den Gerichten. Posten von Richtern und Staatsanwälten sollen gestrichen werden. Damit könnte er ein bereits drükkendes Problem noch verschärfen. Denn schon jetzt nähmen die Verfahrensdauer zu und das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat ab, so Kritiker. Im Verein mit der vom Innenressort verantworteten Polizeireform des Landes droht demnach, das weitere Sparen an der Inneren Sicherheit, den Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen.

Die negativen Folgen des fortgesetzten Sparens rufen vermehrt Protest hervor: Der Richterbund des Landes sieht „Stellenwert der Strafverfolgung und Qualität kriminalpolizeilicher Ermittlungen auf unzumutbar niedrigem Niveau“. Nur in 20 Prozent der möglichen Verfahren könne Anklage erhoben werden, weil die Polizei so wenig gerichtsfeste Vorarbeit leiste, rügen die Richter. Die Polizisten würden nicht genug ausgebildet und auf einzelne Ermittlungsbereiche zu wenig vorbereitet, lautet ihr Vorwurf.

Laut der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist indes nicht die Ausbildung, sondern vor allem der Personalmangel durch den Abbau von Stellen schuld. Riccardo Nemitz, Landesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), fordert eine „angemessene Zahl Kriminalisten im Land“. Die offizielle Aufklärungsquote sage laut Nemitz wenig über den Erfolg von Strafverfahren aus, sondern nur, ob Verdächtige ermittelt würden.

Mitten in dieser Debatte um eine bisher im Land unbekannte eigene Ausbildung für Kriminalisten treibt die rotrote Koalition den Abbau von Stellen weiter voran: Markov, der kürzlich die Einführung der kriminalistischen Ausbildung in Brandenburg forderte und so in das Innenressort eingriff, setzt nun selbst zum Spargang an. Bis 2018 will die Landesregierung 13 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten und 31 Staatsanwaltsposten abschaffen.

> Richter und Staatsanwälte sind alarmiert

Der Abbau Vorsitzender Richter zieht den Abbau ganzer Kammern nach sich, weitere Richter inklusive. So sind insgesamt 13 Kammern mit 39 Richtern von der Auflösung bedroht. Derzeit verfügt das Land über 49 Kammern, mehr als jede vierte würde demnach gestrichen. Sieben Oberstaatsanwälte sollen entfallen. Wiederum sind ganze Abteilungen durch den Wegfall dieser Leitungsposten bedroht. Rund 270 Staatsanwälte arbeiten aktuell in der Mark.

Der Richterbund kritisiert, schon jetzt türme sich ein Berg von 10100 unerledigten Verfahren auf. Hinsichtlich der Verfahrensdauer an Landgerichten liege Brandenburg im Bundesvergleich unter den Letztplatzierten. „Die Folge ist, dass das Vertrauen des Bürgers in die Justiz sinkt“, warnt Matthias Deller, Vorsitzender des Richterbundes Brandenburg. Um das Ausmaß des Sparens zu verdeutlichen, sagte er: „Von den vier Landgerichten in Brandenburg entspricht das der Schließung des zweitgrößten in Frankfurt (Oder).“

Der Bund Brandenburger Staatsanwälte verurteilt die Streichungen als inakzeptabel. Dem Land stehe eine Pensionierungswelle von älteren Staatsanwälten bevor. Statt frei werdende Stellen abzuschaffen, solle der Nachwuchs ausgebildet werden, forderte Ralf Roggenbuck vom Bund der Staatsanwälte.

Die späte Debatte um eine spezielle Ausbildung von Kriminalbeamten zeigt, dass Rot-Rot von den strukturellen Folgen der eigenen Reformen überrumpelt wird. Ein Land, das Polizeidienststellen und Präsenz in der Fläche eindampft, kann sich Spezialisierungen nämlich nur bedingt leisten. Die Verbände fordern nun Nachbesserungen im Blick auf die Polizeireform. Auf Herausforderungen des Rechtsstaates durch Kriminelle zu reagieren, fällt Rot-Rot offenbar immer schwerer.

Erst im März warnten führende Kriminalbeamte der Mark, die Zunahme politisch motivierter Kriminalität vor dem Hintergrund der Sparmaßnahmen nicht zu unterschätzen. Wegen des enormen Andrangs an Asylbewerbern stehen neben der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt und den Baustellen für zwei große Heime außerdem 43 kommunale Gemeinschaftsunterkünfte in der Mark bereit. Hinzu kommen landesweit 813 Wohnungen, in denen Asylbewerber untergebracht sind.

Mit landesweit nur noch rund 8000 Polizisten ist der Schutz von jetzt schon 6000 Asylbewerbern kaum zu gewährleisten, zumal es auch unter den Asylbewerbern schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und zu Angriffen auf das Betreuungspersonal gekommen ist. Brandenburgs Polizei prüft derzeit die Sicherheitsmaßnahmen. Für einige Heime seien diese erhöht worden, hieß es entsprechend kurzsilbig bei der Polizei.

Der aktuelle Gerichtsprozess gegen einen 30-Jährigen wegen Brandstiftung 2013 in Beelitz-Heilstätten unterstreicht die Brisanz. Erst durch das Feuer wurde seinerzeit bekannt, dass das Haus als künftige Asylbewerberunterkunft dienen sollte. Der Rückzug des Staates bei Polizei und Justiz droht, ein Vakuum zu schaffen. Private Wachdienste fühlen sich oft überfordert. Im Asylbewerberheim Stolpe-Süd sperrten Mitarbeiter eines solchen Dienstes im Dezember angemeldete Besucher von der Vergabe von Weihnachtsgeschenken aus – die Sicherheitsleute befürchteten Übergriffen. *Sverre Gutschmidt*

Grauen zu Ostern in der Klosterkirche

Von Vera Lengsfeld

Die Klosterkirche in Mitte gehört zu den ältesten Überresten von Berlin. An der Stelle der heute so malerischen Ruinenmauern wurde 1250 mit dem Bau einer Klosterkirche für das Graue Kloster der Franziskaner begonnen. Reste dieses Baus aus Feldsteinen sind an der nördlichen Mauer noch zu finden.

Nach der Auflösung des Klosters im Zuge der Reformation entstand hier die erste Berliner Druckerei. Kurz darauf wurde das Berlinische Gymnasium zum Grauen Kloster eröffnet, das so berühmte Schüler wie Karl Friedrich Schinkel, Friedrich Ludwig Jahn und Otto von Bismarck hatte.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs, am 3. April, wurden die Klosterkirche und die Gebäude des Gymnasiums so zerstört, dass die DDR- Stadtplaner das Gelände bis auf die Mauerreste, die heute noch stehen, abräumen und eine Grünanlage anlegen ließen. Die Klosterkirche steht zwar mitten in der Stadt, aber im Abseits. Vom Alexanderplatz ist sie durch eine breite Stadtautobahn getrennt, die in den 70er Jahren fast den gesamten Altstadtkern von Berlin unter sich begrub.

Dieser Hauch von Einsamkeit wirkt anziehend in einer lärmerfüllten Stadt. Wenn Konzerte in der Ruine gegeben werden, sind sie fast immer ausverkauft.

Gibt es keine Veranstaltungen, ist an Wochenenden und nach Feierabend die Gegend fast menschenleer.

Am Ostersonntag schockierte die Berliner die Nachricht über einen grausigen Leichenfund in der Klosterkirche. Das Gesicht des Mannes war so verunstaltet, dass es als solches kaum noch zu erkennen war.

Mehrere Tage wurden die Berliner aufgefordert, sich bei der Polizei zu melden, falls sie Hinweise geben könnten.

Dann stellte sich heraus, dass der Tote ein junger Israeli war, der bereits bei der israelischen Botschaft und einer karitativen Organisation Hilfe für seine Rückkehr nach Israel gesucht hatte. Im Hostel, in das er zum Übernachten geschickt wurde, hat er dann den Albaner getroffen, der ihn einen Tag später totschlug.

Über die Hintergründe der Tat ist bisher nichts bekannt. Der Albaner wurde in Tschechien gestellt.

Am vergangenen Sonntag gab es eine Mahnwache für den jungen Israeli. Etwa 100 Berliner waren gekommen, um dem Toten sein Gesicht zurückzugeben. Entlang der Klostermauern wurden zwischen Blumen dutzende Fotos abgelegt, die sich die Menschen vom im Internet veröffentlichten Polizeifoto kopiert hatten.

„Das ist ein Appell an die Gesellschaft, sich gegen Gewalt zu erheben“, sagte Mike Samuel Delberg, Leiter des Jüdischen Studentenzentrums in Berlin.

„Hoffentlich war es keine antisemitische Tat“, war der hilflose Kommentar einer Berlinerin.

Einblick in die Unterwelt

Polen: Spektakuläre Prozesse gegen Banden von Autodieben

Wie gut die Szene der polnischen Autoschieber organisiert ist, zeigen spektakuläre Prozesse vor polnischen Gerichten, die derzeit im niederschlesischen Grünberg [Zielona Góra] und in Landsberg/Warthe [Gorzów] geführt werden. Bereits im Februar angelaufen ist ein Verfahren gegen Verdächtige aus dem Raum Grünberg. Vor Gericht stehen 22 mutmaßliche Autodiebe und Hehler.

Die Erwartungen an den Prozess sind groß, da die Anklage erstmals auf der Arbeit einer deutsch-polnischen Ermittlungsgruppe beruht. Rund 25 brandenburgische und polnische Kriminalisten sowie Staatsanwälte hatten ab November 2013 ein Jahr lang gemeinsam die Bande verfolgt. Nachgewiesen werden konnten rund 150 Pkw-Diebstähle.

Während die deutsch-polnische Ermittlungsarbeit als Erfolg gewertet werden kann, scheint der Prozess weniger gut anzulaufen. Nur ein Teil der Angeklagten im Alter zwischen 18 und 40 Jahren befindet sich in polnischer Untersuchungshaft. Als das Verfahren im Februar eröffnet wurde, waren fünf Angeklagte nicht erschienen. Der Prozess wurde daraufhin auf Anfang April vertagt. Am zweiten Verhandlungstag fehlten wiederum sieben Angeklagte, so dass es bisher noch nicht einmal zum Verlesen der Anklageschrift gekommen ist. Ob ein inzwischen in Landsberg angelaufenes weiteres Verfahren gegen Autoschieber besser verläuft, bleibt abzuwarten. Laut Staatsanwaltschaft geht es hier um nahezu 100 Pkw-Diebstähle. Der Gesamtwert der gestohlenen Wagen wird auf über eine Million Euro beziffert. Außer 23 Männern, die die eigentlichen Diebstähle verübt haben sollen, stehen etliche Hehler vor Gericht, darunter sogar die Besitzer von zwei Autohäusern.

> Deutsch-polnisches Ermittlungsteam hat erfolgreich gearbeitet

Im Gegensatz zum Verfahren in Grünberg wurde gegen diese Gruppe noch im Rahmen des in der Vergangenheit üblichen, sehr zeitaufwendigen bilateralen Rechtshilfeverfahrens ermittelt. Zugute kam der Polizei dabei nicht nur der Umstand, dass die Bande überhaupt lang genug zusammengeblieben ist, um die Ermittlungen erfolgreich abschließen zu können. Auch konnte der mutmaßliche Chef der Gruppierung Medienberichten zufolge bei den Vernehmungen mit diversen Delikten aus seiner Vergangenheit konfrontieren werden. Resultat waren ein Geständnis und Aussagen, die zahlreiche Mittäter mit detaillierten Angaben belastet haben sollen. *Norman Hanert*

Chance für CDU?

Berlin: Lehrer sperren sich gegen SPD-Pläne

Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) blüht Ungemach. Ihre Hoffnung, die nächste Bildungsreform in Berlin gemeinsam mit Brandenburg geräuschlos über die Bühne zu bringen, scheint sich nicht zu erfüllen.

Gegen die von Scheeres angestrebte Abschaffung des Faches Geschichte droht ein Volksentscheid über ihre Pläne. Peter Stolz, Geschichtslehrer am Heinrich-Hertz-Gymnasium in Friedrichshain, forderte einen solchen Entscheid auf einer von der CDU-Abgeordnetenhausfraktion veranstalteten Podiumsdiskussion. Stolz ist Vorsitzender des Geschichtslehrerverbandes in Berlin.

> Fach Geschichte soll verschwinden

Für die erste Stufe eines Volksbegehrens müssen 20000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten gesammelt werden, die zweite Stufe fordert gar 175000 Unterschriften von wahlberechtigten Berlinern.

Die CDU dürfte versucht sein, sich die Kampagne zu eigen zu machen. Die Partei ist dringend auf der Suche nach „weichen“ bürgerlichen Themen. Das Thema Asyl ist dabei tabu, denn die CDU stellt selbst den Innensenator. Daher ist hier nichts zu gewinnen.

Die Umfragewerte für die Berliner CDU zeigen seit August 2014 steil nach unten. Von damals 29 Prozent sind nur noch 23 Prozent geblieben. Das ist unwesentlich mehr als bei der letzten, katastrophal ausgegangenen Abgeordnetenhauswahl. Ein von der CDU unterstütztes Volksbegehren zum Geschichtsunterricht könnte der Partei wieder bürgerliches Profil geben und würde zudem die SPD-Bildungssenatorin beschädigen. *Theo Maass*

In Kittlitz wird es »brenzlig«

Die Aufregung der politischen Klasse über den Brand von Tröglitz ist noch nicht abgeflaut, da entsteht im brandenburgischen Kittlitz ein neuer Brennpunkt. In der Spreewald-Gemeinde mit 100 Einwohnern sollen 130 Asylbewerber untergebracht werden. Der Ortsbeirat hat sich dazu bereits kritisch geäußert. Im Sender RBB haben auch Bewohner ihrem Ärger über die Pläne des Landrates offen Luft gemacht. Die Lage in dem kleinen Ort wird als „brenzlig“ eingestuft. „Du weißt gar nicht, ob du dich noch ruhig irgendwo hinsetzen kannst, und ob der Stuhl dann früh noch steht, den du hingestellt hast, und ob mein Huhn dann noch da ist, das ich jetzt eingesperrt habe“, ließ sich eine besorgte Nachbarin der früheren Förderschule des Kreises, in der die Neuankömmlinge untergebracht werden sollen, vernehmen. Ein Kittlitzer beließ es nicht bei Worten, sondern begann, sein Grundstück mit einem übermannshohen Zaun zu sichern. *T.M.*

MELDUNGEN

Keine Hilfe für Islam-Aussteiger

Kopenhagen – Der Integrationspolitische Sprecher der Dänischen Volkspartei (DF), Martin Henriksen, hat in der Zeitung „Politiken“ die Regierung aufgefordert, ein Aussteigerhilfsprogramm für Moslems aufzulegen, die sich vom Islam abwenden wollen. Nach dem Koran sind alle „Rechtgläubigen“ mit dem Tode bedroht, die sich vom Koran abwenden. „Wenn jemand entscheidet, dass er nicht länger Moslem sein möchte, sollte es einen Ort geben, wo er Unterstützung bekommt“, so Henriksen. Die Regierung lehnt den Vorstoß mit Hinweis auf die Religionsfreiheit ab. Zudem sei er „grotesk“ und „undänisch“. Nach einer Umfrage fühlen sich viele Moslems in Dänemark nicht mehr wohl. *H.L.*

Drohung mit Großalbanien

Belgrad/Tirana – Edi Rama, Albaniens Ministerpräsident, hat in der serbischen Öffentlichkeit für erhebliche Aufregung gesorgt. Medienberichten zufolge soll der Vorsitzender der Sozialistischen Partei Albaniens und Ex-Bürgermeister von Tirana gegenüber einem kosovarischen Fernsehsender damit gedroht haben, dass die Republik Albanien und der Kosovo gezwungen sein würden, „sich auf klassische Weise“ zu vereinigen, sollte ihre Vereinigung im Rahmen der Europäischen Union auf sich warten lassen. Konkret bemängelt wurde vom albanischen Premier die bisher nicht erfolgte Liberalisierung der Visaregelung für das Kosovo. Bislang brauchen die Bürger des Kosovo, das sich im Februar 2008 von Serbien abspaltete, bei Reisen in EU-Staaten ein Visum. Vom Auswärtigen Dienst der EU wurden die Äußerung zu einer Vereinigung der Republik Albanien mit dem Kosovo inzwischen als „provokativ“ und „nicht akzeptabel“ bezeichnet. *N.H.*

Nicolas Sarkozys zweite Chance

Trotz seiner Unbeliebtheit als Präsident spricht vieles für eine weitere Amtszeit des UMP-Vorsitzenden

Aufgrund des Zentralismus in Frankreich werden Regionalwahlen gerne dazu genutzt, um den Unmut mit Regierung und Präsident auszudrücken. Insofern zeugen die letzten Départementswahlen von einer tiefen Unzufriedenheit mit den in Paris regierenden Sozialisten um Staatspräsident François Hollande und Premierminister Manuel Valls. Doch welche Alternativen haben die Franzosen?

Beispielsweise meldet sich jemand auf der politischen Bühne Frankreichs zurück, der längst als Auslaufmodell galt: Ex-Präsident Nikolas Sarkozy, mittlerweile wieder Parteichef der bürgerlichen Union pour un mouvement populaire (UMP). Wenn er sagt: „Der Weg zurück in den Elysée-Palast wird lang sein, aber wir werden ihn siegreich bestreiten“, dann spielt er mit dem „langen Weg“ nicht etwa auf die Stärke der Sozialisten an, sondern die der innerparteilichen Gegner, denn die Umfragewerte für den amtierenden Präsidenten sind derart katastrophal, dass der Sieg bei den Vorwahlen bei den Bürgerlichen als schwieriger angesehen wird denn der Sieg über den Sozialisten im Präsidentenamt. Die nächste Präsidentenwahl steht zwar erst 2017 an, aber schon jetzt hat die UMP festgelegt, wie die interne Kandidatenkür ablaufen soll. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Le Monde“ sollen die Vorwahlen bereits im November abgehalten und für alle Anhänger des bürgerlichen Lagers, die auf den Wählerlisten eingeschrieben sind, offen sein. Jeder Kandidat soll sich verpflichten, den am Ende siegreichen zu unterstützen.

Offiziell seine Kandidatur angekündigt hat bisher nur der frühere UMP-Vorsitzende und ehemalige Außenminister Alain Juppé. Er gilt als liberaler denn Sarkozy und eher geeignet, Wähler der Mitte anzusprechen, allerdings wird er im August schon 70 Jahre alt. Sarkozy hingegen wird eher zugetraut, erfolgreich im Wählerklientel des Front National (FN) von Marine Le Pen zu wildern.

Deren Partei kam bei den jüngsten Regionalwahlen auf rund 25 Prozent, konnte aber aufgrund des Mehrheitswahlrechts keinen einzigen Landkreis gewinnen. „Wir stehen an der Schwelle zu einem

> Gefahren drohen ihm eher aus seiner Partei als von außerhalb

Wechsel“, gab sich Le Pen dennoch siegesgewiss: „Was hier passiert ist die größte Umstellung des politischen Lebens seit 40 Jahren. Alle Karten wurden neu gemischt.“ Die 46-jährige Juristin genießt für eine Außenseiterin erstaunlich hohe Sympathiewerte, welche die Zustimmung zu ihrer Partei bei Weitem übersteigen. Von daher wird davon ausgegangen, dass die FN-Chefin 2017 zumindest ein Viertel der Stimmen einfahren wird. Laut einigen Meinungsumfragen könnte Le Pen im ersten Wahlgang gar über 30 Prozent holen. 2012 erreichte sie mit rund 18 Prozent im ersten Wahlgang den dritten Platz.

Allerdings kämpft auch die FN mit internen Querelen. Nachdem Parteigründer Jean-Marie Le Pen erneut eine Relativierung des Holocaust vorgeworfen worden ist, forderten führende Funktionäre den endgültigen Bruch mit dem 86-Jährigen. Zudem ist die Wut vieler Franzosen auf die von Korruptionsskandalen erschütterten großen etablierten Parteien zwar enorm, allerdings noch nicht so groß, dass sie die Kandidatin der nicht etablierten unkonventionellen FN in den Präsidentenpalast schicken würden.

Hierin liegt eine Chance für Nicolay Sarkozy, dessen Amtszeit von 2007 bis 2012 von großen Ankündigungen geprägt war, von denen nur wenige umgesetzt wurden. Die Ära des kleinen Franzosen war reich an Skandalen, Affären, Intrigen und persönlichen Schlammschlachten. Selten war ein Präsident derart unbeliebt. Mitte 2011 hätte er eine Stichwahl gegen den designierten sozialistischen Kandidaten Dominique Strauß-Kahn haushoch verloren.

Dessen Karriere endete jedoch ruhmlos nach dem Sexskandal in einem New Yorker Hotelzimmer. Die Franzosen hatten die Nase voll von den schillernden Figuren und wählten stattdessen den sozialistischen Verlegenheitskandidaten Hollande, den Zeit seines politischen Lebens die Aura des Mittelklassenbeamten umgab. Während seiner bisherigen Amtszeit hat Hollande fast das ganze Land gegen sich aufgebracht. Seinen eigenen Anhang hat er vergrätzt, weil es ihm nicht gelungen ist, die Reichen zur Kasse zu bitten. Und die Wähler der Mitte hat er enttäuscht, weil er kaum Reformen auf den Weg gebracht hat. Der Mittelstand leidet unter einer hohen Steuerlast, das Land ist hoch verschuldet, die Jugendarbeitslosigkeit enorm. Als Hollande kurz vor Weihnachten im Staatsfernsehen gefragt wurde, ob er denn für eine zweite Amtszeit zur Verfügung stehen würde, antwortete er müde: „Kennen Sie denn die Umfragen nicht?“

Und so wird im sozialistischen Lager nicht nur hinter vorgehaltener Hand die Meinung vertreten, Manuel Valls sei der bessere Kandidat für die Wahlen 2017. Der Premier gilt als wirtschaftsliberal und seriös. Allerdings steht er in seiner Partei derart weit rechts, dass im Falle seiner Nominierung ein Auseinanderbrechen der Sozialisten nicht auszuschließen wäre. Konkurrenzkandidaturen aus dem eigenen Lager wären dann wohl die Folge.

Ex-Präsident Sarkozy, dem ein ausgeprägtes Machtbewusstsein und ein feines politisches Näschen nachgesagt werden, dürfte genau auf dieses Dilemma der Sozialisten setzen, die zwei potenzielle Kandidaten haben, von denen der eine abgewirtschaftet hat und der andere die Partei zu spalten droht. Eine derart geschwächte Linke dürfte im ersten Wahlgang ausscheiden. Und im zweiten Wahlgang sollte der verbliebene Kandidat des Establishments gegen Marine Le Pen die Nase vorne haben. Nicht umsonst sagt Sarkozy: „Wer die Partei hinter sich hat, wird 2017 auch das Land hinter sich haben.“

Peter Entinger

Hat gut lachen: Weder Marine Le Pen vom Front National noch François Hollande oder Manuel Valls von den Sozialisten scheinen Nicolas Sarkozy derzeit das Wasser reichen zu können Bild: Imago

Wie Phoenix aus der Asche

Scottish National Party könnte zum Königsmacher werden

Nachdem die Befürworter einer Unabhängigkeit Schottlands im vergangenen Herbst ein Referendum verloren haben, könnte ausgerechnet die Scottish National Party (SNP, Schottische Nationalpartei) bald zum Königsmacher der britischen Politik aufsteigen. Für die Parlamentswahlen am 7. Mai sagen Umfragen der SNP einen triumphalen Erfolg voraus. Bisher hält die SNP nur sechs der 59 schottischen Sitze im britischen Unterhaus. Prognosen gehen inzwischen von bis zu 50 Sitzen für die SNP aus, wohl größtenteils auf Kosten der Labour Party. Der EU-kritischen UK Independence Party (Ukip, Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) werden zweistellige Prozentzahlen vorausgesagt. Die SNP würde sich damit vermutlich noch vor der Ukip als die drittstärkste politische Kraft Großbritanniens etablieren. Für keine der beiden etablierten Parteien, weder die Konservativen noch die Labour Party, würde es noch für eine eigene Mehrheit in Westminster reichen.

Hintergrund ist eine Entwicklung, die im letzten September, als die schottischen Separatisten mit 44,7 Prozent ihr Unabhängigkeitsreferendum klar verloren hatten, kaum möglich schien: Die erlittene Niederlage hat die SNP nicht gelähmt, sondern beflügelt. Die Partei hat ihre Mitgliederzahl verdreifacht und erreicht in Umfragen um die 45 Prozent. Spürbar gewachsen ist auch das Selbstvertrauen der Parteispitze. Die von der SNP gestellte Chefin der schottischen Regionalregierung, Nicola Sturgeon, hat inzwischen erklärt, dass sie den in Schottland nicht sonderlich beliebten Tories keinesfalls zur Macht in London



Nicola Sturgeon Bild: Archiv

verhelfen werde: „Wir wollen David Cameron von der Downing Street fernhalten“, so Sturgeon. Anders die Haltung zur Labour Party, mit der die schottische Regierungschefin gern ins Geschäft kommen würde, um Vorhaben wie eine Anhebung der Mindestlöhne oder die Abschaffung der britischen Atomwaffen umsetzen zu können.

Der Parteivorsitzende von Labour und Führer der Opposition im Unterhaus, Edward Miliband, hat ein entsprechendes Koalitionsangebot der SNP allerdings inzwischen abgelehnt. Trotz starker programmatischer Übereinstimmung mit der links der Mitte angesiedelten SNP würde Labour nämlich bei einem Paktieren mit den schottischen Separatisten massiver Ärger mit der eigenen Wählerschaft in England blühen. Umfragen lassen vermuten, dass es eine heftige Reaktion im englischen Landesteil des Vereinigten Königreichs geben würde, falls Labour mit der SNP eine Koalition einginge. Miliband hat sich allerdings eine Hintertür offengehalten: die Bildung einer Labour-Minderheitsregierung mit Duldung und Unterstützung durch die SNP.

Erste politische Beobachter in Großbritannien rechnen damit, dass der politische Zerfall des bislang vereinigten Königreichs nach dem 7. Mai voranschreiten wird. Ein zunehmender Einfluss der schottischen SNP auf die Geschäfte in Westminster würde Engländer, Waliser und Nordiren zu verärgern drohen. Sollte den Tories unter dem jetzigen Premier David Cameron hingegen eine Regierungsbildung gelingen, würde dies von vielen Schotten als Fremdherrschaft aufgefasst werden.

Norman Hanert

Brüssels Regulierungswut

Studie des Bundes der Steuerzahler geht ins Detail

Mit rund sechs Rechtsakten pro Tag bearbeitet die EU ihre Bürger und ein Ende ist nicht in Sicht. So werden bis 2020 die EU-bedingten Verwaltungskosten auf 11,2 Milliarden Euro jährlich steigen.

In einer Studie vom 20. März des Bundes der Steuerzahler ist nachzulesen: „Die Verwaltungsausgaben in der EU haben sich zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2013 von 4,6 Milliarden Euro auf 8,5 Milliarden Euro erhöht.“ „Mittlerweile hat die EU-Bürokratie eine eigene Dynamik entwickelt“, so das Papier. Neben sinnvollen Vorgaben gebe es Vorschriften, bei denen die „grundsätzliche Notwendigkeit einer Regulierung in Zweifel zu ziehen ist“.

Die Studie listet Beispiele auf: In der EU-Verordnung „Der Fischer und seine Netze“ (Nr. 1379/2013) muss die Wirtschaft Verbraucher über die zum Fischfang benutzten Geräte informieren. Ob der Verbraucher etwas mit Hosennetzen, Baumkurren oder Ringwaden anfangen kann, wenn sie auf Packungen genannt werden, bleibe so zweifelhaft wie der Nutzen der Nennung, kritisiert der Steuerzahlerbund. Kaffeemaschinen dürfen nur noch begrenzt Kaffee warm halten (Nr. 801/2013). Die Verordnung „Kalter Kaffee“ belehrt zudem, dass „Haushaltskaffeemaschinen“ zu verstehen sind als „Geräte zur Kaffeezubereitung für den nicht gewerblichen Gebrauch“. Je nach Typ soll nach fünf bis 40 Minuten der Kaffee kalt werden. Die Verordnung Nr. 609/2013 verbietet, Säuglinge auf Säuglingsnahrung abzubilden – das könne „idealisieren“.

Unter den überflüssigen Verordnungen gibt es über die Studie hinaus viele, teils zum Klischee gewordene Klassiker: Die EU-Verordnung Nr. 1677/1988 schrieb Gurken vor, „gut geformt und

> Die EU produziert rund sechs Rechtsakte pro Tag

praktisch gerade“ sein zu müssen, um der besten Handelsklasse zu genügen. Die „maximale Krümmung“ war mit zehn Millimeter je zehn Zentimeter festgelegt. Im Jahr 2009 hatte die EU ein Einsehen und zog die Regel aus dem Verkehr.

Andere Absurditäten bleiben gültig: 1993 erließ die EU eine Regelung für Kondome als Teil der Regel für medizinische Vorrichtungen. Sie dürfen seither nicht kürzer als 16 Zentimeter sein. Außerdem muss das Fassungsvermögen mindestens fünf Liter betragen.

Randständige Vorgaben produzieren unnötige Kosten und verbrauchen Steuergeld. So zwang die EU das Land Berlin zur Verabschiedung eines Seilbahngesetzes. Auch wenn die Stadt keine Seilbahn hat, sind in Deutschland Seilbahnen Sache der Länder und somit bestand Brüssel auf der Umsetzung von EU-Recht aus dem Jahr 2000 (Nr. 9/2000) auf Berliner Ebene – andernfalls drohte Brüssel mit rund 800000 Euro Strafe. Das Berliner Gesetz umfasst jetzt 28 Seiten, für eine fiktive Seilbahn.

Über vergangene Regelsünden hinaus plant die EU die Zukunft ihrer Bürger. Neue Regulierungsfeinheiten stehen EU-Bürgern bald schon morgens beim Duschen ins Haus. In einer Studie untersucht die Gemeinschaft, wie sie wassersparende Duschköpfe verordnen kann. Dabei soll getestet werden, wie diese bei neuen Wasserhähnen sinnvoll vorgeschrieben werden können. Beim Toasten von Brot schlägt die EU-Kommission vor, wahlweise einen Schlitz abzuschalten – eine „Eco-Slot“-Funktion. Die EU will nun das Thema Öko-Richtlinien auf weitere Haushaltsgeräte wie Rasenmäher, Mobiltelefone und Fritteusen ausweiten. *SG*

Mangelware deutsche Staatsanleihe

Der steigenden Nachfrage der EZB steht ein tendenziell sinkendes Angebot gegenüber

Erste Zweifel tauchen auf, ob die Europäischen Zentralbank (EZB) ihr im März begonnenes umstrittenes Ankaufprogramm für Staatsanleihen überhaupt wird realisieren können, denn der Nachfrage steht kein entsprechendes Angebot gegenüber.



Nach Beschluss des Staatsanleihenkaufs: Mario Draghi gibt eine Pressekonferenz — Bild: action press

So stößt das Ankaufprogramm der EZB bei den Banken auf ein deutliches Desinteresse. Wie aus einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters hervorgeht, werden derzeit Staatsanleihen mit kurzer Laufzeit von Geschäftsbanken nämlich gern als Liquiditätspuffer genutzt. Verursacht hat dies die EZB selbst. Wird Geld bei der EZB geparkt, dann zahlen die Geschäftsbanken momentan nämlich sogar Strafzinsen. Auch Versicherungen haben gute Gründe, an ihren langlaufenden Staatsanleihen festzuhalten. Ein Verkauf an die EZB bringt zwar kurzfristig gutes Geld in die Kasse – nur muss dieses auch wieder profitabel und gleichzeitig auch sicher angelegt werden. In der von den Zentralbanken erzwungenen Niedrigzinsphase ist dies keine leichte Angelegenheit. Zumindest ältere Staatsanleihen bieten dagegen oftmals noch eine attraktive Rendite, gleichzeitig müssen sie in den Bilanzen nicht mit Eigenkapital unterlegt werden. Vor diesem Hintergrund sind am Markt bereits erste Zweifel aufgekommen, ob die EZB überhaupt wie geplant bis Herbst 2016 Anleihen im Volumen von mehr als einer Billionen Euro wird zusammenkaufen können oder ob der EZB-Chef sein Programm am Ende wird abspecken müssen.

Ein ganz spezielles Problem zeichnet sich für Draghi dabei im Zusammenhang mit den deutschen Bundesanleihen ab. Um dem Vorwurf von Kritikern entgegenzuwirken, der wahre Zweck der Anleihekäufe sei nicht, die Geschäftsbanken dazu zu bringen, wieder freigiebiger Kredite zu vergeben, sondern eine illegale Staatsfinanzierung zugunsten einiger Krisenländer, legt die EZB auf die formelle Gleichbehandlung Deutschlands bei den Anleihekäufen großen Wert. Dementsprechend hat es die EZB dann auch in den ersten vier Wochen ihres Kaufprogramms vermieden, nur Schuldtitel einiger weniger Euro-Länder aufzusammeln. So hat sie bei einem Gesamtvolumen von 52,5 Milliarden Euro diesen März immerhin auch für gut elf Milliarden Euro deutsche Anleihen angekauft. Die Sparbemühungen der Bundesregierung könnten dem EZB-Chef in den kommenden Monaten aber einen Strich durch die Rechnung machen. Wie vom Statistischen Bundesamt gemeldet wurde, hat Deutschland nämlich im Jahr 2014 erstmals nach Jahrzehnten nicht nur einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreicht, sondern sogar mit einem Plus von 6,4 Milliarden Euro abgeschlossen. Absehbar ist damit, dass die Bundesrepublik gar nicht genug neue Anleihen zur Rükkzahlung alter, auslaufender Staatsanleihen ausgeben wird, damit die EZB wie geplant zum Zuge kommen kann. Gemäß einer Berechnung, die von dem Finanzblog „Zerohedge“ veröffentlicht wurde, müsste die EZB im Jahr 2015 gut 144 Prozent der Anleiheemissionen des Bundes aufkaufen, wenn sie an einer formellen Gleichbehandlung aller Euro-Staaten festhalten will.

> Zur Kaschierung der Staatsfinanzierung der Krisenstaaten kauft die EZB nolens volens im großen Stile Bundesanleihen

Das Resultat könnte ein verstärktes Zurückgreifen auf ältere Bundesanleihen sein. Dies würde allerdings für steigende Preise und damit für noch weiter sinkende Renditen bei den Anleihen sorgen. Schon jetzt sind die Renditen deutscher, niederländischer, irischer, spanischer und portugiesischer Staatsanleihen auf Rekordtiefs gefallen. Selbst ein Krisenkandidat wie Spanien hat es, nicht zuletzt mit Hilfe der EZB, inzwischen geschafft, erstmals Staatsanleihen mit einer Laufzeit von sechs Jahren und einer negativen Rendite auszugeben. Die Käufer dieser Anleihen zahlen damit für das Privileg, dem Staat Geld leihen zu können. Naheliegend ist die Befürchtung, dass unter solchen Finanzierungsbedingungen der Reformeifer einiger Euro-Staaten schnell erlahmen wird.

Abgesehen vom Vorwurf, insgeheim eine untersagte Staatsfinanzierung zu betreiben, gibt es noch einen weiteren Grund für Skepsis gegenüber dem im März angelaufenen Aufkauf von staatlichen Schuldtiteln durch die EZB. Das Beispiel Japans hat gezeigt, dass sich ein wirtschaftlicher Aufschwung nicht mit der Notenpresse herbei drucken lässt. Die Erfahrung seit 2001 zeige einen eher geringen Einfluss auf Wachstum oder Inflation, während Aktien- und Anleihenmärkte manchmal – aber nicht immer – in die Höhe getrieben worden seien, so das Fazit der Londoner Analysefirma Capital Economics zur extrem lockeren Geldpolitik der japanischen Zentralbank. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Stahlproduktion geht zurück

Düsseldorf – Die deutsche Stahlindustrie hat im ersten Quartal 2015 weniger Stahl produziert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Rohstahlerzeugung sank in den ersten drei Monaten um zwei Prozent auf 11,1 Millionen Tonnen, wie die Wirtschaftsvereinigung Stahl mitteilte. Unverändert befinde sich die Kapazitätsauslastung mit knapp 90 Prozent aber auf einem hohen Niveau. Seit Jahren machen der Schwerindustrie der Preisdruck, Überkapazitäten und Billig-Importe aus China und Russland zu schaffen. Allerdings rechnet der Branchenverband der deutschen Stahlproduzenten für dieses Jahr mit einer leichten Produktionssteigerung. *J.H.*

Zuwachs durch Katastrophe

Berlin – Die Germanwings-Katastrophe sorgte bei den großen Nachrichtenseiten im Internet für Rekorde. So erreichte Bild.de im März über 333 Millionen Besuche, Spiegel Online 234 Millionen und n-tv.de kam erstmals über 100 Millionen. Bis auf Sueddeutsche.de und N24 stellten alle neue Rekorde auf. Regionale Anbieter hingegen konnten nur vereinzelt von der Nachrichtenlage profitieren und ähnliche Zuwächse wie die großen Anbieter verzeichnen. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.049.213.134.460 €
Vorwoche: 2.049.107.085.611 €

Verschuldung pro Kopf:
25.371 €
Vorwoche: 25.370 €

(Dienstag, 14. April 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Achillesferse Ostukraine

Desinteresse an der Region wegen immenser Wiederaufbaukosten

Eine militärische Lösung des Ukrainekonflikts ist keine Option. Dass dies die beteiligten Konfliktparteien inzwischen alle so sehen, lässt die Gesprächsbereitschaft, etwa beim Außenministertreffen in Berlin oder dem G7-Gipfel in Lübeck, vermuten. Zwar werde hinter verschlossenen Türen „kontrovers diskutiert“, sprich gestritten, doch gibt es Anzeichen dafür, dass sich an der Haltung zum Ukrainekonflikt etwas zu ändern beginnt. Die EU gerät unter Druck, weil die unter den Folgen der Sanktionspolitik ächzenden EU-Staaten wie Italien, Griechenland, Zypern, Ungarn und Österreich diese scharf kritisieren.

Die Konsolidierung der Ukraine und der Wiederaufbau des Landes werden immense Summen verschlingen, Gelder von Steuerzahlern in der EU und in Amerika werden dafür draufgehen. Denn zurzeit und auf lange Sicht wird die Ukraine sich nur mit Krediten aus der EU und den USA über Wasser halten können. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat jetzt einen Kredit in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar bewilligt. Insgesamt wird ein Hilfspaket von 40 Milliarden Dollar angestrebt. Die USA stellen noch in diesem Monat eine Milliarde Dollar Soforthilfe zur Verfügung. In Anbetracht der derzeitigen ukrainischen Schulden in Höhe von 70 Milliarden Dollar, von denen in diesem Jahr elf Milliarden zurückgezahlt werden müssen, sind diese Hilfen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jeder Tag Krieg in der Ukraine belastet den Staatshaushalt zusätzlich.

Die Industrieregion Donbass ist längst zur Achillesferse des Landes geworden. Weder die Ukraine noch Russland, so scheint es, reißen sich tatsächlich darum, sich die Region

> Medwedjew für Verbleib des Donbass in der Ukraine

einzuverleiben, denn es zeichnet sich ab, dass die Gewinne der Industriebetriebe im Donezbecken nicht ausreichen werden, um die Kosten des Wiederaufbaus zu dekken.

Vor diesem Hintergrund überrascht der Ton, den Moskau neuerdings anschlägt, nicht. Premierminister Dmitrij Medwedjew sprach sich während eines Besuchs in Thailand für einen Verbleib der Region in der Ukraine aus: „Die Ukraine sollte heute alles dafür tun, damit der Staat erhalten bleibt, auch die Regionen, die heute in der Tat von der zentralen Regierung abgeschnitten sind, zurückholen.“ Dafür müsse sie entsprechende Bedingungen schaffen, sprich die Föderalisierung des Landes ermöglichen.

Dass es auf die vorzeitige Rükkzahlung einer Kredittranche von drei Milliarden Dollar, die Kiew Ende 2013 erhalten hatte, verzichtet, will Moskau als Zeichen der Entspannung gewertet sehen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow soll bei Treffen mit slowakischen Kollegen in Bratislawa angeregt haben, dass auch Waffen unter 100 Millimeter Kaliber aus dem Kampfgebiet abgezogen werden, und Kiew soll Bereitschaft signalisiert haben, eine solche Entwaffnung zu unterstützen.

Neben rein wirtschaftlichen Erwägungen dürfte Moskau auch ein geostrategisches Interesse an der Einheit der Ukraine haben. Bei einem Auseinanderbrechen der Ukraine in einen West- und einen Ostteil stünde einem Natobeitritt der westlich orientierten Ukraine nichts mehr im Wege. Die Nato würde unmittelbar an die Grenze Russlands rücken, der russische Einfluss auf das einstige Bruderland in seiner Gesamtheit ginge damit endgültig verloren. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Polen fehlen Pillen

Im Ausland lässt sich mit den Medikamenten mehr verdienen

Was derzeit im polnischen Medikamentenhandel abläuft, scheint Lästermäulern recht zu geben, die „polnische Wirtschaft“ mit Chaos und Betrug gleichsetzen. Dabei sieht scheinbar alles recht manierlich aus. In Polen arbeiten 14 500 Apotheken, die von 700 Großhandelsfirmen versorgt und von 30 000 Pharmazeuten betreut werden. Ihr Umsatz betrug vergangenes Jahr 28,5 Milliarden Zloty (rund sieben Milliarden Euro). 30 Prozent der Apotheken werden bald schließen, von den Großhandelsunternehmen – 16 von ihnen haben 96,4 Prozent Marktanteil – verbleiben nur drei.

Der mit diesem Konzentrationsprozess verbundene Überlebenskampf von Apotheken und Großhändlern verleitet zur Teilnahme an Schwarzhandel und Subventionsbetrug. Diverse Medikamente, darunter Insulin, Antibiotika, Krebs- und Asthmamittel sowie weitere lebenswichtige Arzneien, werden in Polen seit dem März 2012 per Gesetz durch den sogenannten Nationalen Gesundheitsfonds mit 58 Prozent „refundiert“, sprich subventioniert, so dass der Patient zum Rezept nur noch symbolische Summen zahlt. So habe man auch weniger betuchten Bevölkerungskreisen den Zugang zu teuren Medikamenten und aufwendigen Kuren erleichtern wollen, rechtfertigt sich das Gesundheitsministerium, das jetzt den Fehlschlag seiner Pläne einräumt.

Polen besaß ohnehin schon immer die preisgünstigsten Medikamente in Europa und durch das Refundierungsgesetz wurden sie weiter verbilligt. Dadurch sank der Gewinn der Apotheken, aber der Anreiz stieg, Arzneien ins Ausland zu schmuggeln. Die Folge ist nun ein Mangel an Pharmaka im eigenen Land.

> In Polen sind die Arzneipreise extrem niedrig

Polen ist ein Opfer eigener Sorglosigkeit. In den meisten EU-Ländern dürfen nur studierte Pharmazeuten eine Apotheke aufmachen, in Polen jedermann. Hinzu kommt, dass der Staat die Pharmakonzerne bislang kaum kontrollierte, die ihre Produkte mit Vorliebe nach der Bundesrepublik, Österreich oder der Schweiz liefern, wo sie ein Vielfaches einbringen. Das Problem habe mit Polens EU-Beitritt begonnen, sagt Pawel Trzcinski vom Pharmazeutischen Hauptinspektorat (GIF), denn ein Rückkauf von Medikamenten aus Apotheken durch den Großhandel sei streng verboten und da sei es legaler, sie nach Deutschland oder Skandinavien zu schicken, wo man sie umpackt und zu ehrheblich höheren Preisen verkauft. Das sei „Parallelexport“ innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, angetrieben von der Attraktivität der niedrigen Preise der Medikamente.

Die Folgen für Polen ermittelt Jarek Frackowiak mit seiner akribischen Agentur „PharmaExpert“: Polnische Firmen wurden kriminell. Da wurden Rezepte und Bücher gefälscht, Pseudo-Apotheken und -Kliniken aufgemacht und sonstiges angestellt, was sich eignet, laxe Kontrollen zu umgehen. „Da sind Mafia-Kreise aktiv, es geht um Milliarden“, rügt Trzcinski, „Gerichte und Staatsanwälte sind passiv, uns sind die Hände gebunden.“

Anfang April sind Trzczinski und sein GIF zum Gegenangriff übergegangen. Mit Hilfe von Zoll, Grenz- und Finanzpolizei sowie der Pharmainspektion der Armee wird der Pharma-Markt einem akribischen Monitoring unterworfen. Exporte bedürfen nun der Zustimmung des GIF. Die EU-Kommission ist informiert, in drei Monaten soll alles erledigt sein. *Wolf Oschlies*

Totalausfall

Von Michaela Wagner

Ein getretener Hund bellt", heißt es. Wenn es um den Genozid an den Armeniern vor 100 Jahren geht, reagiert die Türkei genau so. Dass die damalige Regierung des Osmanischen Reiches im April 1915 mit der systematischen Verfolgung der christlichen Minderheit der Armenier begann und dass bis zu 1,5 Millionen Armenier einem gezielten Völkermord zum Opfer fielen, will die Türkei als Folge von Kämpfen während des Chaos des Ersten Weltkriegs abtun.

Als Papst Franziskus in seiner Gedenkrede vor armenischen Gläubigen im Petersdom vom „Massaker an den Armeniern" sprach, war die türkische Reaktion entsprechend heftig. Aus Protest zog man den türkischen Botschafter aus dem Vatikan ab.

Eine Aufarbeitung ihrer Geschichte wird der Türkei wohl nie gelingen, ebensowenig wie die Bildung einer dezentralistisch geordneten Gesellschaft mit unabhängiger Presse und unabhängigen Gerichten. Unter der Regierung Erdogan spielt sich eher das Gegenteil ab: Die Akzeptanz von Gewalt im Namen des Islam nimmt in der Bevölkerung zu. Als Partner der EU, gerade auch im Kampf gegen Islamisten, wird die Türkei damit zum Totalausfall.

Fragen bleiben

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Bei Redaktionsschluss der *PAZ* Nr. 13 war der Flugdatenschreiber der in den französischen Alpen abgestürzten Germanwings-Maschine, ohne die der Hergang eines Absturzes nicht exakt analysiert werden kann, noch nicht gefunden. Erst kurz nach Drucklegung wurde die zweite „Blackbox" in den Trümmern entdeckt. Die Auswertung des Flugdatenschreibers erhärtet angeblich die Vermutung, dass der Kopilot das Flugzeug absichtlich gegen den Berg flog und 149 Menschen mit in den Tod gerissen habe. Die Nachricht, dass ein psychisch Kranker die Verantwortung für den Tod ihrer Nächsten trage, gibt den Angehörigen zwar mutmaßlich Gewissheit über die Absturzursache, über ihren Kummer und schmerzlichen Verlust dürfte diese ihnen aber kaum hinweghelfen.

Laut Flugexperten bleiben weiterhin Fragen. Der Flugdatenschreiber etwa wies Brandspuren auf, der Stimmenrekorder aber nicht. Ein Brand wurde jedoch nicht beschrieben, laut Experten verdampft Treibstoff bei solch einer hohen Aufschlaggeschwindigkeit. Nach dem raschen Ermittlungserfolg der französischen Staatsanwaltschaft drängt sich ein Vergleich mit den Ermittlungen im Falle des Flugs MH17 auf. Wie der Fall Germanwings suggeriert, ist bei Vorliegen der Aufzeichnungsgeräte eine Absturzanalyse innerhalb von Tagen, ja Stunden möglich. Daten der Auswertung der MH17-Blackbox werden dagegen bis heute zurückgehalten, so dass sich der Verdacht aufdrängt, dass die Wahrheit nicht ans Tageslicht kommen soll. Die Angehörigen der Opfer werden vielleicht nie erfahren, wer MH17 abgeschossen hat.

Auf den Leim gegangen

Von Harald Tews

Kaum gestorben, wird in vielen Nachrufen Günter Grass bereits in den Olymp der deutschen Literatur gehoben. Er stehe auf einer Stufe mit Goethe und Thomas Mann, war zu hören. Nun sind Vergleiche zwischen Autoren so eine Sache. Wie will man das messen? Da sich die Wirkung oder Beliebtheit eines Autors schlecht mit Zahlen belegen lässt, ist die Auflagenhöhe eine der wenigen Anhaltspunkte. Aber dann müssten Unterhaltungsautoren wie der Fantasy-Autor Wolfgang Hohlbein mit dazugehören, dessen 40 Millionen weltweit verkaufte Bücher nicht annähernd von Grass erreicht werden.

Es ist also eine subjektive Wertschätzung, die bei den Lobeshymnen auf Grass zum Ausdruck kommt. Klar: Er war das Aushängeschild der bundesrepublikanischen Literatur, das alles aufbot, was die Welt von den Deutschen sehen wollte. Grass verarbeitete künstlerisch geschickt die Zeit des Nationalsozialismus, er vertrat eine zeitgeistkonforme linke Linie, dabei war er gleichzeitig mit Schnauzbart und Pfeife modisch unangepasst und originell. Kurz: ein Kauz, eine Marke. Und dieses pflegte er durch eine Selbstinszenierung, bei der ihm viele auf den Leim gingen.

> Abgesehen von der »Blechtrommel« bleibt nicht viel übrig

Es gehört zum Markenzeichen bedeutender Autoren, dass sie ein Selbstbild kreieren, vor dem ihre Jünger niederknien. Goethe gefiel sich in der Rolle des Dichterfürsten, Thomas Mann in der des bourgeoisen Großschriftstellers und Grass in der einer moralischen Künstlerinstanz. Goethe und Mann haben ihre einflussreichen Rollen legitimiert durch eine Reihe bedeutender Werke vom Beginn bis Ende ihrer schriftstellerischen Karrieren. War Goethes Werk vom frühen „Werther" und späten „Faust" eingerahmt, so waren es bei Mann „Buddenbrooks" und „Doktor Faustus".

Fragt man in 100 Jahren, was von Grass übrig geblieben ist, dann dürfte sich nur die „Blechtrommel" finden. Ein bisschen dürftig wäre das schon. Die mittleren Romane, die nach der Danziger Trilogie („Blechtrommel", „Katz und Maus", „Hundejahre") erschienen sind wie „Der Butt" oder „Die Rättin", haben längst Patina angesetzt. Und von seinem dicksten Buch „Ein weites Feld" ist nur der Streit mit dem Kritiker Reich-Ranicki in Erinnerung geblieben, der den Roman über die Treuhandanstalt 1995 im „Spiegel" ver- und auf dessen Titelcover zerriss.

In der „Zeit" war zu lesen, wie Grass vom Kritiker Fritz J. Raddatz aufgefordert wurde: „Setz dich auf deinen Arsch und schreib wieder ein Buch statt deinen Namen unter tausend Manifeste." Statt sich auf das literarische Werk zu konzentrieren, profilierte er sich lieber mit politisch fragwürdigen Kommentaren. Dafür führte dieses Engagement eines langen Lebens dazu, dass er einer der am meisten überschätzten Autoren ist. Ein großes Alterswerk, welches das Werk eines Literaturnobelpreisträgers würdig abgerundet hätte, findet sich jedenfalls nicht. Vielleicht ja posthum: Der Steidl-Verlag hat angekündigt, im Juni ein letztes Werk von Grass zu veröffentlichen. Gewartet hat darauf keiner.



Trommelt uns seit über einem halben Jahrhundert die Ohren voll: Der Blechtrommler Oskar Matzerath (hier in der Oscar-gekrönten Verfilmung von Volker Schlöndorff aus dem Jahr 1979)

Bild: mauritius

Seit vielen Jahren greift Klaus Rainer Röhl an dieser Stelle Wichtiges, Aufregendes, Hintergründiges und Absurdes auf. In dieser Ausgabe allerdings suchen Sie seine Kolumne vergebens. Doch es gibt keinen Grund zur Sorge, denn er bleibt den Lesern der PAZ erhalten. Mit seinen fast 87 Lebensjahren benötigt er lediglich eine vorübergehende Auszeit. Schon bald wird es an dieser Stelle wieder heißen: „Moment mal!"

Ein mitfühlendes Herz

Vor 70 Jahren starb Käthe Kollwitz – Ihr künstlerisches Vermächtnis hat bis heute Spuren hinterlassen

Käthe Kollwitz zählt zu den herausragenden deutschen Künstlerpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Kurz vor Kriegsende starb die Ostpreußin am 22. April 1945 in ihrem Altersrefugium in Moritzburg bei Dresden.

Mit der ihr eigenen sozialkritischen Kunstsprache erreichte die Künstlerin auch über ihren Tod vor 70 Jahren hinaus eine bis heute reichende Nachwirkung. Ein Schlüssel zum Verständnis ihres Wirkens sind ihre Tagebuchnotizen und Briefe, die ihr Sohn Hans sammelte und herausgab. Heute finden sich ihre bedeutenden grafischen und bildhauerischen Arbeiten in vielen maßgeblichen deutschen und internationalen Museen. Im Rüdenhof in Moritzburg bei Dresden befindet sich die Käthe-Kollwitz-Gedenkstätte und in Köln das Kollwitz-Museum (siehe Info-Teil).

Kollwitz wurde am 8. Juli 1867 als Käthe Schmidt in Königsberg geboren. Ihr Vater fungierte dort als Prediger der freireligiösen Gemeinde. Ihre Mutter war die Tochter von Julius Rupp, der die freireligiöse Gemeinde in Königsberg begründet hatte. Das Mädchen offenbarte früh ihr Zeichentalent, erhielt ab dem 14. Lebensjahr Mal- und Zeichenunterricht, und es war ihr sogar erlaubt, ab 1885 nacheinander in Berlin und München Malstudien zu betreiben. Das war damals ungewöhnlich, denn Mädchen durften zu dieser Zeit kein Abitur ablegen und auch nicht studieren.

1891 heiratete die junge Frau den Arzt Karl Kollwitz, der mit ihrem Bruder Conrad, einem Redakteur des sozialdemokratischen Blatts „Vorwärts“, befreundet war. Mit Kollwitz übersiedelte sie nach Berlin, wo ihr Mann eine Kassenpraxis in einem Arbeiterbezirk des Berliner Nordens übernahm. Dabei erlebte sie hautnah die Problemvielfalt der Patienten. Sie reichte von der Arbeitslosigkeit über Alkoholismus, Hunger und Prostitution bis zu Erscheinungen des sozialen Aufbegehrens gegen die gesellschaftlich begründete soziale Not. Das wurde wie bei Heinrich Zille zum Themenkreis ihrer Kunst. Doch sie übertraf diesen Chronisten der sozialen Not bald mit ihrer persönlichen Kunstsprache.

Wichtige Anregungen entnahm sie den Werken von Émile Zola, Gerhart Hauptmann, Max Klinger und Ernst Barlach. Der packende Bilderzyklus „Der Weberaufstand“ nach einem Theatererlebnis von Hauptmanns Drama „Die Weber“ gedieh zu einem Markstein ihres Schaffens und verschaffte ihr die Bewunderung von Adolph von Menzel.

1904 vervollkommnete sich Kollwitz während eines Studienaufenthaltes in Paris an der Akademie Julian. Die Plastiken von Auguste Rodin sorgten für weitere Impulse. Parallel schuf sie die sieben Radierungen umfassende Folge „Der Bauernkrieg“, die sie in die erste Reihe der deutschen Künstler katapultierte. Kollwitz bekam 1907 den Villa-Romana-Preis, wanderte bei ihrem Italienaufenthalt zu Fuß von Florenz nach Rom und widmete sich in der Folge fast ausschließlich der Grafik und Kleinplastik.

Nach dem schmerzlichen Verlust ihres Sohnes Peter zu Beginn des Ersten Weltkrieges intensivierte sie ihr sozialkritisches Engagement. Im Tagebuch vermerkte sie: „Ich bin einverstanden, daß meine Kunst Zwecke hat. Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.“

Kollwitz, die alle grafischen Techniken meisterhaft beherrschte, schuf zudem ein Gedenkblatt für den ermordeten Karl Liebknecht und besuchte 1927 die Sowjetunion, um sich ein eigenes Bild von den gesellschaftlichen Veränderungen im Osten zu machen. Zu Höhepunkten ihres kritischen Realismus wurden das Gefallenendenkmal auf dem Soldatenfriedhof Rossevelde in Flandern, das ein trauerndes Elternpaar darstellt, und ihr plastisches Selbstbildnis von 1936. Die Künstlerin offenbart darin in klassischer Schlichtheit, Vereinfachung aller Formen und strengster Konzentration auf das Wesentliche ihre eigene Leidens- und Ausdrucksfähigkeit, die manche Gemeinsamkeit mit Ernst Barlach aufweist, und auch ein gewisses Maß an Religiosität.

Kollwitz, die 1919 Mitglied der Preußischen Akademie der Künste, Professorin und Leiterin einer Meisterklasse für Grafik an der Hochschule für bildende Kunst in Berlin geworden war, geriet 1933 ins gesellschaftliche Abseits. Die Nationalsozialisten erzwangen ihren Verzicht auf alle Ämter und die Entfernung aller ihrer Werke aus Museen und Ausstellungen. Kollwitz wurde öffentlich diffamiert, verlor 1940 ihren Mann und erklärte angesichts des braunen Terrors: „Ich will und muß bei den Gemaßregelten stehen.“

Nachdem ihre Wohnung und ihr Atelier ein Opfer der Bomben geworden waren, gelangte sie nach einem Zwischenaufenthalt bei einer befreundeten Künstlerin in Nordhausen auf Einladung des Prinzen Ernst Heinrich von Sachsen, der ihre Arbeiten bewunderte, nach Moritzburg bei Dresden. Hier fand sie auf dem Rüdenhof nach den Jahren der „Unruhe und des Umhergetriebenseins Zuflucht und Sicherheit“. In diesem Refugium „wollte sie bleiben ... zum Sterben.“

Am 22. April 1945 endete das Leben der großen Künstlerin in Moritzburg. Seit 1995 befindet sich hier mit Blick auf die Moritzburger Kulturlandschaft mit Schloss, See und Park die Kollwitz-Gedenkstätte, die ganzjährig geöffnet ist. *Martin Stolzenau*



Familientreffen: Käthe Kollwitz (Mitte) im Kreis ihrer Angehörigen (Aufnahme um 1920) Bild: Archiv

Das Kölner Kollwitz-Museum zeigt vom 23. April bis 28. Juni die Ausstellung „Wie war mein Leben stark in Leidenschaft“ – Käthe Kollwitz in Photographien und Selbstzeugnissen“ (Neumarkt Passage, Telefon 0221/2272899, www.kollwitz.de). Parallel dazu ist von Yury und Sonya Winterberg (Autorin von „Wir sind die Wolfskinder“) jüngst die Biografie „Kollwitz“ erschienen (Bertelsmann, 432 Seiten, 24,99 Euro).

MELDUNGEN

Brite leitet Berliner Schloss

Berlin – Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat Neil MacGregor zum Leiter der Gründungsintendanz für das Humboldt-Forum berufen. Der in Glasgow geborene Brite gilt als einer der bedeutendsten Kunsthistoriker seines Landes und wird Ende dieses Jahres die Leitung des Britischen Museums abgeben, das er seit 2002 führt. Unter MacGregors Leitung strömten in das riesige Londoner Museum pro Jahr über zwei Millionen Besucher mehr als vor seinem Amtsantritt, als es noch rote Zahlen schrieb. Dass es den Berlinern nun gelungen ist, MacGregor aus London wegzulotsen, wird daher von allen Seiten begrüßt. „Ich freue mich über diese Entscheidung. Er ist der Ideale für diese Aufgabe“, sagte der Leiter der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und Mit-Intendant, Hermann Parzinger. (Siehe „Zur Person“, S. 24.) *tws*

»Frauensache« in drei Schlössern

Berlin – Anlässlich des Beginns der Hohenzollernherrschaft vor 600 Jahren stellt die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten vom 22. August bis 22. November mit „Frauensache. Wie Brandenburg Preußen wurde“ die Herrscherfrauen in den Mittelpunkt einer groß angelegten Ausstellung. Als Vorgeschmack dazu sind aktuell bis zum 22. November in den „Frauenschlössern“ von Sanssouci, Glienicke und Schönhausen die dortigen Dauerausstellungen ganz auf die Hohenzollerninnen zugeschnitten, die dort einmal gelebt haben. *tws*

Der den Sirtaki tanzt

Anthony Quinn, der »Grieche«, kam vor 100 Jahren auf die Welt

Hollywoods Draufgänger vom Dienst – so sah man jahrzehntelang Anthony Quinn. Wegen seiner markanten Gesichtszüge war er anfangs auf Exoten und niederträchtige Typen festgelegt, bis man endlich sein Potenzial als Charakterdarsteller erkannte. Macho-Typen mussten es allerdings sein. Die Figur des leichtfüßigen Griechen mit Herz im Film „Alexis Sorbas“ war auf ihn zugeschnitten und brachte ihm eine Oscar-Nominierung ein.

Vor 100 Jahren, am 21. April 1915, wurde der Weltstar als Sohn eines Halb-Iren und einer Mexikanerin aztekischer Abstammung im mexikanischen Chihuahua geboren. In den fast 200 Filmen, in denen er mitwirkte, spielte er Barrabas und den Hunnenkönig Attila, den Schausteller Zampano, Paul Gauguin und Onassis, den Glöckner von Notre Dame sowie etliche Westernhelden.

Doch alle kennen ihn als Alexis Sorbas. Ohne diese Rolle wäre dem Schauspieler im öffentlichen Gedächtnis wohl kaum eine Präsenz in dieser Größenordnung beschieden gewesen. Die 1964 gedrehte Filmballade „Alexis Sorbas“ nach dem gleichnamigen Roman von Nikos Kazantzakis kam 1965 in die Kinos und wurde einer der erfolgreichsten Streifen aller Zeiten. Wirklich neu war die Botschaft des Films vom schöneren Scheitern ja nicht, aber sie ist unterlegt mit herrlich archaischen Bildern.

Anthony Quinn wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater Frank hatte im mexikanischen Bürgerkrieg gekämpft und galt als verschollen. Seine erst 15-jährige Mutter überquerte mit ihrem Sohn illegal die US-amerikanische Grenze und ließ sich in Kalifornien nieder. In der Nähe von Los Angeles trafen sie wieder mit Frank zusammen, der in Hollywood Arbeit als Kameramann fand. 1927 kam er bei einem Autounfall ums Leben. Seitdem musste der zwölfjährige Anthony den Lebensunterhalt für die Familie durch Gelegenheitsjobs bestreiten. Künstlerisch vielseitig begabt, spielte er als Saxophonist in einer Band und versuchte sich als Bildhauer, wie er auch im vorgerückten Alter noch als Maler, Bildhauer und Schmuck-Designer von sich reden machte.



Teures Fangut: Autogrammkarte von Anthony Quinn Bild: PAZ

Mit 17 Jahren nahm Quinn ein Architekturstudium bei Frank Lloyd Wright auf, kurz darauf aber entdeckte er durch eine Sprachtherapie seine Neigung zur Schauspielerei. Einige Jahre war er Theaterschauspieler, bevor er 1936 seine erste Filmrolle erhielt. 1952 schaffte er den Durchbruch mit einer Nebenrolle in Elias Kazans „Viva Zapata!“. Dafür erhielt er seinen ersten Oscar, den zweiten 1956 für die Rolle des Paul Gauguin in Vincente Minellis Filmbiografie „Vincent van Gogh – ein Leben in Leidenschaft“ mit Kirk Douglas in der Hauptrolle. Später hatte er noch große Erfolge durch seine Mitwirkung in dem mit sieben Oscars ausgezeichneten Wüstenepos „Lawrence von Arabien“ (1963) und in der TV-Produktion „Der alte Mann und das Meer“ (1989).

Seit 1937 war Quinn mit Katherine, der Adoptivtochter des Regisseurs Cecil B. DeMilles, verheiratet. Das Paar hatte fünf Kinder. Mit seinen Liebschaften sorgte der Hollywoodstar immer wieder für Schlagzeilen, seine Frau hielt aber zu ihm. 1965 ließ er sich scheiden, um die Kostümbildnerin Yolanda Addolori zu heiraten. Aus der Ehe gingen drei weitere Kinder hervor. Insgesamt hatte er 13 Kinder von fünf Frauen. Mit seiner ehemaligen Sekretärin Katherine Benvin war er seit 1996 liiert, und im hohen Alter wurde er nochmals Vater zweier Kinder. Die Familie lebte in Rom.

Von sich selbst sagte er: „Ich kann nicht in den Ruhestand gehen. Ich meine, ich habe mit dem Arbeiten angefangen, als ich eineinhalb Jahre alt war, und mein ganzes Leben gearbeitet.“ Der Schauspieler starb am 3. Juni 2001 in Boston nach einer Lungenentzündung. *D. Jestrzemski*

Auf die sanfte Tour

Gegenspieler Dickens – Der Romanautor Anthony Trollope

Spricht man heute vom viktorianischen Roman, so fällt im selben Atemzug der Name Dickens. Doch der hatte zu Lebzeiten einen ernsthaften Konkurrenten, der ihn bei der Produktion des Lesestoffs weit übertraf: 47 zu 20 – so lautet das Ergebnis zugunsten von Anthony Trollope, vergleicht man die Anzahl seiner Romane mit denen von Dickens. Dass Qualität nicht unbedingt etwas mit Quantität zu tun, ist bekannt. Doch Trollopes Werke litten keineswegs unter der Massenproduktion ihres Autors. Seine Werke wurden vom Publikum hoch geschätzt, seine sechs Romane aus dem „Barchester-Zyklus“ gelten bis heute als Klassiker – jedenfalls in England.

In Deutschland dagegen konnte sich Trollope nie richtig durchsetzen. Hier stand er im Schatten der großen Viktorianer Dickens, Thackeray, der Brontë-Schwestern und George Eliot. Doch allmählich bahnt sich dank später Übersetzungen eine Renaissance des Autors an. Und das Eintauchen in dessen Welt lohnt sich! Stellte Dickens die vom kaltherzigen Kapitalismus getroffenen Großstadtmenschen Londons in den Mittelpunkt seines Werks, so sind es bei Trollope die Landbewohner, deren Leben durch das Hereinbrechen der Moderne aus den Fugen gerät.

Obgleich selbst am 24. April 1815 – also vor 200 Jahren – in London geboren, kannte er sich im pastoralen Milieu bestens aus. Mit dem Vater, einem gescheiterten Anwalt, floh er vor Gläubigern nach Belgien, ehe er als Postinspekteur im damals von der britischen Krone regierten Irland viel durchs Land kam. Inspiriert von der Mutter, die zeitweilig die Familie in Richtung USA verließ und die sich als Romanautorin versuchte, schrieb sich Trollope vor Dienstbeginn bei der Post ein tägliches Pensum Romanseiten von der Seele.

Marionettenspieler: Anthony Trollope Bild: Archiv

Mit „The Warden“ (deutsch: „Septimus Harding, Spitalvorsteher“) gelang ihm schon 1855 ein Meisterwerk. Im fiktiven, beschaulichen Barchester sieht sich der gutmütige Kirchenkantor Harding plötzlich Angriffen der Londoner Presse ausgesetzt, die ihm vorwirft, als Vorsteher eines von der Kirche geführten Altersstifts mehr Gehalt zu beziehen, als ihm laut Stiftungsrecht zustünde. Am Ende kapituliert er vor diesem unberechtigten – wie man heute sagt – „Shitstorm“, verliert dabei Geld, aber rettet seine Würde.

Bei Trollope tritt zuletzt jeder erhobenen Hauptes von der Bühne ab. Es gibt bei ihm weder Schurken noch Engel, kein Schwarz oder Weiß. Anders als Dickens, der – wie der Erzähler im Roman selbst andeutet –, aus dem Stoff ein Schurkenstück mit Bösewichten und unterdrückten Armenhäuslern gemacht hätte, bemühte sich Trollope um mit flotter Feder gezeichnete, differenzierte Charakterdarstellungen. Wegen der Wahl seiner Themen klebte an ihm ein ungerechter Ruf des Provinziellen, weshalb dem 1882 gestorbenen Autor der Durchbruch außerhalb seiner Heimat versagt blieb. Gegen die Dickensche Großstadt-Härte, kam der sanfte Idylliker Trollope nicht an. *Harald Tews*

Leseempfehlungen: Der Manesse Verlag hat zum 200. Geburtstag Trollopes seinen bekanntesten Roman „Septimus Harding, Spitalvorsteher“ (384 Seiten, 21,95 Euro) neu herausgebracht. Außerdem sind dort erschienen: „Die Türme von Barchester“ und „Die Claverings“ (jeweils 896 Seiten, 26,90 Euro). Der Rhein-Mosel-Verlag hat in Erstübersetzungen herausgebracht: „Miss Mackenzies Mut zu lieben“ (430 Seiten, 14,90 Euro), „Cecilia“ sowie „Auge um Auge“ (jeweils 228 Seiten, 9,90 Euro).

Churchills Niederlage und Kemal Atatürks Sieg

In der Schlacht von Gallipoli gelang es den Osmanen mit deutscher Hilfe, Angelsachsen und Franzosen ins Meer zu werfen

Die vor 100 Jahren beginnende Schlacht von Gallipoli war eine der blutigsten des Ersten Weltkriegs. Für die kriegsunerfahrenen Neuseeländer und Australier war sie ein Schock, für den Ersten Lord der Admiralität Winston Churchill eine schwere Etappenniederlage, die ihn zurücktreten ließ, für Mustafa Kemal Atatürk letztlich der Grundstein zu seiner Popularität und für die Türkei ein Sieg, von dem das gebeutelte Land noch heute zehrt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sperrte das vorerst neutral bleibende Osmanische Reich am 27. September 1914 die Dardanellen und den Bosporus für den internationalen Schiffsverkehr. Damit war Russland von Hilfslieferungen der Westmächte auf dem Seeweg weitgehend abgeschnitten, denn das Deutsche Reich blockierte die Ostsee. Am 2., 5. beziehungsweise 6. November reagierten die Triple-Entente-Mächte Russland, Großbritannien und Frankreich mit der Kriegserklärung an das Osmanische Reich. Mit dem Ziel, die osmanische Blockade zu brechen, plante man in London und Paris eine Besetzung der Halbinsel Gallipoli am südwestlichen Ausgang der Dardanellen. Die dort befindlichen Geschützstellungen der Türken sollten ausgeschaltet und darüber hinaus auch eine Basis für einen Vorstoß nach Istanbul gewonnen werden.

In Vorbereitung dieses Unternehmens begann ein britisch-französisches Flottenkontingent unter den Konteradmiralen Sackville Carden beziehungsweise John de Robeck im Februar 1915 mit dem Beschuss der türkischen Artillerieposten. Die Aktion endete am 18. März in einem gewaltigen Desaster: Die Schlachtschiffe „Irresistible“, „Ocean“ und „Bouvet“ wurden Opfer einer Minensperre, die der osmanische Minenleger „Nusret“ mit deutscher Hilfe errichtet hatte. Daraufhin suchte die Entente ihr Heil in der umgehenden Anlandung von Truppen zwecks Zerstörung der Forts, während die türkische Seite alles tat, um sich auf genau dieses Szenario vorzubereiten. So wurde die neugebildete 5. Armee, die unter dem Oberbefehl des preußischer Generals der Kavallerie und osmanischen Marschalls Otto Liman von Sanders stand und 84 000 Mann umfasste, auf Gallipoli und an der gegenüberliegenden asiatischen Küste stationiert, wobei im unmittelbaren Bereich der Südspitze der Halbinsel bei Kap Helles nur zwei Bataillone lagen, während sich der Rest in rückwärtigeren Räumen in Bereitschaft hielt, um bei Bedarf dorthin vorzurücken, wo die Landung dann tatsächlich erfolgte. Dies galt auch für die 19. Division von Oberstleutnant Mustafa Kemal, dem späteren Gründer der heutigen Republik Türkei.

Die Entente ihrerseits bot rund 70 000 Soldaten auf: das Australian and New Zealand Army Corps (ANZAC) unter Major General William Birdwood, die 29. britische Division unter dem ebenso exzentrischen wie inkompetenten Major General Aylmer Hunter-Weston und das französische Corps expéditionnaire d’Orient unter General Albert d’Amade. Oberkommandierender dieser Mediterranean Expeditionary Force war General Ian Hamilton, der unter erheblichem Erfolgsdruck stand, aber zugleich ohne Stab und aktuelle Informationen über die osmanischen Verteidigungsmaßnahmen agieren musste.



Nach dem Sieg: Türkisches Militär an von den Briten geräumten Stellungen *Bild: Ullstein*

Hamilton entschied sich für eine Landung an fünf Punkten der Küste rund um das Kap Helles: Dort wurden am 25. April 1915 die ersten Kampfeinheiten der 29. Division abgesetzt. Außerdem sollte das ANZAC versuchen, 20 Kilometer weiter nördlich bei Gaba Tepe ans Ufer zu gelangen, während die Franzosen Scheinangriffe auf die asiatische Küste im Raum Kumkale starteten. Aufgrund des effektiven Ausbaus ihrer Verteidigungsanlagen konnten die Türken, in deren Reihen auch rund 2000 deutsche Soldaten dienten, ein Blutbad unter den Entente-Kontingenten anrichten, obwohl es Liman von Sanders erst nach zwei Tagen gelang, seine Truppen optimal zu konzentrieren. Besonders hart traf es dabei Hunter-Westons Einheiten am Landepunkt V östlich von Kap Helles. Diese liefen direkt in das osmanische Maschinengewehrfeuer aus der alten Festung Sedd-ül-Bahr und erlitten Verluste von bis zu 70 Prozent. Andererseits stießen die Briten am Strandabschnitt Y auf keinerlei Widerstand, was aber aufgrund der Zögerlichkeit von Lieutenant Colonel Archibald Koe nicht zu effektiven Vorstößen ins Innere der Halbinsel genutzt wurde.

Ebenso unbefriedigend verlief die Landung des ANZAC, da Kemal hier rund sechs Stunden nach Angriffsbeginn mit seiner 19. Division eintraf und die strategisch wichtige Höhe 700 besetzte, womit er die Kontrolle über den Küstenabschnitt erlangte. Dafür wurde der Türke dann zum Oberst befördert, wohingegen die Leistungen der Regimenter 26 und 27 unter Major Mahmut und Oberstleutnant Sefik Bey, die den ersten Ansturm des Gegners abgewehrt hatten, niemals eine adäquate Würdigung erfahren, weil Kemal sie schlicht und einfach totschwieg. Ja, mehr noch! In seinem Bestreben, sich um jeden Preis als begnadeter Feldherr zu profilieren, schrieb er zudem an den osmanischen Kriegsminister, Generalleutnant Enver Pascha: „Ich empfehle Ihnen dringend, nicht auf die geistigen Fähigkeiten der Deutschen, angeführt von Sanders, ... zu vertrauen.“

Infolge der unerwartet verbissenen osmanischen Abwehr und der fehlenden Nutzung anfänglich vorhandener Chancen misslang es den Landungstruppen, wie geplant bis zur Ortschaft Krithia vorzustoßen beziehungsweise das Bergmassiv Achi Baba zu erreichen, um dann von dort aus die Artilleriestellungen im Nordosten auszuschalten. Vielmehr entspann sich nun ein Stellungskrieg, der bis Ende August von immer neuen Offensiven beider Seiten unterbrochen wurde, die aber allesamt unter hohen Verlusten scheiterten. Letztendlich forderte die Schlacht von Gallipoli, in die sowohl die Entente als auch das Osmanische Reich permanent neue Truppen hineinwarfen, über 100 000 Tote und 250 000 Verwundete, wobei die Verluste der Türken höher ausfielen.

Wegen seiner offenkundigen Erfolglosigkeit wurde Hamilton am 14. Oktober 1915 durch General Charles Monro abgelöst, der sich nach einer kurzen Frontbesichtigung für die umgehende Evakuierung der Truppen auf Gallipoli aussprach. Hierzu schrieb Winston Churchill, der fünf Monate zuvor seinen Posten als Erster Lord der Admiralität verloren hatte, weil er zu den geistigen Vätern des desaströs verlaufenen Landungsunternehmens zählte: „Er kam, er sah und er kapitulierte.“ Der Rückzug der Angelsachsen und Franzosen dauerte vom 18. Dezember 1915 bis zum 9. Januar 1916 und verlief, im krassen Gegensatz zu allen bisherigen Aktionen in der Schlacht, vollständig ohne Verluste.

> Über 100 000 Tote und 250 000 Verwundete

Als Folge des erfolglosen Landeunternehmens blieb die Position der Entente im östlichen Mittelmeer und dem Nahen Osten noch bis in den Spätsommer 1916 hinein geschwächt. Zudem entschloss sich Bulgarien unter dem Eindruck der Ereignisse mit der Kriegserklärung an Serbien vom 14. Oktober 1915 zum Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte, wodurch die Schlacht von Gallipoli indirekt auch die Lage auf dem Balkan ver-

Eine neue Waffe aus der »Apotheke der Welt«

Vor 100 Jahren versuchte das deutsche Heer, mit Chlorgas Bewegung in seine festgefahrene Offensive im Westen zu bekommen

Die deutsche Strategie im Ersten Weltkrieg, der nach dem vormaligen preußischen Generalstabschef Alfred Graf von Schlieffen benannte Schlieffenplan, ging von einer schnellen Eroberung Frankreichs aus. Als Folge des sogenannten Wunders an der Marne geriet die deutsche Offensive im Westen allerdings bereits wenige Wochen nach Kriegsausbruch im September 1914 ins Stocken. Es kam zur Erstarrung der Frontlinie von der Nordseeküste bis zur schweizerischen Grenze. Dem schloss sich ein zermürbender Stellungskrieg an, in dem beide Seiten nach neuen Mitteln und Wegen suchten, Geländegewinne zu erzielen.

Das wilhelminische Deutschland galt wegen seiner führenden Rolle in der chemischen Industrie als Apotheke der Welt. Allerdings waren es nicht die Deutschen, die mit dem Einsatz von Gas als Waffe begannen. Schon vor ihnen setzten die Franzosen versuchsweise sogenannte Erstickungspatronen ein. Diese waren mit dem stark reizenden und giftigen Bromessigsäureethylester gefüllt. Allerdings erzielten diese Geschosse, mit deren Einsatz der Gaskrieg begann, keine nennenswerte Wirkung.

> Vor dem deutschen Chlorgaseinsatz arbeiteten die Franzosen bereits mit sogenannten Erstickungspatronen

Kurz darauf, nämlich im Oktober 1914, konstituierte sich in Deutschland die Nernst-Duisberg-Kommission, die für den Einsatz des Reizstoffes Dianisidin plädierte. Doch auch in diesem Fall verlief die erste Erprobung, die am 27. Oktober 1914 an der Westfront bei Neuve-Chapelle stattfand, enttäuschend. Deshalb griff man auf den Vorschlag des späteren Chemie-Nobelpreisträgers Fritz Haber zurück, Chlorgas einzusetzen, das bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik, der heutigen BASF, als Abfallprodukt anfiel. Mittlerweile schien nämlich Eile geboten, da abzusehen war, dass es bei längerer Kriegsdauer zu einer „Sprengstofflücke“ kommen würde – verursacht durch die englische Seeblockade, deretwegen kein Chilesalpeter mehr nach Deutschland gelangte.

Das gelbgrüne Chlorgas, das beim Menschen zu Bluthusten, Lungenödemen und schließlich zu Atemstillstand führt, sollte dabei in Flaschen gefüllt und in Richtung der gegnerischen Schützengräben abgeblasen werden. Somit hing natürlich alles vom Wind ab, was Kritiker auf den Plan rief, die Schwierigkeiten beim Einsatz an der Westfront befürchteten, wo west-östliche Luftströmungen dominierten. Dahingegen gab es keine Bedenken hinsichtlich der völkerrechtlichen Zulässigkeit von Chlorgas als Kampfstoff, denn der Artikel 23 der Haager Landkriegsordnung von 1907 verbot lediglich „die Verwendung von Gift und vergifteten Waffen“, was dergestalt interpretiert wurde, dass Gase, deren Einsatz nur unter bestimmten Umständen zum Tode führe, hiervon ausgenommen seien.

Um die Wirksamkeit des Blasverfahrens zu testen, ordnete der deutsche Generalstabschef, General der Infanterie Erich von Falkenhayn, einen ersten praktischen Versuch im Bereich der 4. Armee an, die unter dem Befehl von Generaloberst Albrecht Herzog von Württemberg stand. Ziel des Unternehmens war es dabei, den Frontbogen bei Ypern zu beseitigen, der von der 2. britischen Armee unter General Horace Smith-Dorrien sowie französischen, belgischen und kanadischen Kontingenten gehalten wurde. Die Vorbereitung des Gasangriffs oblag dem Generalstabschef der 4. Armee, Generalmajor Emil Ilse, sowie dem Kommandeur der neu aufgestellten Gastruppe, Oberst Max Peterson, zu dessen Stab auch Fritz Haber gehörte. Das Offiziersduo sorgte dafür, dass im nördlichen Frontabschnitt zwischen Steenstraate und Poelkappelle auf einer Länge von sieben Kilometern Chlorgasbehälter in den deutschen Gräben deponiert wurden. Bis zum 11. April 1915, kamen so 6000 Flaschen zu 40 Kilogramm und 24 000 Flaschen zu 20 Kilogramm zusammen, in denen sich der verflüssigte Kampfstoff befand, der unter einem Druck von 120 Atmosphären stand.

> Das Ergebnis des Giftgaseinsatzes im Ersten Weltkrieg waren rund 100 000 Tote und 1,2 Millionen Gasgeschädigte

Dann hieß es warten, denn der Blasangriff erforderte eben gleichmäßige Nordostwinde mit einer Geschwindigkeit von 1,5 bis drei Metern pro Sekunde. Außerdem durfte es weder Sonnenschein noch Regen geben. Diese Bedingungen waren am Abend des 22. April 1915 erfüllt, woraufhin der General der Infanterie Berthold von Deimling, der das XV. Armeekorps führte, das im Operationsbereich der 4. Armee lag, um 17.24 Uhr gegen den Rat aller seiner Regimentskommandeure befahl, um Punkt 18 Uhr mit dem Gasangriff zu beginnen. Wie Deimling später in seinen Memoiren schrieb, tat er das keineswegs begeistert: „Ich muss gestehen, dass die Aufgabe, die Feinde vergiften zu sollen wie die Ratten, mir innerlich gegen den Strich ging.“ Allerdings vertrat er auch die Meinung, ein derart wichtiges militärisches Ziel wie die Eroberung von Ypern rechtfertige die Aktion.

Das Abblasen des Chlorgases durch drei Meter lange Bleischläuche, die über die Grabenkante hingen, dauerte nur sechs bis acht Minuten, dann zog eine sechs Kilometer breite und 600 bis 900 Meter tiefe Giftwolke in Richtung der Gräben bei St. Julien, in denen sich etwa 15 000 alliierte Soldaten befanden. Von diesen starben um die 5000, darunter Angehörige der 1. Kanadischen Division sowie des 2. Bataillons des Royal Irish Regiments, wobei übrigens auch John Condon den Tod fand, der als der jüngste Soldat der Alliierten gilt, der im Ersten Weltkrieg fiel. Vor allem aber dezimierte die Wolke das II. französische Korps von General Antoine de Mitry, zu dem die 87. und 45. (algerische) Division gehörten. Hier kam es zu panikartiger Verwirrung und einer Massenflucht der Grabenbesatzungen ins Hinterland. Deshalb gelang es dem XXIII. deutschen Reservekorps unter General der Infanterie Hugo von Kathen dann auch, im Verlaufe der nunmehr eröffneten Zweiten Flandernschlacht in die feindlichen Stellungen am Yser-Kanal einzubrechen und vier Kilometer nach Westen vorzurücken. Dabei hätte der Erfolg noch deutlich größer ausfallen können, wenn das Abblasen nicht erst kurz vor Einbruch der Dunkelheit erfolgt wäre und die Angreifer richtige Gasmasken und nicht bloß mit Natriumthiosulfat und Soda getränkte Mull-Schutztücher getragen hätten. Zudem wurden die deutschen Truppen bis zum 27. April wieder auf das Ostufer des Kanals zurückgeworfen, woraufhin die Front dann erneut erstarrte.

Mit dem Gasangriff von Ypern öffnete Deutschland die sprichwörtliche Büchse der Pandora, denn natürlich zogen die Kriegsgegner bald nach und setzten ihrerseits tödliche chemische Kampfstoffe ein. Das Ergebnis waren rund 100 000 Tote und 1,2 Millionen Gasgeschädigte auf beiden Seiten. *W.K.*

Der einzige Kriegseintritt des »Soldatenkönigs«

Durch die Kriegserklärung an Schweden vor 300 Jahren wurde Preußen Teilnehmer des Großen Nordischen Krieges

Gern wird Militarismus mit Chauvinismus und Imperialismus gleichgesetzt. So war es beim preußischen „Soldatenkönig" gerade die Liebe zu seiner Armee, die ihn von deren Verheizung abhielt. Ein preußischer Kriegseintritt jedoch fällt in Friedrich Wilhelms I. Regierungszeit. Die Aussicht auf den Erwerb Schwedisch-Pommerns war einfach zu verlockend.

Im Westfälischen Frieden von 1648 bekam der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm Hinterpommern zugesprochen, wohingegen Vorpommern mit den Inseln Rügen, Usedom und Wollin sowie der Odermündung einschließlich des Hafens und der Festung von Stettin weiterhin bei Schweden verblieb. Dabei konnte Preußen hierauf ebenfalls berechtigte Ansprüche anmelden. Das nährte den Wunsch

> Der Kriegserklärung schloss sich der Pommernfeldzug an

nach einer Einverleibung Schwedisch-Pommerns im Falle einer Schwächung des Großreiches im Norden. Eine derartige Schwächung bewirkte Mitte 1709 die katastrophale Niederlage König Karls XII. in der Schlacht von Poltawa, die dem Großen Nordischen Krieg von 1700 bis 1721 zwischen Schweden auf der einen Seite und Russland mitsamt seinen Verbündeten wie Dänemark und Sachsen auf der anderen die entscheidende Wende gab. Trotzdem aber scheuten sowohl König Friedrich I. als auch dessen Sohn, Friedrich Wilhelm I., davor zurück, in den Konflikt einzutreten, wobei es dem Letzteren nicht zuletzt darum ging, seine gerade im Ausbau befindliche Armee zu schonen.

Dann freilich eroberten russisch-sächsische Truppen die schwedische Festung Stettin, woraufhin der dortige Generalgouverneur, Johan August Meijerfeldt, dem russischen Kompromissvorschlag zustimmte, Stettin und dessen Umland, wozu man auch die Inseln Usedom und Wollin zählte, unter die Verwaltung des neutralen Preußen zu stellen. Das Hauptmotiv für diese Großzügigkeit des Zarenreiches war natürlich der Wunsch von Peter I., den zögerlichen „Soldatenkönig" endlich enger an Russland zu binden und zum Kriegseintritt zu bewegen. Da Friedrich Wilhelm I. insgeheim auf schwedische Zugeständnisse in der Pommernfrage hoffte und Karl XII. für dessen militärische Tugenden bewunderte, sah sich Peter der Große schließlich gezwungen, noch den Geheimvertrag von St. Petersburg vom 12. Juni 1714 nachzuschieben. In diesem garantierte er Preußen in aller Form, dass es das südliche Vorpommern bis zur Peene annektieren könne, wenn es gemeinsam mit Russland über die Schweden obsiege.

Einen veritablen Kriegsgrund lieferte der politisch ungeschickte Schwedenkönig mit der Besetzung der Insel Usedom, bei der am 22. April 1715 ein winziges preußisches Kontingent durch 3000 Soldaten Karls überrumpelt wurde, wobei auch ein Offizier, nämlich der Fähnrich von Platen, tödliche Verletzungen erlitt. Friedrich Wilhelm I. schäumte vor Wut und befahl die sofortige Ausweisung des schwedischen Gesandten aus Berlin. Dann marschierte der „Soldatenkönig" mit 32 Bataillonen und 27 Schwadronen sowie 115 Geschützen in ein Feldlager nahe Stettin, wo er schließlich am 1. Mai 1715 Schweden offiziell des Krieg erklärte. Daraufhin versprach der Sondergesandte des mit Schweden verbündeten Königreiches Frankreich, Marquis de Croissy, am 3. Mai, sein König werde Karl mit Sicherheit dazu bringen, Preußen in jeder Hinsicht entgegenzukommen. Aber hierauf wollte Friedrich Wilhelm nicht mehr vertrauen. Vielmehr begann er, in Richtung der Festung Stralsund vorzurücken, in der sich der Schwedenkönig mit 15 000 Soldaten verschanzt hatte.



Friedrich Wilhelm I. als Feldherr vor dem belagerten Stralsund (1715): Ölgemälde von Antoine Pesne, 1729 Bild: Archiv

Die Belagerung Stralsunds begann am 12. Juli 1715, wobei die Angreifer mehrfach in der Überzahl waren. Zu dem preußischen Aufgebot, das unter dem Kommando des Königs beziehungsweise seines Generalfeldmarschalls Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau stand, kam ein 8000 Mann umfassendes sächsisches Korps unter General August Christoph von Wackerbarth sowie die Streitmacht der Dänen unter König Friedrich IV. und dessen General Carl Rudolf von Württemberg-Neuenstadt mit weiteren 24 000 Soldaten. Trotz dieser beachtlichen zahlenmäßigen Überlegenheit gestaltete sich die Einnahme von Stralsund schwierig und erforderte zuvor noch die Eroberung Rügens und Usedoms. Letztere gelang den Sturmkolonnen des gerade eben frisch beförderten preußischen Generals der Infanterie Georg Abraham von Arnim am 22. August nach verlustreichen Kämpfen um die Peenemünder Schanze. Anschließend konnte dann endlich die schwere Belagerungsartillerie von Stettin aus über die Peene bis vor Stralsund verlagert werden.

Die Besetzung Rügens wiederum war nötig, weil der schwedische Nachschub für Stralsund über die Insel verlief – dieser versiegte erst nach der erfolgreichen Landung bei Stresow in der Nacht vom 15. auf den 16. November 1715, in deren Verlauf die antischwedische Dreierallianz einen weiteren Sieg über Karl XII. errang, dem während der heftigen Gefechte das Pferd unter dem Leibe weggeschossen wurde.

Das nunmehr abgeschnittene Stralsund musste am 23. Dezember 1715 kapitulieren; wenige Tage zuvor war der Schwedenkönig über Hiddensee nach Trelleborg geflohen, wobei die Legende besagt, Friedrich Wilhelm I. habe höchstpersönlich verhindert, dass dänische Kanoniere auf die kleine Jacht von Karl XII. schossen. Nach dem Fall von Stralsund existierte nur noch ein schwedischer Stützpunkt, nämlich Wismar, dessen Aufgabe zum 19. April 1716 erfolgte. Allerdings dauerte es trotzdem weitere zweieinhalb Jahre, ehe der Große Nordische Krieg vollkommen zu Ende war, denn Karl XII. setzte seinen Kampf gegen Dänemark fort, bis er am 11. Dezember 1718 während der Belagerung der Festung Fredriksten fiel.

> Am 23. Dezember 1815 musste Stralsund kapitulieren

Im nachfolgenden Frieden von Stockholm zwischen Schweden und Preußen vom 1. Februar 1720 erhielt Friedrich Wilhelm I. dann – gegen eine Zahlung von zwei Millionen Talern – genau das südliche Stück von Vorpommern, „Altvorpommern" genannt, das ihm seinerzeit schon im Geheimvertrag von St. Petersburg zugesichert worden war. Dahingegen behielt Schweden das nördliche Vorpommern einschließlich Stralsund und der Insel Rügen. Diese „Neuvorpommern" genannten Teile Pommerns fielen erst auf dem Wiener Kongress an Preußen, weil der ursprünglich vorgesehene Erwerber Dänemark die vereinbarten Entschädigungszahlungen an Schweden nicht leisten konnte. *Wolfgang Kaufmann*

Der Verlierer der Schlacht bei Idstedt

Vor 225 Jahren wurde Karl Wilhelm von Willisen geboren – Der Preuße befehligte 1850 die schleswig-holsteinische Armee

Auch in Preußen verliefen Karrieren nicht immer geradlinig. Ein typisches Beispiel hierfür ist Karl Wilhelm Freiherr von Willisen, der am 30. April 1790 in Staßfurt geboren wurde. Der dritte Sohn des Bürgermeisters der Stadt an der Bode trat 1804 in das Infanterieregiment Herzog Braunschweig Nr. 21 ein, verließ diese Einheit jedoch bereits 1807 wieder. Ursache hierfür war eine schwere Verwundung des Sekondeleutnants in der Schlacht von Auerstedt am 14. Oktober 1806.

Es folgte ein Studium an der Friedrichs-Universität in Halle an der Saale. Dieses brach Willisen jedoch nach knapp drei Jahren ab, um in das Freikorps von Major Ferdinand von Schill einzutreten, das während des Fünften Koalitionskrieges gegen die Franzosen und deren Verbündete kämpfte. Als Angehöriger dieser Einheit nahm er am 5. Mai 1809 am Gefecht von Dodendorf teil, in dem die Schillschen Jäger immerhin einen moralischen Achtungserfolg errangen.

> Der Befreiungskrieger galt als liberaler Freigeist, glänzender Theoretiker der Kriegführung und polenfreundlich gesinnt

Danach wechselte von Willisen in österreichische Dienste und erlebte bald darauf, nämlich am 6. Juli 1809, die Niederlage in der Schlacht bei Wagram. Dem schloss sich eine Phase des Privatisierens in Teutschenthal bei Halle an. Diese endete, als der Preuße von den Franzosen nach Kassel verschleppt und interniert wurde. Allerdings gelang es ihm zu fliehen und in den Befreiungskriegen den Anschluss an die Truppen von Friedrich Wilhelm III. zu finden.

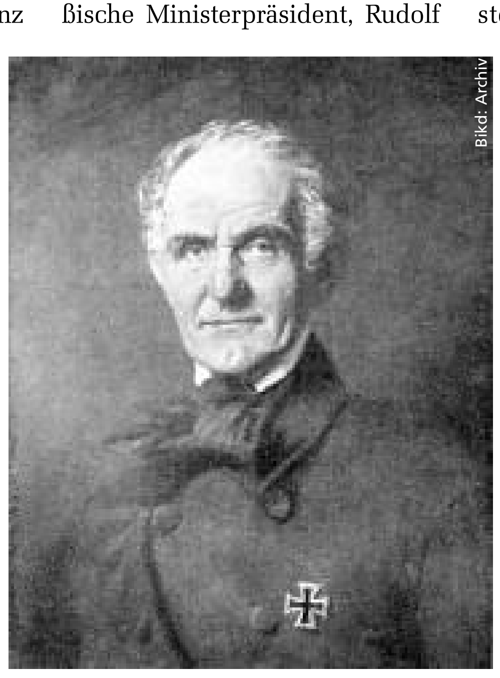
Während der Freiheitskriege diente von Willisen unter anderem im Stab von Generalfeldmarschall Gebhardt Leberecht von Blücher. 1829 wurde er dem Großen Generalstab zugeteilt. Außerdem übernahm der nunmehrige Major den Unterricht in Kriegskunst und Kriegsgeschichte an der Allgemeinen Kriegsschule zu Berlin. Daneben begann er erste Artikel zu militärisch-politischen Fragen zu veröffentlichen.

Im Zuge der Julirevolution von 1830 äußerte er Verständnis für die polnische Unabhängigkeitsbewegung im Großherzogtum Posen. Das führte zu seiner Entfernung aus Berlin. Auf Betreiben konservativer Kreise wurde er in den Generalstab des III. Armeekorps in Breslau versetzt, das unter dem Kommando des Prinzen Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen stand. Doch Willisen war auch weiterhin nicht bereit, mit seinen liberalen politischen Ansichten hinterm Berg zu halten. Deshalb kam es im Frühjahr 1832 zu einer erneuten Strafversetzung, die ihn nach Posen führte, wo er nun die Position des Stabschefs des V. Armeekorps von Generalleutnant Karl von Grolman bekleiden sollte. In dieser Dienststellung avancierte Willisen 1834 zum Oberstleutnant und 1836 zum Oberst. 1842 bekam er das Kommando über die 11. Landwehrbrigade übertragen, womit eine Beförderung zum Generalmajor verbunden war.

Der letztgenannte Karrieresprung resultierte ganz wesentlich daraus, dass Willisen inzwischen die ersten beiden Bände seines Standard-Werkes „Die Theorie des großen Krieges" veröffentlicht hatte, das ihm den Ruf eines herausragenden strategischen Denkers eintrug. In dem Buch nahm er es mit niemand Geringerem als Carl von Clausewitz auf, waren die Thesen seines Buches doch als Gegenentwurf zu dessen legendärer unvollendeter Schrift „Vom Kriege" gedacht.

Mit Beginn der Märzrevolution von 1848 mündete der Unabhängigkeitskampf in Posen in einen Großpolnischen Aufstand. Um diesen gütlich zu beenden, sagte König Friedrich Wilhelm IV. eine Neuordnung der Verhältnisse in dem Großherzogtum zu. Selbige sollte von einem zivilen Königlichen Kommissar für die Provinz Posen vorgenommen werden. Und der wurde kein anderer als Karl Wilhelm von Willisen, der dann auch schon am 11. April des Revolutionsjahres die Konvention von Jaroslawiec unterzeichnete, in der er dem polnischen Nationalkomitee unter Ludwik Mierosławski weitgehende Zugeständnisse machte, zu denen auch die faktische Genehmigung der Aufstellung einer polnischen Nationalarmee gehörte.

Hiermit überschritt er freilich seine Kompetenzen, glaubte sich aber durch den grundsätzlich ebenfalls liberal gestimmten König gedeckt. Der jedoch wollte den Polen aus Rücksicht auf Russland nicht so weit entgegenkommen wie Willisen. Das hatte zur Folge, dass Friedrich Wilhelm IV. dem neuen Posener Armeechef Peter von Colomb für die militärische Niederschlagung des Aufstands freie Hand ließ. Vier Tage nachdem er diese begonnen hatte, erklärte Colomb am 23. April 1848 die Konvention von Jaroslawiec kurzerhand für hinfällig. Angesichts dessen blieb Willisen, der nun zwischen allen Stühlen saß, nur die Flucht aus Posen. In Berlin angekommen, traf ihn dann der Vorwurf des Landesverrates. Jedoch sah der neue preußische Ministerpräsident, Rudolf von Auerswald, Willisen nicht als kompromittiert an und entsandte ihn in diplomatischer Mission nach Paris und Südeuropa. 1849 reichte der Ex-Kommissar seinen Abschied ein, der auch bewilligt wurde – und zwar sogar unter Beförderung zum Generalleutnant.



Karl Wilhelm Freiherr von Willisen Bild: Archiv

Während der Schleswig-Holsteinischen Erhebung, die in den ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg von 1848 bis 1851 mündete, übernahm er am 8. April 1850 als Nachfolger des Prinzen Friedrich Emil August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg den Oberbefehl über die schleswig-holsteinische Armee, deren Aufgabe darin bestand, die politischen Bestrebungen zur Schaffung eines vollkommen von Dänemark unabhängigen deutschen Bundesstaates Schleswig-Holstein militärisch zu unterstützen. Dabei agierte der General jedoch ausnehmend unglücklich: Erst verlor er im Juli 1850 die Schlacht von Idstedt, dann misslang ihm auch noch der Angriff auf Friedrichstadt, so dass die Dänen letztlich ganz Schleswig unter ihre Kontrolle bringen konnten. Als Konsequenz hieraus legte von Willisen am 7. Dezember 1850 sein Kommando nieder.

Dem folgte der endgültige Rückzug ins Privatleben. Er lebte nun in Paris, dann in Schlesien und schließlich in Dessau. Im Jahr des Deutschen Krieges war ihm noch als späte Ehrung die Erhebung in den Freiherrnstand vergönnt. Am 25. Februar 1879 starb Karl Wilhelm von Willisen in Dessau, das er für seinen Lebensabend ausgesucht hatte. *W.K.*

Beim Namen genannt

Zu: Thesen statt Aufklärung (Nr. 14)

Die Gesellschaft fordert in Sachen Germanwings-Absturz immer schneller „Fakten und Lösungen" für die im TV gezeigten Ereignisse, und die Medien liefern diese „Fakten und Lösungen" umgehend. Dass dabei oft die Wahrheit oder die wirkliche Ursache auf der Strecke bleibt, spielt im Zeitalter von Brot und Spielen keine Rolle mehr. Der deutsche Michel bekommt sogar den Namen des vermeintlichen Selbstmordattentäters präsentiert und kann so in den (a)sozialen Medien seinen Dreck über den Co-Piloten und dessen Angehörige auskübeln. Kaum jemand denkt daran, dass auch die Angehörigen des Co-Piloten Opfer sind und sich, aufgrund der Darstellung in den Medien, vermutlich eine neue Identität zulegen müssen.

Diese Akribie von Medien und Bürgern wundert ein wenig. Oder doch nicht? In Bezug auf Straftaten ausländischer „Mitbürger" scheint ein solcher Drang nach Aufklärung und Gerechtigkeit nur sehr begrenzt vorhanden zu sein. Da werden im Regelfall sogar die Namen der Täter verschwiegen, um bloß nicht wieder eine Debatte über die Qualitätszuwanderung entfachen zu lassen. Und was macht Michel? Richtig, er protestiert gegen die Gitterstäbe in der Abschiebehaft in Büren. Geht ja auch nicht, unmenschlich ist das. Dagegen muss ja auch was unternommen werden, und wenn das erledigt ist, dann schnell der nächste Sturm der Empörung gegen den Co-Piloten und dessen Angehörigen im Netz verbreiten.

Bravo, Michel, du hast endlich verstanden! Zumindest das, was dir der chaotische Mainstream in diesem Land in deinen Schädel hämmert.

Maik Beckmann, Bünde

Tödliche Werte

Zu: Thesen statt Aufklärung (Nr. 14)

Wenn einer beschließt, mit dem Leben abzuschließen, muss er diese Entscheidung mit sich selbst abmachen. Wenn er dabei 149 Menschen mit in den Tod reißt, begeht er ein Verbrechen. Ob neue Sicherheitsvorschriften im Flugverkehr helfen? Doch das Problem liegt tiefer: In einer Gesellschaft, in der Menschlichkeit, Anständigkeit und Moral kaum noch zählen, wird Selbstmitleid zur entscheidenden Größe und bringt solche Untaten hervor.

Jens Markwardt, Leipzig

Das Menschliche geht verloren

Zu: Damals wie heute – Wo bleibt die Gegenwehr? (Nr. 13)

Schon einmal haben dunkle Mächte versucht, das eigentlich Menschliche im Menschen zu vernichten. Damals haben es auch nur wenige bemerkt und sich dagegengestellt. Heute versuchen die gleichen satanischen Mächte auf anderen Wegen einen zentralen Angriff auf die Menschlichkeit. Es wird versucht, die verantwortungsbewusst handelnde, freie menschliche Individualität auszuschalten. Wieder sind es nur wenige, die dies bemerken – von den Regierenden angefangen über die Opposition bis zur sonst so wachsamen Presse.

Diesmal kommt der Angriff aus zwei Richtungen: vom global agierenden Kapitalismus und vom grün angefärbten Sozialismus. So grundlegend verschieden diese auch sein mögen, beide bedrohen das wahre Menschsein. Durch Nivellierung der Gesellschaft versuchen sie, sich bequem regierbare, fröhlich konsumierende Untertanen zu schaffen. Verantwortlichkeit für andere Menschen, alles menschlich Wärmende und die selbstlose Liebe sind dabei nicht gefragt.

Martin Knappke, Karlsruhe

Eine Staatsräson

Zu: Turnvater Jahn wird verbannt (Nr. 11)

So sehr man die Verdienste des sogenannten Turnvaters Jahn schätzen kann, so sehr muss man allerdings seine zum Teil sehr hasserfüllten Reden und Schriften mit einer gewissen Distanz sehen, zumal nicht nur heute lebende Menschen dies kritisieren, sondern auch schon die damaligen Zeitgenossen von der blutrünstigen Sprache des Turnvaters nicht sehr begeistert waren.

Ich bin im Besitz des Auszuges aus einem Lexikon der 1820er Jahre, in dem Friedrich Ludwig Jahn äußerst kritisch gesehen wird. Dass der preußische Staat einen solchen Mann nicht auch noch fördern konnte, war auch damals ein Gebot der Stunde – mit Meinungsfreiheit hatte dies nichts zu tun, aber mit Staatsräson. Man lebte ja inmitten Europas und konnte sich solche Dinge nicht leisten.

Carl Günter Koch, Bingen



Wühlerei in den Absturzresten: Die Germanwings-Katastrophe, so empfinden es viele Bürger, wurde ohne Rücksicht auf Opfer und Hinterbliebene medial ausgeschlachtet Bild: pa

Kein Blick für die Zukunft

Zu: Vertuschen und Versagen (Nr. 13)

Seit sechs Monaten freue ich mich besonders auf den Freitag: Dann halte ich die *Preußische Allgemeine Zeitung* in Händen, die für mich ein Lichtblick im Blätterwald ist. Jüngstes Beispiel aus einer norddeutschen Regionalzeitung, welche die Pegida-Bewegung aufs Korn nahm: Was darin Politiker wie Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig zum Thema Ausländer so alles von sich gaben, ist in dieser Leserzuschrift einfach nicht zu beschreiben.

Aber das muss zur Demo für Toleranz und gegen Pegida, die Ende März in Kiel stattfand, gesagt werden: Wenn man gegen den weiteren Zustrom von Ausländern nach Deutschland ist, wird man als fremdenfeindlich diffamiert. Mit Totschlagargumenten andersdenkende Bürger mundtot zu machen, grenzt geradezu an Deutschfeindlichkeit. Bei diesem merkwürdigen Demokratieverständnis hat sich die Rolle des Bürgers offenbar aufs Beifallklatschen für die Ansichten des Ministerpräsidenten Albig und anderer ausländerfreundlicher Politiker zu beschränken.

Übrigens: Vielleicht sollte Albig mal einen Blick ins Gesetzbuch werfen und sich daran orientieren. Dort heißt es im Grundgesetzartikel 56, der Amtsträger habe „dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden". Das ist Bestandteil eines Amtseides. Der Nutzen wird jedoch kaum darin liegen, dass die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt missbraucht wird. Ist das zum Wohl unseres Volkes? Und damit bin ich bei der Schlussfrage des *PAZ*-Artikels: „Wie stellt sich eine Politik, die nicht daran denken will, den Zustrom massiv zu begrenzen, eigentlich die Zukunft Deutschlands vor?"

Karl-Heinz Rieger, Kiel

Wie die willigen Helfer der USA deren Interessen durchsetzen

Zu: Was Nafta über TTIP verrät (Nr. 9)

Es ist Krieg. Haben Sie es schon bemerkt? Wissen Sie, wer gegen wen kämpft, verdeckt, mit Geld oder Waffen oder mit Hilfe vieler Asylbetrüger oder US-Söldner? Es sind die USA. Sie bekämpfen die ihnen missliebigen Nationalstaaten und deren unerwünschte Regierungen durch ihre sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO) und mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie kämpfen für ihre Konzerne beziehungsweise ihre Hochfinanz gegen die Völker. Sie erstreben die weltweite „Konzerndemokratie" durch Nafta, TTIP, Ceta und TiSA. Diverse Machenschaften: Große Kriege wären heutzutage selbst für die USA gefährlich, weil es Atomwaffen gibt.

Um in der Welt trotzdem Einfluss auszuüben, etwa um einen Regimewechsel verdeckt in einem bestimmten Land zu erreichen, setzen die USA von ihnen indirekt finanzierte NGO ein. Dieses strategische Konzept heißt „der zweite Weg" und zielt jeweils auf einen Machtwechsel von innen heraus ab, und zwar durch politische Wühlarbeit der NGO. Durch die NGO werden Charakterschweine der Zielländer gekauft und in den USA politisch programmiert, um sie später in den Zielländern gegen die Zielländer politisch einsetzen zu können, wie kürzlich in der Ukraine. Der IWF ist heute ein Instrumentarium der USA und der Konzerne (Banken) zur Disziplinierung und Reglementierung der Volkswirtschaften anderer Länder im amerikanischen Sinn. Er hat bereits viele Volkswirtschaften zerstört, etwa durch Verschuldung und Einflussnahme (zum Beispiel die Ukraine, Syrien ab 2006).

Dazu lässt sich nur sagen: Hüte sich jeder vor dem IWF. Die USA liefern auch Waffen in Krisengebiete. Beispielsweise kauften sie russische Waffen im zuvor von ihnen bombardierten Libyen und verbrachten sie heimlich nach Syrien. Mit Hilfe Israels und der USA wurden etliche Länder im mittleren Osten und in Nord-Afrika entsprechend dem Yinon-Plan Israels zerstört. Nach dessen planerischen Vorstellungen ist es im sicherheitspolitischen Interesse Israels, wenn in den Nachbarländern Unruhen und Konflikte zwischen ethnischen und religiösen Gruppen geschürt werden.

Es handelt sich um ein besonders unmenschliches Konzept, durch das viele Asylbetrüger (Wirtschaftsflüchtlinge) nach Europa gedrängt werden. Dies liegt offensichtlich im Interesse der USA, weil die Wirtschaft der konkurrierenden Aufnahmeländer (auch Deutschlands) dadurch langfristig gewollt zerstört wird.

Andererseits deckt sich der Wunsch der USA wohl mit den Vorstellungen in islamischen Ländern. Deren Ziel ist es, mit Hilfe der Moslem-Asylanten „die westliche Ordnung zu überwinden und durch ein islamisches Gemeinwesen zu ersetzen" (Information des Verfassungsschutzes). In etliche Länder setzen die USA von ihnen über bestimmte US-Firmen bezahlte Söldner ein (zum Beispiel in Afghanistan und in der Ukraine). Gegen missliebige Länder werden Embargos durchgeführt, um den betroffenen Ländern (etwa dem Iran) wirtschaftlich zu schaden und sie politisch zur Unterwürfigkeit zu zwingen.

Aus der Gesamtbetrachtung des unehrlichen und hinterhältigen Verhaltens der USA ergibt sich für jeden deutschen Wähler, keine Partei zu wählen, die im Interesse der USA ganz oder teilweise tätig wird. Deutschland sollte die US-Besatzungstruppen und die US-Geheimdienste ausweisen und aus der Nato austreten. Die USA sind nicht unser Freund und waren es nie.

Aus der amerikanischen Regierungsanweisung vom April 1945 (ICG 1067) ergibt sich dazu dieser Satz: „Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation zur Durchsetzung alliierter Interessen." US-Präsident Barack Obama sagte am 19. Juni 2009 im deutschen Ramstein vor US-Besatzern: „Deutschland ist ein besetztes Land und das wird es bleiben."

Benno Koch, Harsefeld

Soldaten und Gotteshilfe retteten das Leben

Zu: Als die Russen kamen – Gegen das Vergessen! (Nr. 10)

Dieser Artikel von Klaus Rainer Röhl hat unsere Erfahrungen in Danzig seit Mitte März bis zum 31. März 1945 wieder ins Bewusstsein treten lassen. Meine Mutter, die Großmutter, mein Bruder, sechs Jahre, meine Schwester, fünf Jahre und ich, drei Jahre alt, hatten nach der Flucht aus dem eingeschlossenen Königsberg in einem typischen Danziger Bürgerhaus in der Innenstadt ab Mitte März eine vorläufige Bleibe gefunden. Hier lebten ältere, pflegebedürftige Damen, und außerdem waren hier Soldaten der Wehrmacht einquartiert. Meine Großmutter erbot sich, während dieser Zeit für die Soldaten zu kochen.

Am 30. März deutete es sich an, dass die Soldaten ihr Quartier verlassen werden. Unsere Mutter traf Vorsorge. In der Nacht zum 31. März lagen wir angezogen auf einem großen Bett. Die Mutter lauschte auf die Geräusche im Raum der Soldaten. Sie hörte wie die Parole „Fertigmachen" mitten in der Nacht flüsternd weitergegeben wurde. Das war das Signal zum Aufbruch für unsere Mutter. Sie riss uns vom Bett und wir rannten hinter den Soldaten her. Es ging die Kellertreppe hinauf aus dem Haus. Ich konnte nicht sofort folgen und stolperte über einen toten Soldaten. An der Hausecke zur Straße kauerten wir uns an die Wand geschmiegt. Der Leutnant hatte meiner Mutter versprochen, uns in der Mittagszeit von dieser Hausecke abzuholen. Auch wohl deshalb, weil meine Großmutter die Soldaten bekocht hatte.

»Spatzen tschilpten, MGs knatterten«

Es wurde hell. In den benachbarten Straßen wurde gekämpft, und russische Lautsprecher forderten die Soldaten zur Kapitulation auf. Wir konnten beobachten, wie die Wehrmachtssoldaten sich mit Handzeichen und flüsternd verständigten, während sie sich gebückt entlang der Häuser in Richtung der Stellungen der Russen orientierten. Der Leutnant hielt sein Versprechen. Pünktlich zur angegebenen Zeit fuhr der Leutnant mit einem Kübelwagen vor, verstaute uns und fuhr mit uns davon.

Der Leutnant musste immer wieder die Richtung ändern und auch rückwärts fahren, weil Trümmer von zerschossenen Häusern die Straßen versperrten. Er kannte sich aber offensichtlich gut aus und fuhr uns zu einem großen, freien Platz mitten in Danzig, der beherrscht wurde von einem großen Hochbunker. Der Leutnant verabschiedete sich, sagte, „mehr kann ich für sie nicht tun", und fuhr mit seinem Kübelwagen davon.

Der Bunker war voll besetzt und sogar auf den Treppenstufen saßen die Menschen. Unsere Mutter sagte laut: „Hier bleibe ich nicht." „Es hat doch keinen Zweck, bleibt doch hier", antworteten die Menschen. „Nein, hier bleibe ich nicht", wiederholte unsere Mutter und verließ den Bunker. Es war ein schöner, warmer Frühlingstag, der 31. März 1945, in Danzig. Die Sonne schien, die Spatzen tschilpten, die MGs knatterten, dumpfe Abschüsse von Geschützen waren zu hören.

Weiter vom Bunker entfernt am Rande des großen Platzes ent-

Danzig lag in einem Flammenmeer

deckte unsere Mutter im Schatten der Häuser gepanzerte Fahrzeuge der Wehrmacht. Sofort machte sie sich mit uns auf den Weg dorthin und hievte uns gegen den Protest des Fahrers in eines der gepanzerten Fahrzeuge.

„Wir dürfen keine Flüchtlinge mitnehmen. Sie müssen das Fahrzeug verlassen!", sagten diese. „Ich verlasse nicht das Fahrzeug", erwiderte unsere Mutter. „Wir warten nur noch auf den Hauptmann. Wenn der kommt", so der Fahrer, „dann müssen Sie das Fahrzeug verlassen." Sie werde das Fahrzeug nicht verlassen, sagte unsere Mutter entschlossen, „ich bin Offizierswitwe".

Die Zeit verstrich, und der Hauptmann kam nicht. In der beginnenden Dämmerung brach die Kolonne schließlich auf. Es ging durch Straßen vorbei an brennenden Häusern. Im Bereich des Hafengebietes stockte die Weiterfahrt der Kolonne. Die Soldaten hatten ihre Fahrzeuge verlassen und äußerten Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der Notbrücke über ein Hafenbecken. Diese Äußerungen beunruhigten meinen Bruder so sehr, dass er weinte und die Großmutter bat: „Lass' uns beten."

Dann setzten sich die gepanzerten Fahrzeuge in Bewegung, um einzeln über die Notbrücke zu fahren. Die Pioniere sprengten die Hilfsbrücke in die Luft. Der Fahrer forderte meine Mutter auf, einen Blick zurück auf Danzig zu werfen: Ein Flammenmeer, das Feuer schien aus den Mauern der Häuser zu brechen. Unsere Mutter hatte während unserer Flucht die großen Flüchtlingsströme gemieden und die Nähe der Soldaten gesucht. Doch ohne Gotteshilfe wären wir nicht unversehrt geblieben. Es fand sich immer ein Soldat, der uns weiterhalf. So lautete immer der Schluss ihrer Erzählungen.

Erika Dietrich, Sigtrut und Dr. Bernd Hardt, Wardenburg

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.


Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 18. April 2015

»Polnischer Korridor« und »preußische Tragödie«

Auf der Arbeitstagung der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen in Sensburg wurde offen und lebhaft diskutiert

Die diesjährige Tagung der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen fand am 11. und 12. April in Sensburg [Mragowo] statt und wurde von dem stellvertretenden Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Gottfried Hufenbach, geleitet. So wie bei den ersten Sitzungen wurden neben organisatorischen auch wissenschaftliche und historische Inhalte angeboten.

Die erste Arbeitstagung fand vor fast 25 Jahren vom 9. bis 16. November 1990 in Bad Pyrmont statt. Das Hauptziel war es, gemeinsam mit Landsleuten aus Ostpreußen Möglichkeiten zu finden, um deutsche Kulturvereine vor Ort zu unterstützen oder neu aufzubauen. Seit diesem Zeitpunkt sind die Treffen zwischen Vertretern der deutschen Vereine und der LO schon eine Tradition.

Zu Beginn der diesjährigen Veranstaltung drückte der Sprecher

Vor 25 Jahren: erste gemeinsame Tagung in Bad Pyrmont

der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, in seinem Grußworten eines der Hauptziele des Vereins an, nämlich den Erhalt der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen, und er betonte, dass in der heutigen geopolitischen Lage die Bewahrung der Identität eine Garantie für den Zusammenhalt Europas sei.

Der Historiker und Kulturmanager des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) Ralf Meindl hielt ein Referat über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Ostpreußens in der Zwischenkriegszeit. Er schilderte die Probleme der Provinz nach dem Ersten Weltkrieg: Wirtschafts- und Agrarkrise, Inflation, Zwangsversteigerungen, Mangel an Nahrungsmitteln, Verlust von Absatzmärkten, Verschlechterung der geopolitischen Situation, Entstehung des sogenannten polnischen Korridors. Somit stellte er auch die Umstände der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die unter anderem die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anboten, sowie den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft dar.





Gottfried Hufenbach (o.l.) leitet die Veranstaltung, daneben sitzend: Ralf Meindl. Unten: LO-Sprecher Stephan Grigat, Bernard Gaida und Henryk Hoch (v.l.n.r.) lauschen gemeinsam mit den übrigen Teilnehmern den Vorträgen der Referenten

Bild: E.G.

Der nächste Programmpunkt war die Vorstellung der Aufgaben des ifa und dessen Bedeutung für die deutsche Volksgruppe in Polen. In diesem Vortrag präsentierte Meindl die Institution, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, aber vom Auswärtigen Amt finanziert wird. Das ifa unterstützt und fördert die auswärtige Kulturpolitik, den internationalen Kulturaustausch und den internationalen Dialog. Zu seinen Arbeitsbereichen zählen: Kunst und Kultur, Bildung und Erziehung, Wissenschaft, Information sowie Dokumentation. Das Institut ist in Mittel-, Ost- und Südeuropa sowie in Asien und Afrika tätig. Zu den Hauptaktivitäten des ifa gehören: Forschungen zu Kultur in der Außenpolitik, Forschungsbibliothek, Stipendien, Informationsveranstaltungen, Beratung des Auswärtigen Amts (AA) und von Nichtregierungsorganisationen (NGO), Kunstförderung (Galerien, Wanderausstellungen), Entsendeprogramme und Projektförderung. Im Rahmen des Entsendeprogramms wurde auch Meindl als ifa-Kulturmanager zum Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren entsandt. Seine Hauptaufgaben sind die Unterstützung der Projekte des Verbandes und der deutschen Gesellschaften sowie die Durchführung eigener Projekte.

Während der Tagung wurde der Film „Rosa" (polnisch „Róza") von Wojciech Smarzowski gezeigt. Das Historiendrama erzählt das erschütternde Los der Masuren nach 1945. Es wurde ein Einzelschicksal als Sinnbild für das Leid vieler Menschen dargestellt und somit zeigt Smarzowski die Verbrechen der polnischen und sowjetischen Armee an den Masuren.

Der Film bildete auch den Auftakt für das nächste Tagungsthema, die sogenannte preußische Tragödie. Der Begriff existiert seit Kurzem. Er entstand im Zusammenhang mit der Oberschlesischen Tragödie, die im politischen Dis-kurs die Verbrechen an der deutschen Bevölkerung aus dieser Region und die Vertreibungen nach 1945 bezeichnet.

Die Bedeutung des Begriffs „preußische Tragödie" erklärte Paweł Sieger, Dokumentarfilmregisseur. Er beschränkte die Definition nicht nur auf Verbrechen und Vertreibungen, sondern bezeichnete die geraubte Identität als Tragödie. Als Zeitrahmen gab er die Jahre 1945 bis 1989 an, weil es erst ab 1990 erlaubt war, deutsche Vereine in Polen zu gründen. Nach der emotionalen Rede von Sieger, in der er nach preußischer Identität fragte und sich provozierend an die Tagungsteilnehmer wandte mit dem Vorwurf: „Was habt Ihr gemacht?!", brach eine lebendige Diskussion aus. Es stellte sich heraus, dass die Identitätsfrage immer noch aktuell und dass auf jeden Fall der Gesprächsbedarf sehr groß sei.

Abschließend wurde über die Situation der deutschen Vereine und der LO im Hinblick auf Struktur und Mitgliederzahl berichtet. Während in den Landesgruppen und Kreisgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland eine stark schrumpfende Mitgliederzahl festzustellen ist, ist der Schrumpfungsprozess bei den deutschen Verei-

Mitgliederzahl der deutschen Vereine bleibt stabil

nen in Ostpreußen nicht so beträchtlich. 2011 vermerkte die Deutsche Minderheit in Ermland und Masuren 7600 Mitglieder und im Jahr 2015 beträgt die Zahl 7100.

Als letzter Tagungspunkt wurden die Vorhaben und Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen und des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren für das Jahr 2015 dargestellt, unter anderem: 20. Juni Sommerfest in Sensburg, 27. und 28. Juni Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Ermland und Masuren, 10. und 11. Oktober Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein, 10 bis 14. November Deutsche Kinowoche in Ermland und Masuren.

Edyta Gladkowska

Störungen des Verkehrs

Straße Nummer S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle, Hohenstein [Olsztynek] – Zalusken [Załuski], Baustelle. Straße Nummer 7: Liebemühl [Miłomłyn)] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Poweirsen [Powierz] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nummer 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nummer 16: Proberg [Probark] – Barranowen [Baranowo], Baustelle; Nikolaiken [Mikołajki], Baustelle; Drosdowen [Drozdowo] – Tuchlinnen [Tuchlin], Baustelle. Straße Nummer 51: Markeim [Markajmy] – Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Olsztynskastraße, Baustelle. Straße Nummer 54: Verkehrsknotenpunkt Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nummer 59: Skoppen [Skop] – Trossen [Tros], Baustelle, Kleinlindengrund [Kokoszki] – Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *PAZ*

Frisch renoviert

Brachert-Museum hat wieder geöffnet

Im Beisein der Königsberger Kulturministerin Swetlana Kondratjewa wurde das Hermann-Brachert-Museum in Georgenswalde nach längerer Renovierung wieder für den Publikumsverkehr geöffnet.

Hermann Brachert (11. Dezember 1890 – 2. Juni 1972) war einer der bedeutendsten Bildhauer Deutschlands und eng mit Ostpreußen verbunden – er lehrte in Königsberg und beriet dessen Staatliche Bernsteinmanufaktur. Er bearbeitete Naturstein, Bronze und andere Metalle sowie Bernstein plastisch. 1933 erteilten ihm die Nationalsozialisten ein Ausstellungsverbot. Nach dem Krieg wirkte er in Stuttgart maßgeblich am Wiederaufbau der Stadt mit. Seine letzte abgeschlossene Arbeit war die Figur „Erinnerung an Ostpreußen", die vor dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg steht. Das Museum in seinem ehemaligen Georgenswalder Wohnhaus ging vor einem Jahr in die Obhut des Königsberger Kulturministeriums über und hat seitdem verschiedene konzeptionelle Veränderungen erfahren.

Bildhauer beriet Bernsteinmanufaktur

Dank der Hilfe der Regionalregierung konnten erstmals seit Gründung des Hauses 1993 sowohl seine Fassade als auch sein Innenbereich erneuert werden. Die Ministerin besprach mit den Verantwortlichen vor Ort weitere Pläne zur Neugestaltung des Hauses, die rechtzeitig zum 125. Geburtstag Bracherts am 11. Dezember dieses Jahres verwirklicht werden sollen. *T.W.W.*

In 18 Minuten zum Flieger

S-Bahn verbindet künftig die Städte Danzig und Gdingen

Für die Fußball-Europameisterschaft 2012 sollten die Flughäfen Danzig und Gdingen an das S-Bahnnetz der Dreistadt angebunden werden. Bis zur Europameisterschaft konnten jedoch nur die Planungen fertiggestellt werden. Die neue, derzeit im Bau befindliche zweigleisige Strecke mit acht Zwischenhalten zweigt vom Flughafen Gdingen kommend südlich des Hauptbahnhofes Gdingen von der Hauptstrecke zwischen Gdingen und Danzig ab und nutzt eine Zeitlang die schon vorhandene und nun im Ausbau befindliche Strecke zwischen Berent [Koscierzyna] und Gdingen. In Espenkrug [Osowa] zweigt die Neubaustrecke zum Lech-Wałesa-Flughafen Danzig [Port Lotniczy] ab. Von dort aus überquert die S-Bahnstrecke die Schnellstraße S6, passiert den Haltepunkt Mattern [Matarnia], wo ein Park-and-ride-Platz eingerichtet wird, durchquert Brentau [Bretowo] und kommt beim Bahnhof Langfuhr [Wrzeszcz] wieder zurück an die Hauptstrecke nach Danzig.



Flughafenterminal: Haltepunkt der neuen S-Bahn

Bild: mef

Pomorska Kolej Metropolitalna (PKM) hatte den Bau der 17 Kilometer langen Strecke für eine Auftragssumme von geplanten 141 Millionen Euro an ein Konsortium, bestehend aus der spanischen Konstruktionsfirma Ferrovial und der seit 45 Jahren bestehenden Firma Budimex, eine der größten Baufirmen in Polen, vergeben.

PKM plant ein 15-Minuten-Intervall auf der Gesamtstrecke. Die Fahrzeit zwischen Langfuhr und dem Flughafen wird 18 Minuten betragen. Die Strecke soll voraussichtlich diesen Monat eröffnet werden und ist für rund 12,5 Millionen Passagiere pro Jahr ausgelegt.

Manfred E. Fritsche



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wieder ist ein Chronist unserer Heimat Ostpreußen von uns gegangen, den seine Freunde und Landsleute sehr vermissen werden. Aber es ist tröstlich, dass er Spuren hinterlässt, die nicht verwehen werden, denn er hat sie in Wort und Bild bewahrt wie in dem großen Bildband Insterburg. Seinem engsten Heimatkreis ist der am 31. Oktober 1920 in Albrechtshöfen, Kreis Insterburg geborene **Horst Grigat** immer treu geblieben, auch als er nach Krieg, Gefangenschaft und Vertreibung in Hamburg eine Heimstatt fand, die es ihm ermöglichte, als Lehrer und langjähriger Rektor seine berufliche Lebensaufgabe zu finden und sie zu erfüllen. Aber das genügte dem vitalen Ostpreußen nicht, der sich als Friedensforscher selber Aufgaben stellte und sie in seine vielen Tätigkeiten in den verschiedensten Vereinigungen mit einbringen konnte. Er war Archivar, Chronist, Heimatforscher, nicht nur für seine ostpreußische Heimat, sondern auch für den Hamburger Stadtteil Niendorf, in dem er wohnte und arbeitete und in dem er seinen Lebensabend friedlich vollenden durfte. 94 Jahre wurde der mit der höchsten Auszeichnung der Hamburger Bürgervereine, dem „Portugaleser in Bronze" ausgezeichnete Chronist alt, der diesen hohen Geburtstag im letzten Herbst mit seiner großen Familie und dem nicht minder umfangreichen Freundeskreis feiern konnte, sich selber aber schon in der „Abschiedsphase" sah. Und die war auch bald eingeläutet, denn am 17. März ist Horst Grigat friedlich eingeschlafen. Wenn ich ihm heute in unserer Kolumne diese Zeilen widme, so ist das kein Nachruf im eigentlichen Sinne, sondern ein ehrlicher Dank für eine gute Zusammenarbeit, denn Horst Grigat hat sich bemüht, uns bei der Lösung von Fragen zu helfen, besonders wenn sie Insterburg betrafen – umgekehrt konnten wir ihn bei der Weitergabe seiner Wünsche unterstützen, so bei der Publizierung seines 1200 Fotos enthaltenden Bildbandes „Unser Insterburg", einer einmaligen Dokumentation.

Und da muss ich noch einen ganz persönlichen Dank anschließen, denn Horst Grigat hat meinen Lebenslauf sehr ausführlich in seine Hamburger Stadtteilchroniken eingebracht – auch ich lebe nämlich wie die Familie Grigat im Stadtteil Niendorf, also in nächster Nachbarschaft. Und als ich im vergangenen Jahr meinen 98. Geburtstag feierte, überreichte mir der 2. Vorsitzende der LO-Landesgruppe Hamburg, **Manfred Samel**, eine Gratulationsmappe, in der auch ein Auszug aus der Stadteilchronik mit meiner Vita enthalten war, mit herzlichen Grüßen von dem Chronisten. Horst Grigat empfand die sehr aktive Insterburger Heimatgruppe, die Manfred Samel leitet, als ein Stück lebendige Heimat, und der Rektor i.R. trug vor allem auf musikalischem Gebiet mit seinem Keybord-Spiel zum Gelingen ihrer Veranstaltungen bei. Er hinterlässt eben viele Nachklänge, der Horst Grigat aus dem ostpreußischen Albrechtshöfen bei Insterburg.



Nachklänge: Horst Grigat † am Keybord

Jeder ältere Vertriebene verarbeitet die Ereignisse, die sein langes Leben bestimmten, auf seine Weise. Unser Landsmann **Martin Schröder** aus Detmold wählt dazu die Gedichtform. Und so legt er uns nun seine gereimte Lebensgeschichte vor, und da er sie im Alter von 90 Jahren zu Papier bringt, kann man sich vorstellen, welch eine Fülle von Erlebnissen und Eindrücken dieses fast 80 Zeilen lange Poem beinhaltet. Die das Schicksal bestimmenden Ereignisse in Zweizeiler zu zwängen, das ist keine leichte Aufgabe, die Martin Schröder sich da selber gestellt hat, und mancher Poet würde daran verzweifeln. Der 90-Jährige versucht es und bringt sein Vorhaben auch zu Ende. Seine „Erinnerungen mit 90" beginnen mit einer glücklichen Kindheit in seiner Heimat, die „weit im Osten" liegt, und aus der er mit Mutter und Geschwistern vertrieben wurde. „Die Mutter wurde krank auf den Wagen gebettet, bei der Flucht über das Haff-Eis noch gerettet. Die Töchter verloren, auf Gott tat sie hoffen, und hat nach Jahren die Kinder wieder getroffen". Diese Textprobe aus dem langen, balladesken Gedicht mag für das Poem stehen, das ich leider nicht, wie Herr Schröder hofft, in voller Länge auf dieser Seite veröffentlichen kann. Immer wieder muss ich darauf hinweisen, dass unser Platz begrenzt ist, ich aber möglichst viele Zuschriften berücksichtigen muss. Darum freue ich mich für Martin Schröder, dass in dem 300 Seiten starken Buch „Neue Literatur 2015" fünf Gedichte aus seiner Feder im Themenbereich „Ich habe es erlebt" zu finden sind. (August von Goethe Literaturverlag, Frankfurt, ISBN 978-3-8372-1639-4) Das ist ein schöner Erfolg für den dichtenden Senior, der auch das aktuelle Zeitgeschehen in Verse setzt. Sein jüngstes Werk ist „Machtmissbrauch und Kriegstreiberei" betitelt und nimmt die aktuelle politische Lage unter die spitze Feder.

Aber getreu unserem ostpreußischen Naturell „Lache on Griene en eenem Sack" gibt es auch heitere Momente in unserem Familienalltag – schließlich ist es Frühling, die Sonne scheint, und die Veilchen blühen. Jedenfalls in dem Rundbrief der Vereinigung der Sackheimer Mittelschüler, den **Günter Walleit** mir zugesandt hat, denn auch er hat gereimt: „Welch eine Hoffnung stellt sich ein, wenn morgens küsst der Sonnenschein. Die ersten Strahlen wecken das Grün, und das kleine Veilchen beginnt zu blüh'n." Und da hat er als Sackheimer Bowke an meine Geschichte von den „Veilchen vom Litauer Wall" gedacht – eine meiner liebsten Kindheitserinnerungen –, und sendet mir als „Mutter der Ostpreußischen Familie" herzliche Grüße und sagt Dank für die Familienarbeit, die sich auch in seinem Rundbrief niederschlägt. Aber nun profitieren auch wir von dem Mitteilungsheft, denn in ihm sind heitere Erinnerungen an die Schulzeit enthalten, und aus dem Bericht einer ehemaligen Mitschülerin muss ich einfach eine Stelle herausnehmen, weil sie einen Einblick in die damalige Schuldisziplin gewährt. Zumal ich kurz nach Weihnachten die Frage erhielt, was eine „Sittenmappe" sei – in dem viel zitierten Gedicht „Albertchens Wunschzettel" von **Robert Johannes** wünscht sie sich der kleine Bowke „aber bitte leer". Eine bessere Erklärung, als die ehemalige Sackheimerin sie in ihrem Bericht gibt, könnte ich nicht bringen:

„In jedem Jahr etwa Ende März gab es eine öffentliche Prüfung, ‚Examen' genannt. An ihm nahmen der Schulrat und das Schulkollegium teil, auch Eltern waren eingeladen. Das Examen fand in der Aula statt und bestand in der Prüfung von Kenntnissen in den Hauptfächern wie Deutsch, Rechnen, Geschichte, Chor- und Solosingen und Deklamation. Da kam dann heraus, was wir gelernt hatten. Der Unterricht in den einzelnen Fächern wurde von jeder Lehrkraft ziemlich streng, aber gerecht durchgeführt. Eine Besonderheit war das so genannte ‚Sippenheft', das für die Schulkinder ab der III. Klasse angelegt wurde und das für manche Schülerin und manchen Schüler recht unangenehme Seiten haben konnte. Sichtbare Seiten, denn auf ihnen wurden alle guten, aber auch schlechten Eigenschaften wie Unaufmerksamkeit, Trägheit und Schwatzen im Unterricht vermerkt. Das ‚Sittenheft' musste den Eltern zur Unterschrift übergeben werden. Ich musste leider meinem Vater auch einige Male das ‚Sittenheft' vorlegen, was dann schmerzliche Folgen hatte. Es stand immer nur drin: ‚Emma störte den Unterricht durch Plappern' – nie durch ungenügenden Fleiß oder fehlende Ordnung."

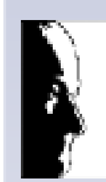
Was unsere heutigen Schülerinnen und Schüler wohl zu solchem „Sittenheft" halten würden, bedarf wohl keiner Befragung.

Befragen muss ich aber nun unsere Familie, und zwar im Auftrag von Herr **Uwe-Michael Schulz** aus Erfurt, der erst kürzlich von einem Ereignis erfuhr, das nun 71 Jahre zurückliegt. Es geschah während des zweiten großen Bombenangriffes auf Königsberg in der Nacht vom 29. zum 30. August 1944, bei dem sich die gesamte Innenstadt in ein Flammenmeer verwandelte. Auch der Dom wurde zerstört, aber einige Menschen hatten sich in ein Refugium gerettet, das ihnen nun zur Falle zu werden drohte. So beschreibt Herr Schulz die damalige, aussichtslos erscheinende Lage: „Eine Handvoll Menschen hatte Zuflucht in der südlichen Turmstube/Konfirmandenzimmer des Königsberger Doms gesucht. Durch das Feuer und herabstürzende Trümmerteile war ihnen der Ausgang verwehrt, sie waren gefangen. Am anderen Morgen hat sich ein Suchtrupp den Weg zu den Eingeschlossenen gebahnt und sie alle lebend durch eine zusätzliche Fensteröffnung herausziehen können." Uwe-Michael Schulz möchte nun gerne Näheres über diese Rettung erfahren und hofft, dass sich jemand aus unserer Leserschaft findet, der ihm authentische Auskunft geben kann. „Zeitzeugen dürfte es wohl nicht mehr geben, aber vielleicht hat ein Nachfahre der Geretteten oder der Retter davon gehört, und kann Angaben machen", hofft Herr Schulz, der für jede Auskunft dankbar wäre. (Uwe-Michael Schulz, Holunderweg 11 in 99097 Erfurt, E-Mail: schulz_u_m@web.de)

Und wieder sind Jahrgänge unserer Zeitung abzugeben, und diesmal sind es 23 (!), denn Herr **Günter Voss** aus Rottweil liest seit 1993 das *Ostpreußenblatt*, und hat es lückenlos gesammelt. Nun muss er sich aus Alters- und Krankheitsgründen davon trennen, was ihm nicht leicht fällt. Er möchte die Jahrgänge in gute Hände geben und hofft nun, dass sich Interessenten finden, die in seiner Nähe wohnen, dann wäre auch die Transportfrage geklärt. Hoffen wir mit unserem treuen Leser, dass es klappt. (Günter Voss, Nachtweide 4 in 78628 Rottweil, Telefon 0741/21501.)

Eure

Ruth Geede



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Führe uns noch einmal zusammen!«

Briefe aus dem Nachkriegsostpreußen zeugen von Hoffnung und Zuversicht

Briefe sind Zeitzeugen. Sie geben auch nach Jahr und Tag noch ein unbestechliches Zeugnis von dem damaligen Geschehen, das ihnen anvertraut wurde und das sie bewahrt haben, auch wenn der Mensch, der sie schrieb, nicht mehr lebt. Sie haben sein Wissen, seine Erkenntnisse, seine Erfahrungen und vor allem seine ganz eigenen Empfindungen für das damalige Zeitgeschehen bewahrt. Und so geben auch die Briefe, die mir mein Vetter Georg Reinecker aus Flensburg mit anderen Dokumenten über die fast vier Jahre, die er und seine Mutter unter sowjetischer Gewaltherrschaft verbrachten, überlassen hat, einen untrüglichen Einblick in ihre damalige Lebenssituation. Der erste stammt vom 18. Januar 1945. Meine Tante Gertrud Reinecker, geborene Jagels aus Heinrichswalde, schreibt ihn aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, wo die in Tilsit Ausgebombte mit ihrem neunjährigen Sohn Georg auf ihrem Fluchtweg bei der Apothekerfamilie Rohrmoser Unterkunft fand. Georg ist ihr jüngstes Kind, ihr ältester Sohn Hans blieb in Stalingrad, Tochter Elisabeth ist zu jener Zeit beim Arbeitsdienst. Wenn man bedenkt, dass der Russe bereits vor Königsberg stand, ist es heute kaum vorstellbar, dass noch über kleine Alltagsdinge gesprochen wird und eine Ahnung auf das Kommende nur unterschwellig anklingt. Der Brief ist an ihren Mann gerichtet, dessen damals letzte Wehrmachtsanschrift die Grolmannkaserne in Osterode war, und dem sie – es scheint unglaublich – aus ihrem Fluchtrefugium noch Päckchen schickte. Einige Auszüge aus diesem Brief geben Einblick in die damalige Lage:

„Du wirst ja sicher alles bekommen haben. In dem ersten Päckchen war ja so ziemlich alles drin, was Du Dir gewünscht hast. Bei uns geht alles, nur ist man sehr verzagt, was werden kann. Heute bekam ich von Tante **Anna** (Schwester von Gertrud) einen Brief, sie schreibt, wenn wir auch hier fortmüssen, soll ich zu ihnen nach Freienwalde kommen, es wird dann zusammengerückt. Ich würde es auch tun, aber anders wäre es ja besser. Das Arbeitsamt hat sich gemeldet, und ich habe gleich geschrieben, dass Du bei der Wehrmacht bist. Wenn man mir etwas geben würde, dann schon, aber sonst ... Von Elisabeth bekam ich gestern ein Huhn, und heute ein Pfund Butter, das sind fette Zeiten. Georg ist munter und hat soeben seine Schularbeiten beendet, alles, was er schon in Tilsit gehabt hat. Hoffentlich bringen sie die Kinder etwas weiter. Heute habe ich für Frau Rohrmoser Vollkornbrot gebacken, es ist prima geworden, eines habe ich geerbt. Also, uns geht es wirklich gut, und damit Du es nicht auch so knapp hast, habe ich Dir gestern einen Strietzel geschickt. Wir sitzen abends immer in der Ofenecke, der Wind liegt immer so stark auf dem Fenster, in dem Eckchen ist es richtig mollig. Wenn der Butzer im Bettchen ist, sitze ich oft noch lange und stricke oder lese. Gestern nahm ich mir die Evangelien vor, und da schlug ich gerade die Stelle auf: ‚Nicht mein Wille sondern Dein Wille geschehe', die gerade so passend für mich ist. Denn jetzt kommen oft so abscheuliche Gedanken, was geschieht, wenn die Gefahr näher rücken sollte. Und da wäre es doch tröstlich, wenn man aus tiefstem Herzen beten könnte, und alle Angst um das bisschen Leben wäre vorbei. Es ist so schmerzlich, dass man nirgendwo etwas Erfreuliches zu hören bekommt. Hoffentlich kommt doch bald etwas Beruhigendes, und unsere Soldaten sind bald aus der Kampfhölle. Es ist kaum auszudenken. was sich da tut, ich verfolge sehr die Berichte im Rundfunk, das Ding spielt wenigstens."


ПОЧТОВАЯ КАРТОЧКА
4733 CARTE POSTALE
Куда Herrn Frdr. Reinecker
Flensburg Schleswig-Holstein
Германия
Кому

Endlich ein Lebenszeichen von Mutter und Sohn Bild: privat

Und dann schwieg auch das Radio, und für Mutter und Sohn begann das Endkapitel der Flucht, das leider nicht in die Freiheit führte. Wie Gertrud Reinecker in dem ersten ausführlichen Brief, den sie an ihre Schwestern am 21. November 1946 schreiben konnte, mitteilt, kamen sie am 15. April 1945, also vor nunmehr genau 70 Jahren, in Palmnicken in russische Gefangenschaft. Vor Schlimmerem wurde sie anscheinend bewahrt, denn die Mutter hatte bereits 14 Tage mit hohem Fieber gelegen und wurde nun in diesem Zustand in den Bunker gebracht, wo sie mit 18 weiteren Kranken auf der kalten Erde liegen musste, bis sie Hilfe durch eine Bekannte erhielt. Leidlich genesen ging es dann zurück in die heimische Elchniederung, wo Mutter und Sohn sich nun in Kl. Friedrichsgraben durch das Leben schlugen, das nur ein Überleben war.

Aus diesem ersten Brief nach quälender Ungewissheit, ob und gegebenenfalls wie und wo ihre Angehörigen überlebt haben, spricht große Erleichterung, Dankbarkeit und Hoffnung; „Trotz aller Trübsal hat Gott uns wunderbar geleitet, und wenn er es will, werden wir wieder zusammen kommen. Allerdings besteht augenblicklich keine Möglichkeit, aber ich werde nichts unversucht lassen. Was uns die nächste Zeit bringt, bleibt uns verhüllt, denn nur Latrinenparolen sind unsere geistige Nahrung, und dieselben entbehren zumeist jeder Grundlage. Wegen Genehmigung zur Ausreise könntet ihr euch ja erkundigen, ich glaube aber nicht, dass man von hier loskommt, denn arbeitsfähige Personen kommen nicht in Frage. Bleibt voller Hoffnung wie ich es bin. Georg und ich sind innerlich still geworden, unser gemeinsames Abendgebet klingt immer mit der Bitte aus: Führe uns noch einmal zusammen!"

Gertrud Reineckers Hoffnung wurde erfüllt, wenn auch nach langer, mit Geduld ertragener Wartezeit: Am 20. Dezember 1948 kamen Mutter und Sohn in Flensburg an, wo Vater und Tochter sie in die Arme schließen konnten. *R.G.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Drobeck, Helene, geb. **Annies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 18. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kleemann, Hildegard, aus Lyck, am 18. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geborene **Glaser/von Terzi**, aus Lyck, am 18. April

Graumann, Anna, geb. **Steinat**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 21. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Meiser, Herta, geb. **Broska**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hermannau, Frieda, geb. **Will**, aus Wehlau, am 18. April

Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Herdam, Gerhard, Kreis Neidenburg, am 18. April

Kowalzik, Erwin, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 24. April

Schaumann, Erika, geb. **Heister**, aus Mülsen, Kreis Samland, am 24. April

Zwikler, Liesbeth, geb. **Druba**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, verwitwete **Palluck**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 32, am 20. April

Kaiser, Hildegard, geb. **Monetha**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 21. April

Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April

Pietz, Gerhard, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Anton, Else, geb. **Harder**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. April

Behrendt, Gertrud, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Samland, am 20. April

Fahres, Christel, geb. **Langanke**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

Hansen, Marianne, geb. **Kroll**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 20. April

Hoffmann, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. April

Olschewski, Paul, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. April

Sarubin, Kurt, aus Treuburg, am 19. April

Wierutsch, Heinz, aus Lyck, am 23. April

Ziemen, Walter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czychi, Mathilde, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 20. April

Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April

Fortak, Walter, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. April

Fröhlich, Edith, geb. **Baltrusch**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. April

Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April

Saloga, Herbert, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 21. April

Siese, Margarete, geb. **Nowotzin**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Trappe, Gerhard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Armstrong, Gerda, geb. **Mahrenholz**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. April

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. April

Bannach, Irmgard, geb. **Mroß**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 18. April

Beckmann, Gertrud, geb. **Gunia**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 23. April

Fiedrich, Karl, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 19. April

Gottschling, Lotte, geb. **Gielich**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April

Grubert, Werner, aus Großwingen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. April

Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2015

22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.

7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.

20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.

25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.

10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).

12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.

7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Peter, Anneliese, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 22. April

Pick, Ludwig, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 24. April

Röhmer, Ursula, geb. **Brausewetter**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 18. April

Schäfer, Else, geb. **Franke**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 21. April

Seidler, Johann, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 19. April

Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, am 24. April

Wittkowski, Hans, aus Neidenburg, am 18. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Benner, Eva Maria, geb. **Desens**, aus Damerau-Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. April

Biallas, Kurt, aus Lyck, am 18. April

Fandrich, Elsbeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 19. April

Friedrich, Anruth, , aus Lyck, am 23.April

Frischmuth, Traute, geb. **Thiel**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. April

Gers, Lydia, geb. **Marewski**, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 19. April

Hasler, Hans-Georg, aus Ragnit-Ostpreußen, am 19. April

Kattanek, Edith, geb. **Wassel**, , aus Löwenstein, Kreis Schippenbeil, am 22. April

Kunz, Dora, aus Kobbelbude, Kreis Königsberg-Land, am 22. April

Merten, Irmgard, geb. **Trawny**, Kreis Neidenburg, am 24. April

Salamon, Hildegard, aus Lyck, am 24. April

Schmale, Anni, geb. **Bialluch**, aus Friedrichshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Schuss, Gerda, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. April

Speer, Irmgard, geb. **Sarzio**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 23. April

Tiedemann, Jonny, aus Goldbach Kreis Wehlau, am 20. April

Warnat, Gustav, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barsuhn, Horst, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 22. April

Baumgart, Alfred, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 24. April

Belau, Irene, geb. **Spruth**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 20. April

Bischoff, Anna, geb. **Schiffkowski**, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 18. April

Fehlberg, Christel, aus Rippen, Kreis Heiligenbeil, am 22. April

Hantel, Elisabeth, geb. **Bahrdt**, aus Wehlau, am 22. April

Hein, Ruth, geb. **Groth**, aus Pillau, Kreis Samland, am 18. April

Helmts, Albrecht, aus Ostfriesland, am 20. April

Hützen, Edith, geb. **Bublies**, aus Scharden, Kreis Tilsit/Ragnit, am 22. April

Jahn, Rudolf, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 21. April

Janßen, Waltraut, geb. **Sperwien**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. April

Klatt, Ewald, aus Markau, Kreis Treuburg, am 20. April

Kock, Helga, geb. **Todzi**, aus Ortelsburg, am 21. April

Koslowski, Horst, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. April

Moritz, Helga, geb. **Hardt**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 22. April

Ortwig, Charlotte, geb. **Klein**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 21. April

Pahlow, Edeltraut, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 23. April

Queda, Margarete, geb. **Erdmann**, aus Lötzen, am 23. April

Schwanicke, Christel, geb. **Oberpichler**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 22. April

Soyka, Siegfried, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 24. April

Urmoneit, Heinz, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 21. April

Vogel, Werner, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 19. April

Weichold, Elfe, geb. **Marzinowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. April

Wylengowski, Emma, geb. **Wlodzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 23. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexander, Ilse, geb. **Müller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. April

Barnebeck, Ursula, geb. **Lendzian**, aus Kirtigehnen, Kreis Samland, am 20. April

Bunschei, Werner, aus Lyck, am 24. April

Dusella, Edith, geb. **Scharnowski**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 18. April

Geyer, Wilhelm, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. April

Grico, Artur, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 24. April

Fasbender, Erika, geb. **Kluge**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 22. April

Fischer, Fritz, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. April

Friederici, Hanne-Lore, geb. **Bahls**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. April

Friedrichs-Helm, Eva, geb. **Kunst**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. April

Kerwat, Peter, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 21. April

Kloß, Anneliese, geb. **Bruchmüller**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 20. April

Krieger, Maria, geb. **Bahr**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 22. April

Kutz, Ingrid, geb. **Kaminski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 23. April

Mai, Hildegard, geb. **Mielke**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 19. April

Maillard, Anneliese, geb. **Fischer**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. April

Martin, Gisela, geb. **Lindemann**, aus Schulstein, Kreis Samland, am 20. April

Möller, Renate, geb. **Neumann**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 18. April

Moyseszyck, Adolf, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 20. April

Nathrath, Ursula, geb. **Kroll**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 19. April

Oswald, Lieselotte, geb. **Schmidtke**, aus Wehlau, am 18. April

Petrat, Adolf, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 20. April

Reimann, Waldemar, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 23. April

Riesmeier, Waltraud, geb. **John**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 20. April

Salchow, Gerda, geb. **Petz**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 20. April

Scherotzki, Hannelore, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 18. April

Schumacher, Christel, geb. **Klein**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. April

Sepic, Heinz, aus Lyck, am 24. April

Sonnenberg, Helmut, aus Klein Medenau, Kreis Samland, am 22. April

Steinke, Wilhelm, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 19. April

Wendt, Gertraud, geb. **Jakubowski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 24. April

Zink, Irma, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 23, April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Armbruster, Irmgard, geb. **Kampehl**, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 20. April

Bardon, Edelgard, geb. **Runge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. April

Becker, Edeltraud, geb. **Kurzig**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 24. April

Brandenburger, Günter, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 21. April

Brunk, Hans-Joachim, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 18. April

Butt, Sieglinde, geb. **Borbe**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 21. April

Dalheimer, Margot, geb. **Santer**, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 18. April

Drüge, Brigitte, geb. **Falkenau**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 18. April

Glißmann, Ingrid, geb. **Stachowitz**, aus Pillau, Kreis Samland, am 23. April

Haardt, Waltraud, geb. **Kröhnert**, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 23. April

Hegmann, Gerda, geb. **Domnowski**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. April

Jeromin, Ursel, geb. **Sadlowski**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 22. April

Juckel, Werner, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 18. April

Lenerz, Christel, geb. **Milewski**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 24. April

Miran, Ulrich, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 24. April

Mischke, Ingrid, geb. **Klimmek**, aus Ortelsburg, am 23. April

Naujoks, Klaus, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 23. April

Neubert, Vera, geb. **Bendokat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. April

Pingel, Waltraut, geb. **Hoffmann**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 19. April

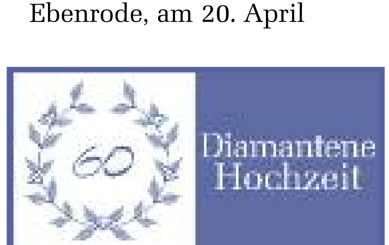
Ritzek, Manfred, aus Pillkoppen, Kreis Samland, am 20. April

Schäfer, Marianne, geb. **Döhring**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 20. April

Schnürbusch, Brigitte, geb. **Noruschat**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. April

Tiedtke, Karin, geb. **Fritzsche**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 23. April

Weißhaupt, Gertrud, geb. **Satzkowski**, aus Raukdorf, Kreis Ebenrode, am 20. April



Warschun, Gerhard, aus Ilmsdorf, Kreis Gerdaunen, und Ehefrau Ilse, aus Magdeburg, am 19. April

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 18. April, 17.15 Uhr, Phoenix: Friedrich der Große – Alles oder Nichts.

SONNABEND, 18. April, 18.15 Uhr, Phoenix: Luise – Königin der Herzen.

SONNABEND, 18. April, 19.45 Uhr, Phoenix: Der preußische Garten – Berlin und Brandenburg.

SONNABEND, 18. April, 23.10 Uhr, Das Erste: Die Lincoln Verschwörung. Justizdrama, USA 2011.

SONNABEND, 18. April, 23.55 Uhr, WDR: Che (1/2): Revolution. Spielfilm, F/E/USA 2008.

MONTAG, 20. April, 20.15 Uhr, 3sat: Die Wiener Ringstraße.

MONTAG, 20. April, 22.45 Uhr, Das Erste: V-Mann-Land – Spitzel im Staatsauftrag.

MONTAG, 20. April, 23.30 Uhr, Das Erste: Vietnamkrieg – Gesichter einer Tragödie. Dokumentation, D 2015.

DIENSTAG, 21. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Der mexikanisch-amerikanische Filmschauspieler Anthony Quinn geboren.

DIENSTAG, 21. April, 13.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kommunale Millionengräber – Das World Conference Center in Bonn und die Meeresfischzuchtanlage Völklingen.

DIENSTAG, 21. April, 16.55 Uhr, Arte: Die Kathedrale – Die Baumeister des Straßburger Münsters. Dokumentarfilm, D/F 2012.

DIENSTAG, 21. April, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Bruderkrieg der Könige. Dokumentation über den Anteil der drei Enkel Queen Victorias Georg V., Nikolaus II. und Wilhelm II. am Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

DIENSTAG, 21. April, 23.30 Uhr, Arte: TTIP – Freier Handel oder freie Bürger? Dokumentation, D 2015.

MITTWOCH, 22. April, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Gewappnet für den Ernstfall? – Der Zivil- und Katastrophenschutz auf dem Prüfstand.

MITTWOCH, 22. April, 20.45 Uhr, MDR: Peiniger in weißen Kitteln – Im Auftrag des Politbüros.

MITTWOCH, 22. April, 21.05 Uhr, N24: F-104 „Starfighter“ – Sternenjäger oder Witwenmacher?

DONNERSTAG, 23. April, 20.15 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (54): Hamburg 1945 – Wie die Stadt gerettet wurde.

DONNERSTAG, 23. April, 21.15 Uhr, NDR: Unsere Geschichte – Was den Norden bewegte (55): Mein 1945 – Norddeutsche erinnern sich an das Kriegsende.

DONNERSTAG, 23. April, 23.30 Uhr, MDR: Der Untergang. Historiendrama, D 2004.

FREITAG, 24. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Im Osmanischen Reich beginnt der Völkermord an den Armeniern.

FREITAG, 24. April, 20.15 Uhr, WDR: Geheimnis (11): Regierungsbunker.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Bund Junges Ostpreussen

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Schloss Burg – Sonntag, 5. Juli: Der BJO beteiligt sich am Kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg an der Wupper. Beginn der Veranstaltung: 10 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr. Weitere Informationen: www.ostpreussen-nrw.de, Dort links auf den Button „Ostpreußentreffen“ klicken.

Königsberger Gebiet – 2. bis 12. August: Alljährliche BJO-Sommerfahrt. Diesmal wird der Lagerplatz im russischen Teil Ostpreußens im Elchwald aufgeschlagen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Großen Moosbruch und der Elchniederung. Die Memel und Tilsit bleiben ebenfalls im Blick. Ein ganzheitliches Programm trägt dazu bei, sich vor Ort mit Ostpreußen auseinanderzusetzen und Gemeinschaft zu erleben. Die Anmeldefrist endet am 15. Mai. Um einen Platz zu bekommen ist zu empfehlen, sich schnell anzumelden. Der Altersschwerpunkt der Fahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit allen Einzelheiten findet sich auf: www.junge-ostpreussen.de.

Breslau – 26. September: In der niederschlesischen Stadt Breslau findet dieses Jahr das Kulturfestival der deutschen Minderheit in der Jahrhunderthalle statt. Dieses gibt es nur alle drei Jahre und ist durchaus etwas Besonderes. Die Stadtfahrt dient dazu, sich gemeinsam einen Eindruck von der Veranstaltung zu verschaffen und bietet Gelegenheit, die schöne Stadt zu erkunden und das natürlich nicht nur am Tage. Die Teilnehmer treffen sich in Breslau am Abend des 24. Septembers und reisen am 27. September wieder ab. Der Altersschwerpunkt der Stadtfahrt liegt zwischen 16 und 35 Jahren. Die Einladung mit weiteren Einzelheiten findet sich auf www.junge-ostpreussen.de.



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. April, 9.45 Uhr, Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung. Der Vormittag ist zum großen Teil unserer Arbeit gewidmet, mit Berichten über die kulturelle Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie über die Arbeit der Landesverbände. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil mit einem Vortrag von Uta Lüttich „Kampf um Ostpreußen – Der Mythos Tannenberg – Ostpreußen unter russischer Herrschaft 1914“. Es folgt ein zweiter Vortrag von Karla Weyland: „Auf den Flügeln des Glücks – Kraniche“. Die Tagung endet mit „Sketchen und Vertellchen“ der Teilnehmerinnen. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr das gemeinsame Mittagessen einzunehmen. Anmeldung: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093. – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Westpreußen mit dem Dia-Vortrag „Ost- und Westpreußische Persönlichkeiten auf Briefmarken“. Auch alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen. – Mittwoch 29. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, hält einen Vortrag über die Dichterin

Göppingen – Jeweils am ersten Mittwoch im Monat trifft sich um 14 Uhr im Lokal Glashaus, Salach, die Kreisfrauengruppe zu ihren Kulturnachmittagen. Ansprechpartner ist Vera Pallas, Telefon (07162) 5870.

Ludwigsburg – Donnerstag, 23. April, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Ulmer/Neu Ulm – Sonntag, 26. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben, Adolph-Kolping-Platz 11: Jahreshauptversammlung. Sonnabend, 9. Mai, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben,: Monatliches Treffen –

Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen mit Königsberger Klopsen anschließend Filmabend: „Das deutsche Kaiserreich einmal anders“ – Ein Dokumentarfilm über den Höhepunkt deutscher Geschichte.

Hof – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung.

Landshut – Dienstag, 21. April, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel“: Jahreshauptversammlung mit Kassenprüfung und Rückblick auf 2014.

München – Freitag, 8. Mai 14 Uhr, Haus der Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe – Muttertagsfeier.

Nürnberg – Dienstag, 28. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (gegenüber Endstation U1) Jahreshauptversammlung. Der Vorstand bittet um zahlreichen Besuch.



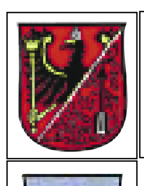
Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

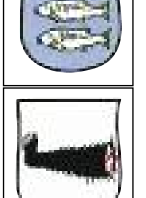




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 23. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Ostpreußische Bräuche, Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







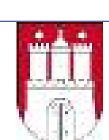
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 28. April, 13 Uhr, Restaurant „Dalmata“ Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Eröffnungstreffen 2015. Anfragen für Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Lötzen: Gabriele Reiß Telefon (030) 7712354.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 24. April, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag.

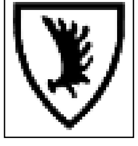


Hamburg

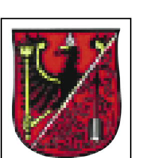
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



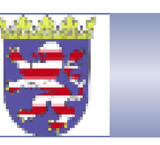
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Frauengruppe – Freitag, 24. April, 15 Uhr, Harders Kamp 1, Bergedorf: Vortrag zum Thema „Aus dem Leben von Agnes Miegel und Frieda Jung“. Dazu gibt es Kaffee und Mohnkuchen.



Gumbinnen – Das Treffen im Restaurant Lackermann, Litzowstieg 8, ist verlegt worden. Es findet nicht am 23. Mai statt, sondern am 6. Juni. Weitere Auskünfte: Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784.



Hessen

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Landesgruppe – Samstag, 18. und Sonntag, 19. April, Weilburg: Kulturtagung. Interessenten können das Programm bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358 anfordern.

Darmstadt/Dieburg – Das letzte Treffen im 1. Halbjahr findet am 16. Mai unter dem Motto „Fröhlich in den Frühling“ statt. Unter musikalischer Begleitung wird mit Gesang, Gedichten und kleinen Geschichten der Lenz begrüßt. Im Juni und Juli machen wir eine Sommerpause und treffen uns dann wieder am 15. August.

Wiesbaden – Sonnabend, 18. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 23. April, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch mit Königsberger-Klopse-Essen. (Es kann auch nach Speisekarte bestellt werden.) Anmeldungen bis spätestens 17. April bei Irmgard Steffen Telefon (0611) 844938 (ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße).



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 22. April, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: „Breslau früher und heute“ – Filmvorführung.

– Bericht –

Anlässlich der Generalversammlung am 25 März wurde der seit 1992 amtierende Vorsitzende Fritz Folger wiedergewählt. Weiter wurden wiedergewählt der stellvertretende Vorsitzende Hagen Mörig, die Schriftführerin Monika Böttcher und der Kassenwart Horst Neumann. Neu gewählt wurde die stellvertretende Kassenwartin Sigrid Lerch.

Buxtehude – Sonntag. 26. April, 13 Uhr (Busabfahrt Stade): Theaterfahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Besuch der Tragikomödie „Ich liebe euch doch alle“ um „die gescheiterten Politikgrößen Erich Mielke und Erich Honecker“. Weitere Einsteigemöglichkeiten zum Mitfahren sind unter anderen in Horneburg, Buxtehude und Neu Wulmsdorf. Nähere Informationen: Telefon (04161) 3406.

Göttingen – Vom 17. bis 24. Juli bietet die Gruppe Göttingen wieder eine achttägige Fahrt nach Masuren an. Sie umfasst sieben Übernachtungen (inklusive jeweils einer Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise) mit Halbpension in Hotels der Mittelklasse, je eine Rundfahrt in Masuren und im Ermland sowie ein Besuch des Treffens der deutschen Minderheit in Bischofsburg. Nähere Informationen und schriftliche Anmeldungen bis zum 15. März an: Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Holzminden – Es war mucksmäuschenstill im gut besuchten „Felsenkeller“, als der 2. Vorsitzende, Günther Grigoleit, Pastor i. R , kürzlich über die Geschichte der frühchristlichen Symbole referierte. Die Holzmindener Ostpreußen sind trotz altersbedingt sinkender Mitglieder dennoch eine rege Gruppe mit vielen interessanten Themen und informativen Tagesausflügen. Das nächste Treffen ist am 24. April um 15.30 Uhr im „Felsenkeller“ zur Jahreshauptversammlung. Im Mai wird die Vorsitzende Renate Bohn sich mit dem Leben und Wirken einzelner ostpreußischer Schriftsteller befassen. Ebenfalls im Mai ist je nach Witterung und Blüte kurzfristig ein Tag zur Orchideenwanderung eingeplant. Es wird auch schon auf die Tagesfahrt am 26. Juni zum Besuch des Küchenmuseums in Hannover hingewiesen. Anmeldungen werden ebenfalls schon entgegengenommen. Renate Bohn

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen hatte Dr. Manuel Ruoff, Historiker und Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Hamburg, am 8. April zu Gast mit seinem Vortrag: „Tannenberg 1914“. Lebendig und detailliert schilderte er die politische Situation, die zu der unerwartet raschen Offensive Rußlands in Ostpreußen führte. Die militärischen Winkelzüge und Aktionen an diesem nicht kriegsentscheidenden Schauplatz sowohl von deutscher als auch von russischer Seite beleuchtete Dr. Ruoff anschaulich anhand von Karten, und er ging dann noch kurz auf den Mythos Tannenberg und die Person von Hindenburgs ein. Den gut besuchten Nachmittag rundeten das Ostpreußenlied und Frühlingslieder in bewährter Weise ab, zu dem eine Bastelei mit einem Osterei der Damen Glasenapp und Krug ein nachösterliches Element beigetragen hatte.

Im Mai haben wir keine Veranstaltung, sondern die Kulturfahrt des BdV Oldenburg zum „Haus Schlesien“ in Königswinter. Am 10. Juni findet unsere nächste Veranstaltung wie immer im Stadthotel Oldenburg um 15 Uhr statt: „Glanzlichter unserer Heimat – Besonderheiten aus der Natur Ostpreußens, die bis heute nachwirken“ heißt der Vortrag mit Bildern, den Dr. Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg halten wird. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers, Vorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen und Westpreußen, Oldenburg*

Osnabrück – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 5. Mai, 16.30 Uhr, Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

– Bericht –

Zur Jahreshauptversammlung, verbunden mit dem traditionellen Grützwurstessen, konnte der stellvertretende Vorsitzende Dietmar Kutz am 21. März im Parkhotel, Osnabrück, zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen. Anschließend wurde der vier verstorbenen Mitglieder gedacht. Dann folgten die Tätigkeitsberichte der Vorstandsmitglieder. Barbara Kleine berichtete über ihre Arbeit als Pressereferentin und Leiterin des Kegelclubs „Marjellchen und Lorbasse“, den sie bereits über 20 Jahre führt und der sich alle vier Wochen in dem Hotel „Ibis“, Osnabrück, trifft.

Darüber hinaus hat sie es übernommen, den Mitgliedern zum Geburtstag zu gratulieren. Die Frauengruppe unter Leitung von Lore Müller trifft sich ebenfalls alle vier Wochen in der Gaststätte „Bürgerbräu“, Osnabrück. Es werden Gedichte und Geschichten vorgelesen. Viele Themen werden dem Ostpreußenblatt entnommen. So wurde unter anderem über den Vogelprofessor Johannes Thienemann und den Zeichner und Dichter Wilhelm Busch gelesen.

Auch das Plachandern kommt nicht zu kurz. Im Jahr 2014 machte die Frauengruppe eine Nachmittagsfahrt nach Bad Laer, Kreis Osnabrück. Ein Spaziergang wurde zu dem idyllisch gelegenen Glockensee unternommen. Nach der Einkehr in einem Cafe konnte die Gruppe noch der Musik des Kurorchesters lauschen. Darüber hinaus berichtete Lore Müller über die Fahrt zum Ostpreußentreffen nach Kassel im Mai 2014. Danach blieb die Gruppe noch einige Tage in der näheren Umgebung von Kassel und besuchte unter anderem die sehenswerten Orte Fritzlar und Hannoversch-Münden. Auch eine Schiffsfahrt auf dem Edersee durfte nicht fehlen.

Else Tober berichtete in Vertretung der erkrankten Kulturreferentin Gertrud Franke über die im Jahr 2014 durchgeführten Veranstaltungen. Dazu gehört die Jahreshauptversammlung mit dem traditionellen Grützwurstessen. Im September fand der Erntedanknachmittag statt, zu dem Mitglieder den Erntetisch reichlich geschmückt hatten. Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann sprach über die Bedeutung des Erntefestes. Ein Dudelsackpfeifer trat auf und erklärte zwischen den einzelnen Musikstücken die Funktion des Dudelsacks.

Zur Adventsfeier sprach der Osnabrücker Bürgermeister Burkhard Jasper Grußworte. Pastor Hans-Jürgen Kuhlmann hielt die Weihnachtsansprache. Lieder und Gedichte wurden zu Gehör gebracht. Der Literaturkreis trifft sich alle vier Wochen in der Gaststätte „Bürgerbräu“ und wird von Wilhelm Holtmann geleitet. Ihm wurde der Dank für sein Engagement ausgesprochen. Der Kassenbericht wurde in Vertretung des erkrankten Kassenwartes Heinz Bruweleit von Felicitas Thiede vorgetragen. Durch die Kassenprüfer wurde eine ordnungsgemäße Kassenführung bestätigt, so dass dem Kassenwart Entlastung erteilt werden konnte.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Auch in diesem Jahr standen Wahlen an. Gewählt werden musste der 1. Vorsitzende. Leider fand sich niemand, der diese Aufgabe übernehmen will, so dass der Posten weiterhin unbesetzt ist Da sich Gertrud Franke als Schriftführerin und Kulturreferentin nicht mehr zur Wahl stellte, setzt sich der Vorstand nun wie folgt zusammen: Stellvertretender Vorsitzender Dietmar Kutz, Schatzmeister Heinz Bruweleit, Beisitzerin und Kulturreferentin Else Tober, Schriftführer Siegfried Keuchel, Pressereferentin und Referentin für Hobby und Freizeit Barbara Kleine, Frauenreferentin Lore Müller, Kassenprüfer Felicitas Thiede und Ewald Kleine. Anschließend genossen alle das schmackhafte Grützwurstessen.

Barbara Kleine



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Die Reise nach Ostpreußen vom 22. Juni bis 1. Juli wird von der Kreisgruppe Bonn organisiert. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten melden sich bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 23. April, 9.30 Uhr: Tagesfahrt nach Bergisch-Gladbach zum Rheinischen Industriemuseum-Papiermühle Alte Dombach. In einer einstündigen Führung wird gezeigt, wie Papier einst hergestellt wurde und heute noch wird. Ein Mühlrad, ein Lumpenstampfwerk und eine Laborpapiermaschine erleben Sie in Aktion. Die mächtige Papiermaschine aus dem Jahre 1889 beeindruckt mit ihren 40 Metern Länge und fünf Metern Höhe. Freundschaftsbüchlein und historische Verpackungen erzählen vom Papiergebrauch in früheren Zeiten. Wie die Papiermacherfamilien im 19. Jahrhundert lebten, können Sie in einem kleinen Arbeiterwohnhaus nacherleben. Etwa um 12.30 Uhr geht es zurück zum Bus und nach einer kurzen Fahrt zu einem Restaurant, einem denkmalgeschützten, typischen Bergischen Fachwerkhaus. Später ein kleiner Ortswechsel nach Altenberg zum individuellen Aufenthalt für einen Bummel mit Kaffeepause und/oder dem Besuch des „Bergischen Doms“. Um 17 Uhr geht es zurück nach Düsseldorf. Geplante Ankunft gegen 18 Uhr. Die Kosten für Busfahrt in modernem Reisebus, Eintritt und Führung LVR Museum Papiermühle Alte Dombach und Mittagessen betragen 50 Euro. Weitere Informationen, Telefon (0211) 682318. – Mittwoch, 29. April, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Filmvorführung „Das siebte Kreuz“ nach dem Roman von Anna Seghers. – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Konferenzraum: „Böhmische Dörfer“ – Film und Gespräch mit Jana Cisar und Peter Zandt. – Mittwoch, 6. Mai, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Essen – Freitag, 24. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Frühlingslieder-Singen mit Julius Wermter sowie ein Vortrag über den Vohel des Jahres 2015 „Der Habicht“. Nähere Informationen: Telefon (0201) 626271.

Gütersloh – Donnerstag, 30. April, Haus Henkenjohann, Eiserstraße 16, 33415 Verl: Tanz in den Mai. Karten gibt es nur an der Abendkarte. Eintritt: Zehn Euro, für Mitglieder sieben Euro. Weitere Infos unter Telefon (05241) 29211 oder www.jagalla.info.

Köln – Dienstag, 21. April, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Monatliche Versammlung der Ostpreußenrunde mit einem Diavortrag über Masurens Schönheiten. Dirk Makoschey und seine Begleiterin Claudia hielten sich in der Sommerzeit des vergangenen Jahres über mehrere Wochen in Masuren auf und machten viele Aufnahmen. – Ein zusätzlicher Hinweis: In unserem Versammlungsraum gab es einen größeren Wasserschaden. Momentan ist noch nicht abzuschätzen ob dieser bis zum 21. April behoben werden wird. Es könnte sein, dass der Diavortrag in einem Ersatzraum in der oberen Etage stattfinden wird.

Leverkusen – Sonnabend, 18. April, 14 Uhr, Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich-Lübke-Straße 61: Jahreshauptversammlung, mit Neuwahlen des Vorstandes. Nach Berichten und Wahlen wird eine Vesper und ein kulturelles Programm geboten. Wir bitten alle Mitglieder um ihr Kommen. Ihre Meinung über die Tätigkeit und die Zukunft der LM ist uns sehr wichtig. Gäste sind willkommen.

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben“, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Neuss – Sonntag, 26. April, 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36, Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen.

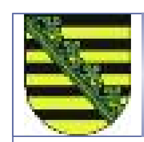
Siegen – Die Frauengruppe der Ost-und Westpreußen trifft sich an jedem 3. Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 20. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Gedichte und Kurzgeschichten zum Vortragen.

Wuppertal – Die Ostpreußenrunden finden jeden zweiten Sonnabend im Monat im Kolkmannhaus, Hofaue 51 in Wuppertal-Elberfeld um 14 Uhr statt. Bei dieser Zusammenkunft ist die Kuchentheke reichlich bestückt und Kaffee wird an liebevoll gedeckten Tischen getrunken. Mit einem Gedicht, meistens einem ostpreußischen, begrüßt der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht die Anwesenden. Die Geburtstagskinder werden mit einem Ständchen geehrt und ein Schnäpschen gibt es für alle. Je nach Jahreszeit wird an Bräuche, geschichtliche oder aktuelle Ereignisse erinnert, auch Filme von Veranstaltungen und Fahrten sind sehr beliebt. Hans Berndt, ein Mitglied der Gruppe, hält viele schöne Momente mit seiner Kamera fest und versteht es auch, trotz verschiedener Systeme, seine Aufnahmen auf den Bildschirm zu bannen zur Freude der Zuschauer.

Auf Initiative des 1. Vorsitzenden wurden weiße Polohemdchen mit der gestickten Elchschaufel angeschafft, die als „Dienstkleidung“ gerne getragen werden. Jede Zusammenkunft endet mit dem gemeinsam gesungenem Ostpreußenlied und dem Lied „Kein schöner Land“.

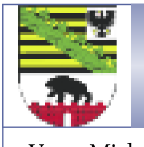
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz/Zwickau – Die Heimatgruppe der Insterburger in Sachsen kann sich in der kommenden Zeit nicht mehr in den altbewährten Räumen treffen. Das Gebäude in der Hölderlinstraße wird totalrenoviert. Die Treffen finden daher in diesem Jahr in Zwickau im Brauhaus hinter dem Dom statt. Termine sind der 27. März, 5. Juni, 11. September und 12 Dezember. Die Treffen beginnen um 14 Uhr, das Weihnachtstreffen um 12 Uhr.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 24. April, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: Dia-Vortrag „Eine Reise durch Ostpreu0en“.

PRUSSIA-Gesellschaft: Vorträge und Mitgliederversammlung

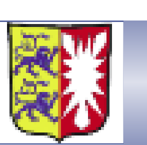


Duisburg – Sonnabend, 25. April, 10 Uhr, „Museum Stadt Königsberg“, Johannes-Corputius-Platz 1, Eingang Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Der Vorstand der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens lädt zur Vortragsveranstaltung sowie zur jährlichen Mitgliederversammlung ein. Die Teilnahme ist kostenfrei, Gäste sind willkommen.

Bereits ab 10 Uhr sowie in der Pause besteht die Möglichkeit, die Ausstellung des Museums zu besichtigen. Um 11 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung. Anschließend wird Margund Hinz zum Thema „Lehrerbildung und Lehrervereinswesen in Ostpreußen“ referieren. Zwischen 13 bis 14 Uhr: Gedankenaustausch mit einem kleinen Imbiss. Danach sind Beiträge von Mitgliedern vorgesehen. Jörg Naß berichtet über „Johannes Brobowski und Königsberg“. Hans-Jörg Froese informiert über die Aktivitäten der Prußen Stiftung TOLKEMITA sowie über Neuerscheinungen aus der PRUSSIA-Schriftenreihe. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Aussprache.

Die Mitgliederversammlung beginnt um 15.30 Uhr. Die Veranstaltung endet gegen 16:30 Uhr. Weitere Informationen: prussia.gesellschaft @ googlemail.com

Magdeburg – Freitag, 8. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 19. Mai, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen –



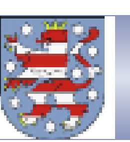
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Freitag, 8. Mai, 12.30 Uhr, Exe Markthalle (1. Treffpunkt), 12.40 Uhr ZOB (2. Treffpunkt): Arno von Spreckelsen führt durch die blühenden Rapsfelder

Pinneberg – Sonntag, 19. April, 15 Uhr: Film über Ostpreußen. Wegen der Kaffeetafel bitte vier Tage vorher anmelden: Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Waldschänke auf dem Bungsberg: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: Königsberger-Klopse-Essen, Berichte des Vorsitzenden, der Kassenwartin und des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Filmvortrag über Ostpreußen, Verschiedenes. Anmeldungen bitte bis zum 20. April bei Hans-Alfred Plöttner, Telefon (04528) 495 oder Ulrich Schrank (04528) 9901. Der Kostenbeitrag pro Teilnehmer liegt bei zehn Euro.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Mai, 10.30 Uhr, Altvaterturm bei Lehesten im Thüringer Wald: Weihe einer Gedenktafel für Wolfskinder. Alle ost- und westpreußischen Landsleute, Heimatfreunde sowie interessierte Bürger sind recht herzlich eingeladen.

Schmalkalden – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität: Heimatnachmittag.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Brigitte Junker zum 75.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg ist stolz auf Menschen wie Brigitte Junker, die sich seit vielen Jahren für Angerburg und Ostpreußen engagieren. Das ist in unserer Zeit selten geworden und verdient Dank und Anerkennung.

Brigitte Junker wurde am 14. April 1940 in Heidenberg im Kreis Angerburg geboren. Aber nur wenige ihrer Jahre konnte sie in dieser wunderschönen Landschaft mit ihren Hügeln und Störchen verleben; denn schon im Oktober 1944 musste die Familie vor der Roten Armee flüchten und Heidenberg für immer verlassen.



Gratulation zum Geburtstag: Brigitte Junker Bild: Joachim H. Hoffmann

Nach dem Besuch der Mittelschule und einer abgeschlossenen kaufmännischen Ausbildung in einem Autohaus in Westfalen folgte eine Tätigkeit in einer Hamburger Werkzeughandlung. Dort leitete sie über viele Jahre die Buchhaltung. Trotz starker beruflicher Beanspruchung und in Hamburg wohnhaft, engagierte sich Brigitte Junker bereits sehr früh in der Kreisgemeinschaft Angerburg mit Sitz in Rotenburg (Wümme). Seit 1981 gehört sie dem Kreistag und seit 1983 ununterbrochen dem Vor-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

stand der Kreisgemeinschaft Angerburg an. Seit dem 1. April 1995 ist Brigitte Junker für die Finanzen der Kreisgemeinschaft zuständig, die von ihr sorgfältig und sparsam verwaltet werden. Die Angerburger Tage und die heimatpolitische Tagung in Rotenburg werden von ihr immer gut vorbereitet. Die Verbindungen zum Landkreis Rotenburg, dem Patenschaftsträger der Angerburger, den Verwaltungsstellen und Schulen in der Kreisstadt Rotenburg sowie den Vereinen, der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Angerburg (Wegorzewo) und den deutschen Bewohnern im Heimatkreis werden von ihr aufmerksam gepflegt. Dabei werden auch die in der Heimat lebenden und oft hilfsbedürftigen Menschen nicht vergessen.

Außerdem ist Brigitte Junker langjähriges ordentliches Vorstandsmitglied der Ostpreußischen Kulturstiftung und seit dem Jahr 2005 ordentliches Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Norddeutsches Kulturwerk mit Sitz in Lüneburg. In der Kreisgemeinschaft Angerburg übt Brigitte Junker zusätzlich das arbeits- und zeitaufwändige Amt einer stellvertretenden Kreisvertreterin aus. In allen Funktionen hat sie sich großes Ansehen erworben.

Der große Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde am 14. September 2002 mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt. Am 24. November 2006 ehrte die Landsmannschaft Ostpreußen Brigitte Junker für ihren herausragenden Einsatz mit der Verleihung des „Goldenen Ehrenzeichens“.

Die Mitglieder und Freunde der Angerburger gratulieren Brigitte Junker sehr herzlich zum 75. Geburtstag. Diesen Glükkwunsch verbinden wir mit aufrichtigem Dank für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen. Wir wünschen ihr Glück, Gesundheit und gelegentlich auch Stunden der Muße für einen Spaziergang am Nordseestrand in Cuxhaven.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Versammlung der Mitglieder

Gemäß Paragraph 8 der Satzung vom 22.September 2012 lädt der Vorstand der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) die Vereinsmitglieder zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein. Sie findet am 30. Mai im Rathaus der Patenstadt Kassel, Obere Königsstr. 8, Magistratssaal um 14 Uhr statt. Die Tagesordnung: Begrüßung/Protokoll, Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters und der Vorstände, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes,

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Dr. Gerhard Kuebart, Helmut Perrey, Elsbeth König, Gert D. Brandstäter

Mitsommerfahrt

Die Mitsommerfahrt der Kreisgemeinschaft nach Ebenrode (Stallupönen) vom 18. bis 27. Juni findet dieses Jahr wieder mit unserem Mitglied Gerhard Scheer in Begleitung unserer Schriftleiterin Daniela Wiemer statt, die mit ihrem umfangreichen Wissen für Fragen der Mitreisenden zur Verfügung steht.

Am ersten Tag geht es von Wuppertal in Richtung Posen mit Zusteigemöglichkeiten entlang der Route Bielefeld, Hannover, Berlin. Am zweiten Tag führt der Weg durch schöne Landschaften nach Neidenburg (Nidzica) mit der gut erhaltener Ordensburg. In Hohenstein stand früher das Hindenburgdenkmal. Durch das Quellgebiet der Alle geht es zur Fischzucht in Schwaderki, wo es köstlichen Räucherfisch gibt. Über Gedwangen und Ortelsburg sowie Sensburg wird Lötzen (Gizycko) zur nächsten Übernachtung erreicht.

Der 3. Tag führt über Angerburg, Goldap und Szitkehmen zum Dreiländereck. Vorbei am Wizajny-See geht es nach Wystiten in Litauen. Über den Wystiter-See sieht man, wie sich die Rominter Heide bis zur Halbinsel Salis am anderen Ufer erstreckt. Von den Höhen bei Kybartai hat man einen wunderbaren Blick in den ehemaligen Kreis Ebenrode (Stallupönen). Bei Eydtkau wird die Grenze überquert und bald wird das Gasthaus „Alte Apotheke“ in Trakehnen mit seiner bekannt guten Küche erreicht.

Der 4. Tag beginnt mit einer Führung durch Trakehnen zum wiedererrichteten Tempelhüter-Denkmal von Reinhold Kübart vor dem Landstallmeisterhaus und Museum. Anschließend: Fahrt nach Ebenrode (Stallupönen) und Stadtbesichtigung, dann Rundfahrt durch die Dörfer im nördlichen Kreis nach Eydtkau und Schloßberg. Von der Kattenauer Höhe bietet sich ein herrlicher Ausblick auf die Weite der Landschaft. Mit einem Besuch der Salzburger Kirche und der Besichtigung des Freskos „Ankunft der Salzburger“ in der ehemaligen Friedrichsschule in Gumbinnen endet der Tag mit Übernachtung in Trakehnen.

Am 5. Tag geht es – wie schon Tradition – durch den südlichen Kreis Ebenrode über Schloßbach mit Kirche und Ehrenmal, entlang der kristallenen Wasser des Wystiter Sees durch die dunklen Wälder der Rominter Heide über Nassawen nach Birkenmühle und zum Forsthaus Warnen. Über Tollmingkehmen mit Besuch des Donelaitis-Museums geht es zurück nach Trakehnen, wo am Abend die Deutsche Schule bei gutem Essen vom Grill Musikfolklore darbietet.

Am 6. Tag führt die Reise über Insterburg nach Georgenburg, wo wieder Pferde Trakehner Abstammung gezüchtet werden. Weiter geht es nach Königsberg zu einer Stadtrundfahrt mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Übernachtung im Seebad Rauschen (Swetlogorsk).

Am 7. Tag geht es über die polnische Grenze bei Pr. Eylau und weiter nach Bartenstein, Heilsberg zum Gut Galyni, heute ein Hotel mit Pferdehaltung. Auf dem Weg liegt auch das Kloster Stoczek. Übernachtung in Galyni oder Heilsberg.

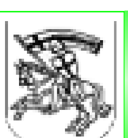
Am 8. Tag wird über Guttstadt Mohrungen erreicht, wo Johann Gottfried Herder geboren wurde. Im Anschluss geht es zum technischen Baudenkmal des Oberlandkanals, wo Schiffe über 99 Höhenmeter überqueren. Der Abend in der Hafenstadt Elbing steht dann zur freien Verfügung.

Am 9. Tag erreichen Sie die Marienburg, die größte Backsteinburg der Welt, ehemaliger Sitz des Ritterordens. Dann geht es über Marienwerder (Kwidzin), Graudenz und Kulm zu den ältesten Städten des Ordensstaates. Letzte Übernachtung im Raum Posen.

Am 10. Tag beginnt die Heimreise zu den jeweiligen Ausgangspunkten. Im Rahmen dieser Fahrt werden auch Sachspenden mitgenommen. Nähere Einzelheiten bei Gerhard Scheer, Telefon (0202) 500077.

Kirchspieltreffen

25./26. April, Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen im Hotel Michaelishof, Hauptstraße 5. Anmeldung und Informationen bei Kirchspielvertreterin Margarete Malchow.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Hans-Parlow-Vortrag

Die Pillauer Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau lädt ein zum Hans-Parlow-Vortrag. Ort und Zeit: Eckernförde am 25. April um 17 Uhr im Stadthallenrestaurant „Luzifer“, Am Exer 1.

Über „Das Wolfskinderprojekt“ referiert Christopher Spatz, Historiker an der Universität Berlin. Gezeigt wird der Film „Wolfskinder“. Er steht exemplarisch für die Erlebnisse all der Kinder, die in den Jahren 1945-48 alleine in Ostpreußen überlebten. Unser Mitglied Lena Neumann war Zeitzeugin. Ihre Erlebnisse sind für eine wissenschaftliche Aufarbeitung und ein Buchprojekt ausgewählt worden. Im Anschluss besteht die Möglichkeit eines Gedankenaustausches unter Leitung von Christopher Spatz. Der Eintritt ist kostenlos!

Gabriele E. Schildknecht-Lindenberg

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19



Dieter Chilla ausgezeichnet

Für außergewöhnliche Leistungen – das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft

In einer feierlichen Zeremonie wurde Dieter Chilla, der Vorsitzende des Heimatkreises Ortelsburg, am Sonnabend, 11. April, mit dem goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Hier die Laudatio von Edelfried Baginski, dem Ehrenvorsitzenden der Kreisgemeinschaft.

Dieter Chilla wurde am 28. Dezember 1950 in Gelsenkirchen geboren. Sein Vater war Landwirt in Fürstenwalde im Kreis Ortelsburg und nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft im Bergbau in Gelsenkirchen tätig. Die ostpreußische Heimat ist Dieter Chilla aus den vielen Erzählungen seiner Eltern seit Kindheitstagen ein Begriff.

Nach dem Abitur am Leibnitz-Gymnasium in Gelsenkirchen-Buer studierte Dieter Chilla Psychologie und die Fächer für das Lehramt Deutsch, Geschichte und Religion an den Universitäten Bochum, Dortmund und Essen. Während der Semesterferien arbeitete er als Hilfskrankenpfleger im Unfallkrankenhaus „Bergmannsheil“ in Gelsenkirchen-Buer – ein Hinweis auf seine humanistische und soziale Einstellung. Während des Studiums stellte er sich als Student für eine Lehrtätigkeit an verschiedenen Schulen zur Verfügung, arbeitete als freier Mitarbeiter für die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ sowie in der Literaturredaktion des WDR. Im Jahre 1971 heiratete Dieter Chilla seine Ehefrau Barbara, geborene Gartmann. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor.

Seine zweite Staatsprüfung für das Lehramt legte Dieter Chilla 1974 ab. Er war sechs Jahre Fachleiter in der Referendarausbildung am Bezirksseminar Bocholt und danach drei Jahre Leiter der Abendrealschule in Bocholt. Von 1983 bis 2013 wirkte er als Vorsitzender für Staatsprüfungen in Düsseldorf beziehungsweise Dortmund und von 1990 bis 2013 als Leiter der städtischen Realschule am Buchenberg in Steinfurt. Zusätzlich war er Moderator beziehungsweise Dozent für die Bezirksregierung Münster für die Bereiche Schulentwicklung, Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Langzeitkurse für Schulleiter tätig. Im Sommer des Jahres 2013 beging Chilla sein 40-jähriges Dienstjubiläum und wurde einige Wochen später in den verdienten Ruhestand verabschiedet. Dennoch ist er auch heute noch freiwillig für das Ministerium in Düsseldorf für die Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Ausbildung von Schulleiterinnen und Schulleitern tätig.

In einem Gespräch mit dem damaligen Ortelsburger Kreisvertreter Baginski ließ Dieter Chilla erkennen, dass er trotz seiner außergewöhnlich hohen beruflichen Belastung bereit ist, bei der Kreisgemeinschaft Ortelsburg an verantwortlicher Stelle mitzuarbeiten. Die Heimatliebe der Eltern war sichtbar auf ihn übergegangen, verbunden mit einem kompetenten Wissen zum Thema Flucht und Vertreibung. So wurde Dieter Chilla im Jahre 2001 durch den Ortelsburger Kreistag zum 2. Vorsitzenden gewählt und damit auch als Mitglied im Kreisausschuß.

Bei dem Vorhaben der Kreisgemeinschaft, in der Heimatstadt einen Gedenkstein zu errichten, setzte er sich bei einem Treffen mit den Vertretern der polnischen Vereine und des deutschen Vereins in Ortelsburg besonders ein. Die Zukunft der Kreisgemeinschaft und die Gewinnung von jüngeren Landsleuten für die Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft liegen ihm ganz besonders am Herzen.

Dynamisch, aktiv und zukunftsorientiert

In fünf aufeinanderfolgenden Jahren organisierte und leitete er von 2008 bis 2012 ein Ortelsburger Heimatseminar mit jeweils 40 bis 50 jüngeren Landsleuten sowie Mitgliedern des Deutschen Kulturvereins „Heimat“ aus Ortelsburg im Ostheim in Bad Pyrmont, wodurch die Kreisgemeinschaft neue Mitarbeiter gewinnen konnte. Als 2. Vorsitzender hat Dieter Chilla seine Aufgaben mit Passion, Loyalität und Organisationsvermögen geleistet, wobei seine pädagogischen Erfahrungen hilfreich waren.

Hohe Auszeichnung: das goldene Ehrenzeichen Bild: Horns

Am 21. März 2009 wählte der neue Ortelsburger Kreistag in seiner konstituierenden Sitzung Dieter Chilla zum 1. Vorsitzenden. Trotz seiner unverändert hohen beruflichen Belastung setzte er bald besondere Akzente. Das betrifft die Nachwuchsgewinnung durch die Bildung eines Arbeitskreises der Nachfolgegeneration mit der Bezeichnung „Ortelsburger Dialogkreis“. Ein Ergebnis der erfolgreichen Seminare sowie auch der Heimatarbeit insgesamt. Bei dem Bemühen um ein gleichberechtigtes partnerschaftliches Verhältnis zur polnischen Verwaltung in Ortelsburg erfolgte am 21. Juli 2010 unter seiner Amtsführung die feierliche Einsegnung eines Gedenkkreuzes zum Gedenken an die verstorbenen Bewohner von Stadt und Kreis Ortelsburg auf dem ehemaligen evangelischen Friedhof in Ortelsburg unter Mitwirkung der polnischen Bürgermeisterin der Stadt, der evangelischen und katholischen Geistlichkeit sowie zahlreichen Zuschauern.


Foto: privat

Seit 2009 ist Dieter Chilla Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Ortelsburg

Die humanitäre und finanzielle Hilfe für den deutschen Kulturverein „Heimat“, die Lazarus-Sozialstation und die Bruderhilfe werden mit hohem Einsatz fortgesetzt. Dazu gehören auch die Bemühungen um die Erhaltung des deutschen Kulturgutes und die durch Dieter Chilla organisierten Reisen in die Heimat.

Ein ganz besonderer Erfolg konnte erzielt werden, als es gelang, durch beharrliche Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland beträchtliche Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt für die Erhaltung und Renovierung der ältesten evangelischen Kirche Masurens in Passenheim, Kreis Ortelsburg, zu beschaffen. Diese Bemühungen werden zurzeit mit Erfolg fortgesetzt. Auf Vorschlag von Dieter Chilla billigte der Ortelsburger Kreistag eine Ergänzung der Satzung, wonach zu den Zielen der Kreisgemeinschaft die Förderung der Völkerverständigung, insbesondere zwischen Deutschen und Polen gehört.

Die Pflege der Beziehungen zur Patenstadt Herne ist Dieter Chilla ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Regelmäßige Kontakte zum Oberbürgermeister und dessen Teilnahme am jährlichen Kreistreffen sowie die kostenlose Überlassung der Heimatstuben durch die Stadt in der Musikschule Herne sind Merkmale dieser harmonischen Verbindung.

Im Jahre 2012 wurde die 50-jährige Patenschaft mit den Vertretern der Stadt besonders gefeiert. Durch die von Dieter Chilla geleistete Arbeit hat die Kreisgemeinschaft bei ihrem Jahrestreffen in Herne immer noch eine hohe Teilnehmerzahl. Im Jahre 2013 wurde Dieter Chilla durch den Kreistag als Vorsitzender einstimmig wieder gewählt.

Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg arbeitet unter Chilla in hohem Maße dynamisch, aktiv und zukunftsorientiert. In seinem Engagement, in der Öffentlichkeitsarbeit für seine ostpreußische Heimat, für die Kreisgemeinschaft Ortelsburg und damit für die Landsmannschaft Ostpreußen hat sich Dieter Chilla in besonderem Maße verdient gemacht. In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Dieter Chilla das Goldene Ehrenzeichen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

27. April bis 1. Mai, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Ostheim.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, www.kreis-gumbinnen.de.

Dietrich Goldbeck zum 101.

Die Kreisgemeinschaft gratuliert ihrem Ehrenvorsitzenden Dietrich Goldbeck herzlich zum 101. Geburtstag.

Am 15.April 1914 wurde er in Gumbinnen geboren, väterlicherseits hat er Familienwurzeln in Bielefeld-Brackwede und ist dort nach Krieg und Gefangenschaft heimisch geworden. Er wohnt noch heute dort.

Sein Herz schlägt bis heute für seine Geburtsstadt Gumbinnen. Dort hatte sein Vater ein Baugeschäft, in das Dietrich Goldbeck nach seinem Studium und dem Abschluss als Bauingenieur 1939 einsteigen wollte. Dazu kam es nicht. Die Katastrophe des Krieges setze allen Berufsplänen ein Ende und führte dazu, dass er seine Heimatstadt nicht wieder sehen sollte. Mehr als elf Jahre haben Krieg und Kriegsfolgen sein Leben bestimmt. Nach der Schlacht bei Stalingrad und anschließender Gefangenschaft kehrte er im Jahre 1948 zurück und fand in Bielefeld seine Familie wieder. Er übernahm mit seinem Vater einen Holzbearbeitungsbetrieb, den er dann bis zu seinem 70. Lebensjahr weiter führte.

Als die vertriebenen Gumbinner begannen, sich zur Kreisgemeinschaft zusammen zu finden und die Stadt Bielefeld 1954 die Patenschaft übernahm, gehörte er mit zu den ersten, die sich mit großem Einsatz der Gemeinschaftsarbeit widmeten. Von Anfang an arbeitete er an verantwortlicher Stelle, davon mehr als 13 Jahre als Vorsitzender.

Intensiv widmete sich Dietrich Goldbeck dem Erhalt des Gumbinner Kulturgutes. Im damaligen Stadtarchiv Bielefeld arbeitete er am systematischen Aufbau des Gumbinner Kreisarchivs auf wissenschaftlicher Grundlage. Es wurden Orts- und Stadtteilpläne mit der Lokalisierung aller Häuser erstellt. Einwohnerkarteien wurden angelegt und die aktuellen Adressen mit den ehemaligen Wohnstätten verbunden. In einem Bildarchiv wurden mehr als 20000 Fotos gesammelt und archiviert. Dietrich Goldbecks Arbeit war Vorbild für manch andere Kreisgemeinschaft, ihr Kulturgut zu sammeln und zu bewahren. Heute wird das Gumbinner Archiv vom Stadtarchiv Bielefeld verwaltet.

Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“, die sich bis heute zweimal jährlich in Bielefeld trifft, setzte er sich für die Dokumentation und den Erhalt der ostpreußischen Mundart ein.

Als nach jahrzehntelanger Abschottung die Möglichkeit bestand in den russischen Teil Ostpreußens zu fahren, gehörte Dietrich Goldbeck zur ersten Delegation, die nach Gumbinnen fuhr, nicht ohne vorweg bestimmte Bedingungen eingefordert zu haben. Wenigstens das Wahrzeichen der Stadt, der Elch, musste wieder in seine abgestammte Heimatstadt zurückkommen. Bis heute interessiert sich Dietrich Goldbeck für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen, detailliert kann er auf Fragen antworten. Er hat sich um seine Heimatstadt verdient gemacht. Dafür wurde er mit zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen bedacht.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen dankt ihm für seine Treue



1914 in Gumbinnen geboren: Dietrich Goldbeck Bild: privat



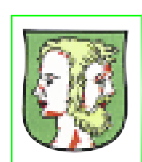
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen in Köln und Schwerin

22. April, Köln: Treffen in der Gaststätte „Em Kappeseng“, Aachener Straße 1332. Weitere Treffen der Heimatgruppe Köln: 24. Juni, 22. Juli (Sommerfest), 26. August, 28. Oktober und am 2. Dezember (Weihnachtsfeier). Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

24. April, Schwerin: Treffen in der Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt. Beginn 12 Uhr. Weitere Treffen: 26. Juni, 18. September, 20. November, 18. Dezember. Informationen: Helga Harting, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen

Das Regionaltreffen Nord findet am Sonntag, de 26. April statt. Beginn ist um 11 Uhr im Hotel Hanseatischer Hof in Lübeck. Es ist keine Anmeldung erforderlich.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Heimatseminar

24. bis 26. April, Bad Pyrmont: 6. Ortelsburger Heimatseminar.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Treffen der Amtsbezirke

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten und Wildenau.

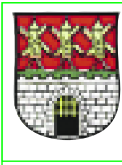
25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Deutschheide und Wilhelmsthal.

25. April, Herne: Heimattreffen des Amtsbezirkes Rheinswein.

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Farienen und Friedrichshof.

25. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg

26. April, Herne: Heimattreffen der Amtsbezirke Groß Schöndamerau, Lehmanen und Schöndamerau.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

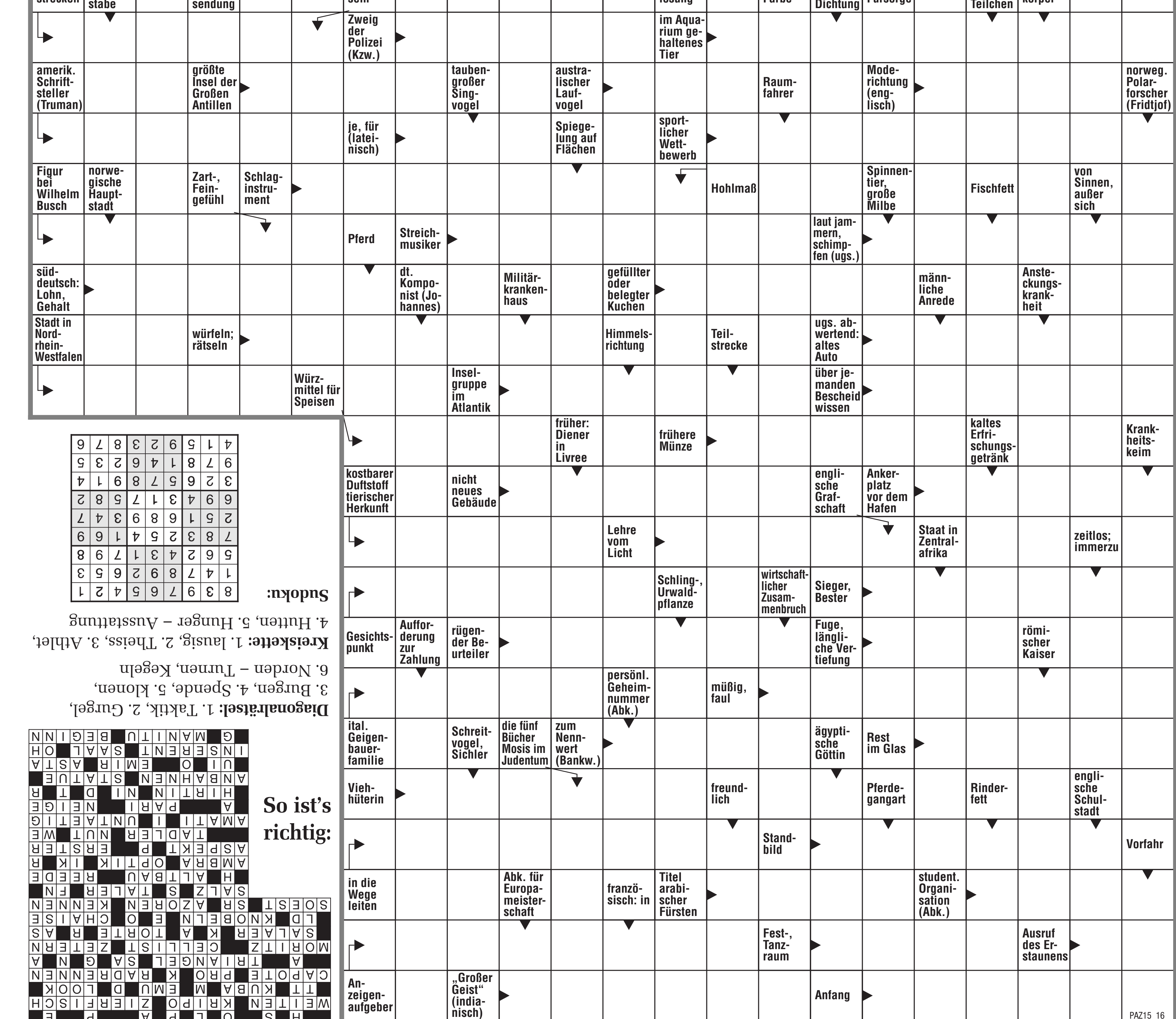
Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Engere Zusammenarbeit

Da unser jahrelanger Schriftleiter und zweiter stellvertretender Vorsitzender Jörg Heidenreich plötzlich und unerwartet im Januar verstorben ist, bestand dringender Handlungsbedarf, um auch zukünftig den Heimatbrief pünktlich und zuverlässig erscheinen zu lassen. Wir konnten Daniela Wiemer als neue Schriftleiterin gewinnen, sie ist schon seit Jahren für die Kreisgemeinschaft Ebenrode in gleicher Funktion tätig.

Für Einsendungen und Berichte zum Heimatbrief können Sie neben der Postadresse unserer Geschäftsstelle in Winsen gerne

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

	3						2	
	4	7		9		6	5	
5		2				7		8
			2	5	4			
2		1				3		7
			3	1	7			
3		6				9		4
	7	8		4		2	3	
	1						7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

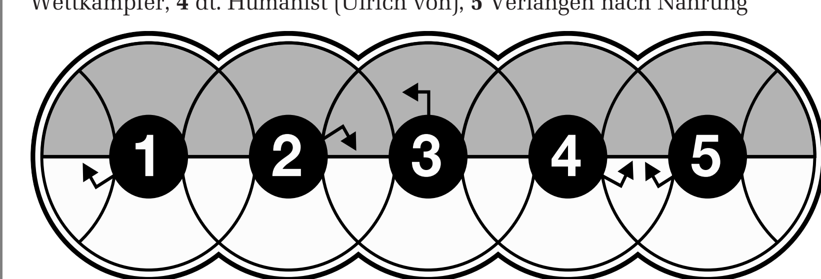
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportarten.

1 kluge Berechnung
2 Kehle
3 Festungen im Mittelalter
4 Gabe, Schenkung
5 Lebewesen genetisch kopieren
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Ausrüstung, Inneneinrichtung.

1 schlecht, unangenehm (ugs.), **2** längster Nebenfluss der Donau, **3** sportlicher Wettkämpfer, **4** dt. Humanist (Ulrich von), **5** Verlangen nach Nahrung



Heimatkreisgemeinschaften

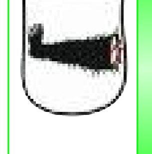
Fortsetzung von Seite 19

auch folgende Mail-Adresse benutzen: schlossberg@lkharburg.de

Weiterhin wird eine enge Zusammenarbeit beider Kreisgemeinschaften angestrebt, sinkende Mitgliederzahlen erfordern neue Maßnahmen, um so lange wie möglich die noch verbliebenen Ostpreußen mit Heimatbriefen und jährlichen Veranstaltungen zu erfreuen. Unsere Erlebnisgeneration erreicht doch meist einen hohen Altersdurchschnitt, so dass wir hoffen können, noch viel gemeinsam zu erleben.

Bisher hat jedes Jahr eine große Ostpreußenreise stattgefunden, organisiert und durchgeführt von Jörg Heidenreich. Gemeinsam mit unserem Nachbarkreis Ebenrode (Stallupönen) werden wir in diesem Jahr eine Fahrt in die Heimat durchführen, bei der Firma Scheer-Reisen aus Wuppertal ist schon alles geplant. Mit Ebenrode (Stallupönen) geht es zur Mittsommerfahrt (18. bis 27. Juni) in Begleitung von Daniela Wiemer. Dabei werden Ebenrode/Stallupönen (Nesterow), Schlossberg/Pillkallen (Dobrowolsk), Insterburg, Gumbinnen, Wystiten, Königsberg so wie Ermland und Masuren Anlaufziele sein. Nachfragen oder Anmeldungen bei: Scheer-Reisen, Wuppertal, Leonhardstraße 26, in 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077, Fax (0202) 506146, E-Mail: info@scheer-reisen.de oder bei der Schriftleiterin Daniela Wiemer (d-wiemer@versanet.de).

Joachim Löwe, stellvertretender Kreisvertreter



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

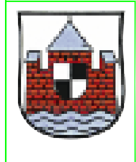
Kirchspieltreffen

25. April, Gelsenkirchen: 11. Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden in der Gaststätte „Zum Türmchen“, Oststraße 41. Beginn: 10.30 Uhr.

25. April, Bad Sassendorf: 20. Kirchspieltreffen Sorquitten im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1. Beginn: 9.30 Uhr.

Oberschule Sensburg

28. bis 30. April, Willingen: 63. Treffen der Schülergemeinschaft der Oberschule Sensburg im „Waldecker Hof“, Korbacher Straße 24.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Das diesjährige Schultreffen findet in Lübeck statt. Das Treffen ist für Montag, 1. Juni, bis Mittwoch, 3. Juni, geplant. Austragungsort ist das Hotel Excelsior in der Hansestraße 3. Dort haben wir unter dem Stichwort „Schultreffen“ eine Option auf Hotelzimmer zum Preis von 98,97 Euro pro Doppelzimmer und Nacht und 88,74 Euro pro Einzelzimmer und Nacht, alle einschließlich Frühstück.

Ein interessantes Programm ist vorbereitet. Bitte anmelden bei Schulsprecher Siegfried Dannath-Grabs, Telefon (0351) 8037740, oder direkt im Hotel Excelsior, Hansestraße 3, 23558 Lübeck, Telefon (0451) 88090. Eine Stornierung ist bis vier Wochen vor dem Termin kostenfrei möglich.

25. April. Gelsenkirchen: 11. Treffen der Kirchspiele Peitschen

Russisch-Deutsche-Kooperation

Im Ergebnis eines russisch-deutschen Gemeinschaftsprojekts ist das Buch „Tilsitskie Dominanty“ (Tilsiter Dominanten) erschienen. Die Kunsthistorikerin Tatjana Urupina und der Fotokünstler Jakov Rosenblum dokumentieren in dem Buch den kulturhistorischen und baukünstlerischen Reichtum der Stadt Tilsit, sowohl den bereits verlorenen als auch den noch zu erhaltenden, in Wort und Bild. Auf 352 Seiten und mit 510 Fotos ist es den Autoren gelungen das Gesicht der Stadt lebendig zu machen und seine Aura den Menschen zu präsentieren. Der Buchtext liegt zwar nur in russischer Sprache vor, gleichwohl vermittelt das Werk mit seinen 510 großformatigen Fotos samt deutschen Bildtexten auch dem deutschen Interessenten eindrucksvolle Einblicke in das Antlitz der „Stadt ohne Gleichen“. Interessenten können das Buch auf Spendenbasis erwerben bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz.

Treffen der ostpreußischen Waisenkinder

„Die Kinder Königsbergs“ – unter dieser Bezeichnung treffen sich Menschen aus Königsberg und Umgebung, die während der Kämpfe um die einstige ostpreußische Hauptstadt zu Waisen wurden. In der Zeit vom 4. bis 7. Juni werden sie sich im Ostheim in Bad Pyrmont zusammenfinden. Die Veranstalter bitten alle Teilnehmer, die ihre damaligen Erlebnisse niedergeschrieben haben, ihre Aufzeichnungen zu dieser Zusammenkunft mitzubringen. Anmeldungen bitte bei Ingrid von der Ohe, Telefon (04131) 63202 oder Hannelore Neumann, Telefon (06034) 4581.



Kulturtagung in Ellingen: Referent Jürgen Danowski (li.) leitete die Veranstaltung. Wolfgang Freyberg (re.) war als Direktor des Kulturzentrums Hausherr und Annette Jakobsen berichtete als Dozentin über ein Flüchtlingslager auf Jütland in der Nachkriegszeit Bild: Fritsche

Von Litauen bis Jütland

Interessante Vorträge bot die Landeskulturtagung in Ellingen

Ein Vortrag über Preußens Staatsgründer Albrecht von Brandenburg-Ansbach, eine Betrachtung des Kriegsendes 1945 aus litauischer Sicht sowie die Geschichte des dänischen Flüchtlingslagers Rye waren die Themen der diesjährigen Kulturtagung der bayerischen Landesgruppe im Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloß Ellingen.

Neue Erkenntnisse aus der Geschichte

Peter Bräunlein, der Vorsitzende der neu gegründeten „Gesellschaft der Freunde des Albrecht von Brandenburg-Ansbach“ will dem in seiner Heimatstadt Ansbach fast vergessenen Hochmeister des Deutschen Ordens genau dort ein Denkmal setzen. Der Wirtschaftsfachmann und Verfasser des Buches „Der große Unbekannte – Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1490-1568“ erwähnte dies in seinem Vortrag über die Geschichte des bedeutenden Staatsmannes, der 1511 zum 37. Hochmeister des Deutschordensstaates gewählt wurde. Der Franke säkularisierte den preußischen Ordensstaat zum Herzogtum Preußen und wurde dessen erster Regent als Herzog.

Begonnen hatte die vom Landeskulturreferent Jürgen Danowski organisierte Kulturtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit einer Andacht und einem Vortrag über die Reformation in Preußen durch Pfarrer Klaus Plorin aus Rückersdorf. Für viele der rund 70 Zuhörer brachte der Vortrag von Joachim Tauber aus Lüneburg über das Kriegsende 1945, das für Litauen keine Befreiung, sondern schlimmere Unterdrückung durch die Sowjetunion bedeutete, neue Erkenntnisse über bisher nicht bekannte Details aus der Geschichte dieses Landes.

Zeitzeugenberichte waren die Grundlage für das Referat der aus Hamburg stammenden und in Rye verheirateten Annette Jakobsen über die Geschichte des Flüchtlingslagers in ihrem Wohnort in Mitteljütland in den Jahren 1945 bis 1948. Die Autorin des Buches „Wenn Seufzer Luftballons wären“ ging ausführlich auf das damalige Leben im Lager Rye ein. Dazu hatte die Dozentinzahlreiche Originalbelege mitgebracht, die in mehreren Vitrinen zur Ansicht ausgelegt waren.

In seiner Zusammenfassung der Tagung betonte Jürgen Danowski, dass die Landsmannschaft eine

Ostpreußens Kultur muss gepflegt werden

ganz besondere Landschaft im historischen Nordosten Deutschlands vertritt, einen ganz besonderen Menschenschlag und eine ganz besondere Kultur. Besonders diese Kultur, nicht nur die Ostpreußens, sondern aller Vertreibungsgebiete, so der Ansbacher Rechtsanwalt, muss von den Vertriebenen und den Landsleuten, die sich zu diesen Teilen unseres historischen Vaterlandes bekennen, gepflegt und weiterentwickelt werden. *mef*

Die Utopie endet bald

»Newtopia« in Brandenburg – TV-Laien erproben den Ausstieg und strapazieren die Nerven der Zuschauer

Seit Februar beobachtet Sat 1 mit über 100 Kameras das Leben in einer Aussteigerkommune. Aber wie lange noch? Wahrscheinlich wird die Sendung „Newtopia“ wegen schlechter Quoten schon Ende April abgesetzt. Zu peinlich sind die Kandidaten, die sich vor einem Millionenpublikum ungeniert die Blöße geben.

Eine Kunstwelt ist entstanden, dem Anspruch nach der Realität entrückt und doch mittendrin. Auf einem Hof in Königs Wusterhausen, Brandenburg: Fernsehneusiedler erobern die von Bevölkerungsschwund gezeichnete Mark in der Sat-1-TV-Show „Newtopia“, die am 23. Februar startete. Es geht um nicht weniger als „die Gesellschaft ganz neu zu schaffen“, so der Sender. Die aus allen Schichten stammenden 15 Insassen sollten ursprünglich an 365 Tagen in einer Scheune mit Außengelände dauergefilmt werden. Die Sendung versprach, eine Art Bevölkerungsquerschnitt abzubilden. Es gab 8000 Bewerber. Vor allem werberelevante Junge schauen zu. Hier lag die Quote zum Start bei 17 Prozent. Die Quoten sackten aber schnell kontinuierlich ab. Statt Wunschquoten von jenseits der elf Prozent kommen aktuell weniger als zehn Prozent zustande.

Denn die Quote ist der Kandidatenwahl geschuldet. Die sollte von Anfang an Zoff garantieren: Die Veganerin trifft auf den bodenständigen Landwirt, der altlinke Ausstiegsträumer auf den echten Autonomen. Was die Bewohner antreibt, verkündet der Sender: „Die Chance, sich eine eigene, andere, vielleicht bessere Gesellschaft zu erschaffen.“

Mit zwei Kühen, 25 Hühnern und 5000 Euro Startkapital sowie einem Mobiltelefon, aufgeladen mit 25 Euro Guthaben, zogen sie ein. Es gibt weder Toiletten noch Betten, nur Lager aus Stroh und die tägliche Ausstrahlung. Ab 19 Uhr sollen die „Pioniere“, wie der Sender sie nennt, dessen Vorabendquote verbessern.

„Machen wir einen Führer oder wählen wir ein Management“, fragt ein Bewohner. Der 61-jährige Hartz-IV-Empfänger Steffen hält mit „wir könnten einen Geschäftsführer wählen“ dagegen. Das Experiment folgt keinem Plan, führt die Kandidaten vor, überrascht, lässt pöbeln und lästern. Gehobenes Niveau ist anderswo. „Da mach ich mich anatom und geh weg, äh autonom“, gibt Fitnesstrainer Hans (30) die Worte des obdachlosen Candy (44) lästernd wieder. „Candy, du pickst dir die besten Rosinen raus“, legt der einst als Autonomer im Wald hausende Hans nach. „Ich bin halt so eine kleine Nutte, die Frauen mögen mich und zahlen eine geile Wohnung für mich“, hält Proll-König Candy dagegen.

Die Utopie stirbt unrühmlich. Noch vor harten Alltagsfragen entzaubern die Bewohner die Erwartungen und sich selbst. Schon der Einstieg war hart für sie: In meras vor. Das Utopie-begleitende Mobiltelefon ist nur „für rein geschäftliche Zwecke“ zu nutzen, nicht für Kontakte zu Bekannten. Wer nicht spurt, beispielsweise ohne Arztattest die „neue Welt“ verlässt, riskiert seine Bezahlung.

Produzent John de Mol, der Planer des TV-Formats „Big Brother“, der 24-stündigen Ausstellung von Menschen vor der Kamera, ist auch der Urheber von „Newtopia“. George Orwells Roman „1984“, eine düstere Zukunftsvision zum Thema Überwachungsstaat von 1949, stand damals Pate für das Sendekonzept. „Big Brother“ floppte zuletzt. „Es gibt laut Zeitschrift Forbes 1,8 Milliarden US-Dollar reichen Niederländer de Mol ist das ein kalkulierbares Wagnis, für die Insassen ein Kampf mit dem Ego und nervenden Mitbewohnern. Deren Laune sackt nur deshalb nicht ganz ab, weil sie aus der „alten Welt“ Pizza, Klempner und Ofenbauer ordern können. Die Neuaussteiger selbst verkaufen Eier und Selbstgemaltes an Hofgäste. Klassische Rollenbilder stellen sich wie von selbst ein, als die anfangs selbstbewusste bayerische Buchhalterin Kerstin (38) dem Ordnungsverweigerer Candy hinterherräumt und selbst Taschentücher mit anfangen würde“. Der hält der Scheunengruppe regelmäßig zu hohe Ausgaben vor. Tatjana (19) zeigt lila Haare und viel Verständnis für Hans. Handwerker Lennert (26) baut und baut, unter anderem eine Ofenbank, und Architektin Conny (45) meditiert und hackt auf Macher-Typ Christian herum. Sie steuert Orwell-Weisheit bei: „Eins und eins ist seit Jahren schon nicht mehr zwei!“ Der erste Abgang aus dem Lager erfolgte schon nach wenigen Tagen – aus Liebeskummer.

Und kaum länger bleibt auch das Hin und Her von Brettern und Werkzeug, von privaten Schrullen und Zickereien wie Aufräumdebatten spannend. Wissenschaftliche Experimente mit Menschen und deren Verhalten gelten allgemein als unethisch. Die voyeuristische Zurschaustellung der TV-Kandidaten wirft hingegen längst keine Grundsatzfragen mehr auf.

Proll-Gemeinde: Candy, Conny, Aurica, Derk und die restliche Pöbel-Schar geben sich die Blöße — Bild: SAT 1

15 Minuten durften sie Gegenstände aus der alten Welt einpacken, alles musste in eine eigens gefertigte Kiste.

Ein „Sehkoffer“ der besonderen Art tut sich im Brandenburgischen auf, Zuschauer können sich gegen Bares „live“ im Internet zuschalten. Eine Zeitung legte Anfang März offen: Die Post der Kandidaten wird von der Produktionsfirma gelesen. Vertraglich festgelegt ist demnach auch eine „Sicherheitsleistung“, die von den Teilnehmern zu zahlen ist. Die Regeln des Vertrags erstrecken sich in privateste Bereiche, schreiben das Tragen von Mikrofonen zur Begleitung der 105 Lagerkakeine Spiele, keine Show, keine Aufgaben“, erklärt de Mol die gewandelte Show. Auch für ihn sei „Newtopia“ eine Überraschung. Er kokettiert mit dem Begriff der Utopie: „Vor 500 Jahren schrieb Sir Thomas More das Buch Utopia über eine ideale Gesellschaft auf einer fiktiven Insel namens Utopia“, so de Mol gegenüber dem Sender. Traumhafte Gewinne stehen in seinem Kalkül noch vor jeder erträumten Ordnung.

Auch in der Scheune drehen sich die Diskussionen meist ums liebe Geld. In Brandenburg sollte die Show gelingen, die in den USA ein Millionengrab in zweistelliger Höhe wurde. Für den unappetitlicher Füllung entsorgt. Der studierte Politikwissenschaftler Candy vergleicht „Newtopia“ mit Berlins Flughafen BER, die bestellte Melkmaschine sei ebenso unsinnig, doch politisch wird es fast nie.

Der gestandene wie auch wohlbeleibte Landwirt Christian (28) wollte anfangs „beweisen, dass es nachhaltiger, langsamer geht“ und scheitert an der Gruppendynamik. Keiner hört auf ihn. Aurica (40) bescheinigt ihm einen „schlechten Charakterzug“. Model Diellza (26) turtelt mit dem Finanzguru der Gruppe, Derk (26, „ohne Geld ist man nicht frei“), obwohl sie „hier nie etwas Festes

Ein anderer Orwell-Titel klingt im Gruppenchaos an: „Animal Farm“, die „Farm der Tiere“, in der die Arbeitenden ausgenutzt werden und nach Umsetzung der Utopie die alten Probleme wieder an die Tür klopfen. In „Newtopia“ ersparen die Farmer dem Zuschauer immerhin den theoretischen Unterbau und pöbeln sofort zur Sache. *Sverre Gutschmidt*

»Komm nach Caputh«

Zu Besuch im Sommerhaus des im April vor 60 Jahren gestorbenen Nobelpreisträgers Albert Einstein

Am Waldrand über der Havel, kurz hinter Potsdam, steht ein einsames Haus. Weiß die Geländer der Terrassen und Treppen. Still ist es. Nur knisternde Kiefern im märkischen Sand. Hier machte der größte Denker des 20. Jahrhunderts seine ausgedehnten Waldspaziergänge: Albert Einstein.

Der Geist des am 18. April 1955 gestorbenen Physiknobelpreisträgers sei noch immer spürbar, heißt es. Wenn man Einsteins Büro beritt, meint man, ihn wahrzunehmen. Es ist, als ob sich die genialen Gedanken im Holz als Patina niedergelassen haben. Ein einfacher Schreibtisch, ein Bild von Isaac Newton an der Wand, ein Bücherregal, das auch als Ablage für seine Geige diente, und eine Schlafkoje in der Ecke: Auch kluge Köpfe schnarchen und werden von der Familie separiert. Auf Fotos steht Einstein am Fenster dieses Raumes und schaut auf den Ort und auf die Havel, wo sein „Tümmler“ liegt. Alles im Haus war karg und unprätentiös. Und – es gab kein Telefon!

Anfang 1929 wollte die Stadt Berlin dem Nobelpreisträger zum 50. Geburtstag ein Landhaus schenken. Da man keines fand, suchte man zunächst ein Grundstück und wurde in Caputh fündig. Ein Architekt aus Sachsen, Konrad Wachsmann, erfuhr aus der Zeitung vom Vorhaben und machte sich auf den Weg zu den Einsteins.

Da der Physiker ein Holzhaus wünschte, sah Wachsmann seine Chance. Er arbeitete bei „Christoph & Unmack“, einem des wichtigsten Hersteller von Holzhäusern in Deutschland. Sein Bauvorschlag überzeugte die Einsteins. So entstand das Refugium, in dem die Eheleute nun fast das ganze Jahr über, vom März bis November, lebten. Häufig waren große Denker zu Gast wie Erwin Schrödinger, Heinrich Mann oder Max Planck. Wenn Elsa ihren Mann aufforderte, sich etwas Ordentliches anzuziehen, winkte der ab: „Wenn sie mich sehen wollen, bin ich da. Wenn sie meine Kleider betrachten wollen, öffne ich den Kleiderschrank.“



Niemals morsch: Einsteins Holzhaus Bild: Friedrich, Genehmigung: Einstein Forum

Oft sah man ihn barfuß, ganz leger. 1932 reisten die Einsteins in die USA zu Gastvorlesungen. Die politischen Umstände in Deutschland führten dazu, dass sie ihr Sommerhaus nie mehr wieder sahen. Das Haus in Caputh entkam zunächst der Enteignung durch die Nationalsozialisten, da die notarielle Urkunde auf die Namen der Stieftöchter Einsteins ausgestellt war. Dem Physiker gelang es von Amerika aus, das Haus an ein jüdisches Kinderheim zu vermieten. 1935 wurde das Haus beschlagnahmt, die Kinder auf die Straße gesetzt. Im Krieg diente es als Ausbildungsstätte und Soldaten-Lager. Nach 1945 renovierten es die Russen, aber Einstein kehrte nicht zurück. Er vermachte den Hauptanteil des Hauses der Hebräischen Universität in Jerusalem, weitere Erben waren mit 30 Prozent beteiligt. Erst 2004 wurden die Erben ins Grundbuch eingetragen. Heute ist das Einstein-Forum Verwalter.

Nie habe sich der Physiker wohler und entspannter gefühlt als hier, sagen Freunde. An seinen Sohn Eduard schrieb Einstein 1931: „Komm nach Caputh, pfeif auf die Welt, und auf Papa, wenn Dir's gefällt.“ *Silvia Friedrich*

Das Geschäft mit der Abmahnerei

Der Internet-Autor, der sich in seinen Blogs „Ralf“ nennt, traute seinen Augen nicht, als er die Abmahnung der Firma HGM-Press Michel OHG in seinem Postfach fand. In dem Schreiben wurde er beschuldigt, Bilder auf Internetseiten benutzt zu haben, ohne über deren Bildrechte zu verfügen. Knapp 19 000 Euro sollte „Ralf“ für die drei Bilder an die Bildagentur zahlen, die sich die Rechte der Bilder gesichert hat.

Ralf war nicht der einzige, der Post von HGM-Press bekam. Die Agentur sicherte sich zuerst die Rechte einiger Bilder im Netz und schickte daraufhin eine ganze Welle an Abmahnungen an die Betreiber verschiedener Webseiten. Für die unerlaubte Nutzung stellte sie Mahngebühren von jeweils weit über 1000 Euro aus. Der ursprüngliche Gesetzeszweck von Abmahnungen, nämlich Streitigkeiten ohne großen Aufwand und Kosten beizulegen, hat in Deutschland mittlerweile dazu geführt, dass private Webseitenbetreiber für Bagatellen teils kräftig in die Tasche greifen müssen.

Vor allem im Internet werden Abmahn-Anwälte fündig, die zum Teil aus eigener Initiative tätig werden und für die ein rechtlicher Graubereich zur Goldgrube geworden ist. Wer im Netz Filme überträgt, kann ebenso abgemahnt werden wie der Ebay-Verkäufer, der im Impressum keine Umsatzsteueridentifikationsnummer angibt. Und auch, wer ein fremdes Zitat im Netz benutzt, kann zur Kasse gebeten werden.

2011 verkaufte eine Rechtsanwaltskanzlei Forderungen im Wert von 90 Millionen Euro, die sie aufgrund von Abmahnungen bei Internet-Tauschbörsen hatte.

Viele private Betreiber von Internetseiten sind abmahngefährdet

„Aus meiner Erfahrung weiß ich, dass viele aus Angst einfach die Forderungen ungeprüft zahlen. Ein großer Fehler, denn die meisten Forderungen sind viel zu hoch angesetzt. Grundsätzlich sollte eine Unterlassungserklärung auch nie ungeprüft unterschrieben werden“, sagt der auf Urheberrecht spezialisierte Rechtsanwalt Christian Solmecke.

Michael Platzer, Besitzer eines kleinen Webshops, sieht hierin ein kulturelles Problem: „Viele Deutsche können nicht anders, als zu belehren und mit mahnendem Zeigefinger durch die Welt zu gehen.“ Auch Ebay-Verkäufer Cole Balthazar klagt über die vielen Regeln hierzulande: „Tatsache ist, dass es nicht möglich ist, auf Ebay ein einwandfreies Angebot zu erstellen. Man ist immer abmahngefährdet. Noch schlimmer ist es bei Amazon. Da geht bereits das fertige Layout nicht konform mit den abertausenden Regeln und den sich ständig widersprechenden neuen Gerichtsurteilen.“ Seine Erfahrung: „95 Prozent der Abmahner sind im Netz bekannte Anwälte. Bezahlen muss man letztendlich immer, egal wie zwielichtig der Anwalt und sein Klient sind.“

Was HGM-Press bei der Abmahnung von Blogger „Ralf“ nicht wusste: Er bekam die Bilder von einem Kollegen zugeschickt, der die Bildrechte hatte. Nachdem „Ralf“ seinen Anwalt eingeschaltet hatte, gab HGM-Press klein bei – und entschuldigte sich. Trotzdem kopieren viele Blogger Bilder aus dem Internet – meist illegal. Sie hoffen, dass das in Ordnung geht, solange sie das Bild mit der Quelle verlinken. Oft werden sie trotzdem kostenpflichtig abgemahnt. *Meike Stephan*



Hypotheken des Krieges

Außenpolitik 1919 bis 1933

Der Versailler Vertrag, den die deutschen Vertreter am 28. Juni 1919 unterzeichnen mussten, wird in der Geschichtswissenschaft inzwischen nahezu flächendeckend als problematisch angesehen. Welch außerordentliche Hypothek dieser „Friedensvertrag" für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg darstellte, ist in „Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919 bis 1933" nachzulesen.

Der Autor Hans-Christof Kraus (57), Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau, beschreibt, wie sehr der Vertrag gerade das Agieren der gemäßigten Weimarer Politiker belastete. Selbst um Revision beziehungsweise realistische Zahlungsziele bemüht, hatten sie im eigenen Land wenig Rückhalt. „Erfüllungspolitik" lautete der Vorwurf angesichts der dem Deutschen Reich angelasteten Kriegsschuld, der unrealistisch hohen Reparationen, der Beschränkungen im Militärwesen und der Gebietsabtretungen.

Dass das Deutsche Reich um Revision bemüht war, ist verständlich. Dass die Kriegsgegner auf Sicherheit setzten sowie ihre materiellen Forderungen durchsetzen wollten, allen voran Frankreich, ebenso. Allerdings schreckten sie auch vor irrationalen Reaktionen nicht zurück. Dazu zählt der Einmarsch in das Ruhrgebiet im Jahr 1923, eine wenig geeignete Maßnahme, um Deutschland zu weiteren Lieferungen zu bewegen. Auch musste ab und an daran erinnert werden, dass ein wirtschaftlich zusammengebrochenes Deutschland gar keine Leistungen mehr erbringen könnte.

Die Nichtanerkennung der Abstimmung in Oberschlesien von 1921 – das Gebiet wurde trotz eindeutiger Option für einen Verbleib bei Deutschland geteilt – hatte gezeigt, dass sich die Sieger nicht unbedingt an von ihnen selbst vorgegebene Regelungen hielten.

Mühsam versuchte sich das Deutsche Reich, wieder einen Platz in der europäischen Politik zu erkämpfen. Nach und nach kamen die Verträge von Rapallo 1922, Locarno 1925 und der Berliner Vertrag mit der Sowjetunion von 1926 zustande.

Zwei Gründe, warum Weimar scheiterte

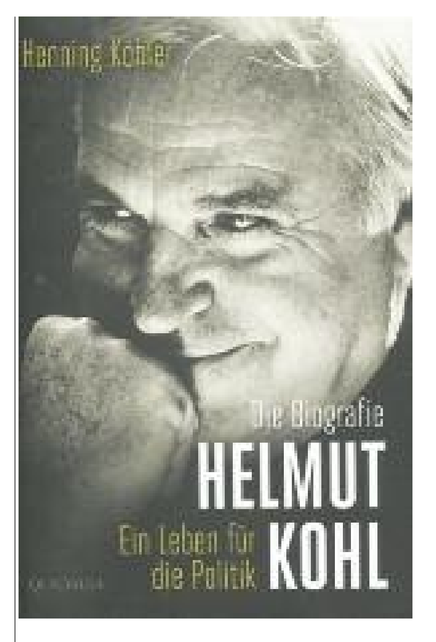
Wichtigster Protagonist der Außenpolitik der Weimarer Republik ist zweifelsfrei Gustav Stresemann. Er wurde als verlässlicher Verhandlungspartner akzeptiert. Deutsche Interessen, auch die Revision der Ostgrenzen, hat er dabei nie aus den Augen verloren. Kraus betont, dass dies ausschließlich auf dem Verhandlungsweg erreicht werden sollte.

Taktisch klug ging Reichskanzler Heinrich Brüning vor, indem unter anderem nicht alle Revisionsziele gleichzeitig verfolgte. Große Erfolge, wie die Minderung und am Ende gar Einstellung der Reparationen, sind wesentlich ihm zu verdanken. Die Lage in Deutschland hatte sich allerdings inzwischen zugunsten der radikalen Parteien verschoben: Tragischerweise war es Adolf Hitler, der durch den – verzögert einsetzenden – Aufschwung von der Politik profitieren konnte, die er zuvor massiv bekämpft hatte.

Hätte Weimar nach Versailles ein Erfolg werden können? Kraus weist auf zwei Dinge hin, die dem im Wege standen. Erstens: Das verständliche, aber zu oft ungeduldige Verlangen der deutschen Seite, die Vertragsbestimmungen zu ändern, und zweitens die Weigerung der Sieger, sich auf Zugeständnisse einzulassen.

Erik Lommatzsch

***Hans-Christof Kraus: „Versailles und die Folgen. Außenpolitik zwischen Revisionismus und Verständigung 1919–1933"**, be.bra-Verlag, Berlin 2013, gebunden, 198 Seiten, 19,90 Euro*



Riese unter Volldampf

Undistanziert, aber lesenswert: die neue Kohl-Biografie

Altbundeskanzler Helmut Kohl ist am vergangenen Karfreitag 85 Jahre alt geworden. Die zahlreichen Glückwünsche und Gedenkartikel würdigten in teils überschwänglichen Worten seine Verdienste um die deutsche Einheit und die Einigung Europas, als habe es Zwistigkeiten nie gegeben. Die freundliche Meinung, die inzwischen auch in der Öffentlichkeit wieder über Kohl herrscht, wird bestärkt durch die mitleiderregenden Bilder seit Kohls schwerem Unfall vor sieben Jahren und den gravierenden Beeinträchtigungen seitdem.

Kohl ist längst zu einer historischen Person geworden. Das zeigen zwei bedeutende Biografien aus jüngster Zeit. Nachdem vor zwei Jahren der lange in Bonn lehrende Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz eine tausendseitige Untersuchung vorgelegt hatte (siehe *PAZ*, 20. Oktober 2012), zog jetzt der Berliner Historiker Henning Köhler mit einem Buch gleichen Umfangs nach. Das Spannende dabei: Beide Bücher stehen sich nicht im Wege, sondern ergänzen sich durch deutlich unterschiedliche Akzentsetzung. Ein so außergewöhnliches Politikerleben gibt das eben her.

Während Schwarz seinerzeit das mehr als 60 Jahre dauernde Politikerleben Kohls einbettete in allgemeine politische und gesellschaftliche Entwicklungen der Bundesrepublik, bleibt Köhler viel stärker direkt bei der Person Kohl und reflektiert alle wichtigen Ereignisse an dessen Reaktionen darauf. Das hat den Vorteil

Attacken auf den Provinzheini

(und ist für den Leser zudem spannend zu lesen), dass man gewissermaßen hautnah am Geschehen ist und den Politiker Helmut Kohl in seinem Handeln, in seinen Reaktionen, ja gewissermaßen auch in seinen Gefühlen miterlebt. Ganz unweigerlich stellt sich wachsender Respekt ein vor diesem ständig unter Volldampf stehenden „schwarzen Riesen" (Kohl hörte das nicht ungern).

Der römische Geschichtsschreiber Tacitus hat seiner Zunft die Mahnung mitgegeben, Historiker sollten sine ira et studio schreiben, also nüchtern, ohne allzu große Abneigungen oder Vorlieben. Natürlich haben sich durch die Jahrhunderte zahllose Autoren nicht daran gehalten, und hier auch Köhler nicht. Er schreibt durchaus cum studio, also mit großer Hochachtung, ja Wärme, über den bislang am längsten amtierenden Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Gleich der erste Satz lautet: „Helmut Kohls Lebensweg ist von Gradlinigkeit bestimmt", und dann, nach 950 Seiten das Fazit: „Es ist endlich an der Zeit, die grandiose politische Leistung dieses Mannes zu würdigen."

Diese Absicht verfolgt der Autor durch die gesamte Darstellung. Sein wichtigstes Anliegen, so hat man den Eindruck, ist es, die durch die Medien herbeigeschriebene Fehlurteile über Kohl zurechtzurücken und insbesondere den „Hamburger Magazinen" (Ausdruck Kohls) und anderen überregionalen Zeitungen teilweise in der Tat groteske Fehleinschätzungen nachzuweisen. Vor allem „Der Spiegel" hatte sich über Jahre zum Ziel gesetzt, Kohls Aufstieg zu verhindern; in den Methoden dabei war er nicht wählerisch. Kein Politiker der Bundesrepublik, Franz-Josef Strauß vielleicht ausgenommen, stand über Jahrzehnte unter derart heftigem Dauerbeschuss. Kohl, selbst auch nicht zimperlich, sprach von der „linken Medienmafia". Deren Attacken auf den „Provinzheini aus der Pfalz" perlten, wie Köhler zeigt, letztlich doch nicht so leicht ab, wie man oft glaubte. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Buch eine bittere Anklage gegen die selbsternannte „vierte Gewalt".

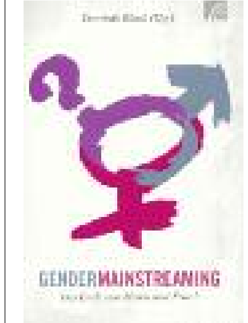
Köhlers Zuneigung zu seinem Helden geht so weit, dass Kritiker Kohls auch in der Union nur mit spitzen Worten genannt werden, Heiner Geißler beispielsweise, und vor allem Richard von Weizsäcker, erst ein Protegé Kohls, dann, glaubt man Köhler, fast dessen Intimfeind. Was den Leser, der beide Biografien kennt, erstaunt, ist die überdeutliche, fast krasse Kritik Köhlers an manchen Passagen bei Schwarz – ein Historikerstreit, der bei einer so lebhaften Persönlichkeit wie Helmut Kohl vielleicht nicht ausbleiben kann.

Bismarck und Kohl: »ehrliche Makler«

Unbeschadet dieser Einschränkungen ist Köhlers Buch eine überaus gründlich recherchierte, zudem spannend geschriebene, Darstellung. Vielleicht schon mit Blick auf das derzeitige Bismarckjahr hat Köhler beide Politiker auf eine Stufe gestellt. Beide seien „ehrliche Makler" gewesen, um Frieden und um Ausgleich auf dem Kontinent bemüht: „Bismarck und Kohl sind große Staatsmänner, die jeder für sich in einer veränderten Welt die zentrale Aufgabe verantwortlicher deutscher Politik begriffen hatten."

Dirk Klose

***Henning Köhler: „Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biografie"**, Quadriga-Verlag, Köln 2014, gebunden, 1001 Seiten, 32 Euro*



Sexualität freischwebend

Ein mieses Buch, ein erzürnter Rezensent – das Thema: Gender Mainstreaming!

Ist dieses Werk wirklich ernst zu nehmen, oder gehört es zu einer neuen Comedy-Masche, die „hohle Phrasen ohne Logik" vorführt? Um Gender Mainstreaming (siehe *PAZ* Nummer 5) geht es im gleichnamigen Buch. „Das Ende von Mann und Frau?", fragt der Untertitel provokativ. Der Verlagsprospekt erklärt: „Die sogenannte Gender-Perspektive betrachtet Geschlecht als sozial erlernte Identität – und die habe jeder für sich selbst zu bestimmen! Gender Mainstreaming ist das offizielle Konzept der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union. Erklärte Maxime ist die Auflösung der Zwei-Geschlechter-Ordnung und die Vervielfältigung der Geschlechter. Erklärtes Ziel des Büchleins mit seinen 14 Aufsätzen unterschiedlicher Autoren ist es, Christen über das Thema aufzuklären und „der schleichenden Ideologisierung die Klarheit der biblischen Rede vom Menschen entgegenzustellen".

Liegt es am allzu respektvollen Umgang mit der verqueren Gender-Ideologie? Der Aufklärungsversuch misslingt. Die Klarheit der biblischen Rede sucht der Leser vergebens. Jeder Versuch, dem Büchlein Verständnis abzugewinnen, scheitert an dessen unverständlicher Sprache: „Der Mensch kommt zu seinem Menschsein nur, wenn er die Begrenztheit und die Ganzheit seines Personseins in Beziehungen wagt." Dunkel ist der Rede Sinn.

Und sie wird nicht heller, da jede Behauptung umgehend falsifiziert wird: „Geschlechtliche Polarität" ist Grundzug „unserer Menschlichkeit", aber die „zweigeschlechtliche Matrix" soll nicht verfestigt werden. „Sexualität ist die schöpferische Lebens- und Beziehungsenergie", aber „in den neuen Gendertheorien wird Sexualität als freischwebend gedacht". Und endlos geht es so weiter: Alles ist festgelegt, geprägt, vorgegeben, gleichzeitig aber auch beliebig und wandelbar: „Es gibt keinen biologisch festgelegten Unterschied zwischen Mann und Frau. Alle als männlich oder weiblich geltenden Merkmale oder Eigenschaften sind kulturell konstruiert, daher veränderbar." Was tun? „Politisches Ziel muss also sein, Sprache und Begriffe neu zu besetzen und damit den Zugang zur Wirklichkeit neu zu bestimmen". Orwells „Neusprech" lässt grüßen! Einmal mehr zeigt sich, wer sich auf das totalitäre und gleichzeitig grenzenlos schwammig gehaltene Konstrukt des Gender Mainstreaming einlässt, kann nur verlieren.

Wolf Oschlies

***Dominik Klenk (Hg.): „Gender-Mainstreaming. Das Ende von Mann und Frau?"**, Brunnen Verlag, Gießen 2015, broschiert, 175 Seiten, 9,99 Euro*



Leben und Leiden im »besten« Land der Welt

Eine Huldigung der Frauen ist Eleonora Hummels gelungener Roman über das Kind einer verfolgten Mutter zu Sowjetzeiten

Victoria lebt – so sagt es die Propaganda – im besten Land der Welt, leider ohne ihre Mutter, ohne ihren Vater, überhaupt ohne jede Familie. Heimlich steht sie am Fenster des Kinderheims im hohen Norden der Sowjetunion und wünscht sich, dass sie jemand abholen kommt. Ihre Freundinnen haben Erinnerungen an ein Haus mit Garten in Georgien oder Cousins und Cousinen. Victoria erinnert sich nur an Heime.

Ihre Mutter lebt, so viel weiß sie. Damit ist sie besser dran, als die meisten anderen im Heim. Aber ihre Mutter hat etwas Schlimmes getan, deshalb ist sie im Lager und kann sich nicht um ihre Tochter kümmern.

Das ist die Ausgangssituation des berührenden Buches „In guten Händen, in einem schönen Land" von Eleonora Hummel. Die 45-jährige Schriftstellerin wurde in Kasachstan geboren und kam als Kind mit ihren Eltern in die DDR, nach Dresden, wo sie noch heute lebt. „In guten Händen, in einem schönen Land" ist ihr dritter Roman. Was ihn auszeichnet: Er ist vollkommen frei von vordergründigen Anklagen. Die dramatischen, ja grausamen Geschehnisse schildert sie mit äußerster Zurückhaltung. Gerade das lässt sie unter die Haut gehen:

Victoria hat sich angepasst ans Leben im Heim. Es ist ihr Zuhause. Ein anderes hat sie nicht. Als sie eines Tages unerwartet Besuch bekommt, ist sie mehr als zurückhaltend. Die fremde Frau sieht komisch aus und kommt mit einer Botschaft. Sie hat Victorias Mutter im Lager versprochen, nach ihrer Entlassung die Tochter zu finden und sich um sie zu kümmern.

Erst das Vertrauen, dann die Liebe

So tritt Nina, die ihr eigenes Kind verloren hat, weil sich nach ihrer Verhaftung niemand um den Säugling kümmerte, in Victorias Leben. Sie gewinnt erst das Vertrauen, dann die Liebe des Mädchens. Es gelingt ihr, Victoria in ein Kinderheim in Charkow zu holen, wo Nina wohnt. Nun können sie an jedem Wochenende zusammen sein. Victoria bekommt sogar eine Oma und einen Onkel. Das Leben ist sehr schön geworden. Dann taucht nach Jahren noch eine Frau auf, die zu alt aussieht, um ihre Mutter sein zu können, wie sie behauptet. Aber sie ist es wirklich, und damit beginnen Victorias Schwierigkeiten. Sie braucht keine zwei Mütter, Nina ist ihr genug. Außerdem wohnt Olessia, die leibliche Mutter, in Kiew, wo sie Arbeit als Nebendarstellerin im Theater, später auch beim Film, gefunden hat.

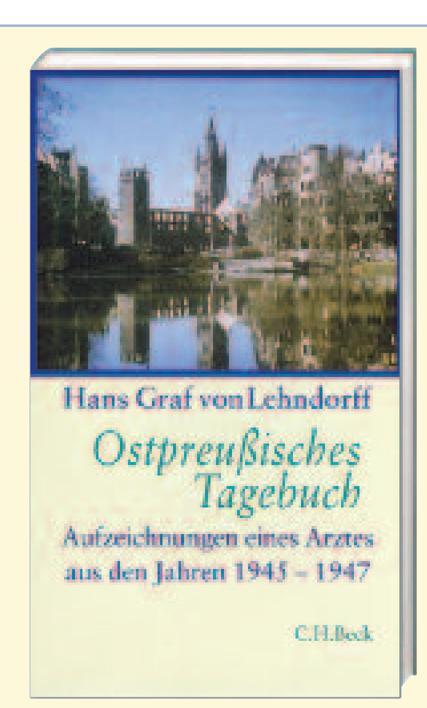
Olessia ist eine Adelstochter aus Petersburg, deren Vater als Diplomat sogar für die Bolschewiki Waffen geschmuggelt hat. Die revanchierten sich nach der Machtübernahme, indem sie ihn nicht nur erschossen, sondern auch fast seine gesamte Familie ausrotteten. Auf Vermittlung von Kirow, dem Parteichef von Leningrad, der kurz darauf ermordet wurde, kann Olessia noch Schauspiel studieren, bevor sie im Gulag landet. Kritisch wird die Situation, als das Kinderheim in Charkow aufgelöst wird und Victoria sich zwischen ihren beiden Müttern entscheiden muss. Sie wählt Nina, ihre Entscheidung bricht aber gleichzeitig ihre Ablehnung von Olessia auf. Victoria lebt bis zu deren Tod mit zwei Müttern.

Anhand dieser Geschichte zeichnet Eleonora Hummel ein Bild der Sowjetunion, wie es für viele immer noch nahezu unbekannt ist. Wer wissen will, wie es während der Krimblockade unter Lenin zuging, als den Bauern das Vieh und das Saatgetreide weggenommen wurde und das Blut von tausenden Erschossenen das Meerwasser an der Küste rot färbte, sollte Hummels Buch lesen. Vor allem ist es aber eine Huldigung der Frauen, die sich trotz jahrzehntelanger Lagerhaft ihre Menschlichkeit bewahrt haben. Olessia wurde nach 17 Jahren Gulag noch eine landesweit bekannte Schauspielerin. Nina war eine Mutter, die sich jedes Mädchen nur wünschen kann.

Hummels Roman beruht auf den Lebensgeschichten dreier Frauen, die es wert sind, einem breiten Publikum bekannt zu werden.

Vera Lengsfeld

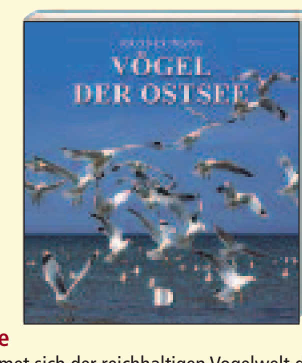
***Eleonora Hummel: „In guten Händen, in einem schönen Land"**, Steidl-Verlag, Göttingen 2013, gebunden, 336 Seiten, 22 Euro*



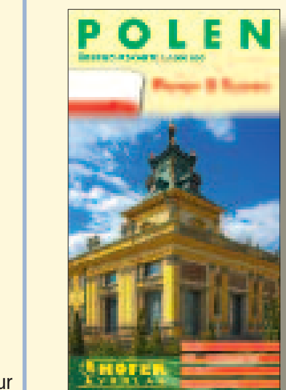
Hans Graf von Lehndorff
Ostpreußisches Tagebuch
Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945–1947
Die Aufzeichnungen Hans Graf von Lehndorffs aus den Jahren 1945 bis 1947 sind ein beredtes Zeugnis von seiner Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und von dem großen Verantwortungsgefühl aus christlicher Nächstenliebe heraus, das ihn als Arzt immer wieder zur Hilfe für die unzähligen Kranken und Versehrten herausfordert. Er schildert das Grauen der Flucht, die Belagerung der zur Festung erklärten Stadt Königsberg, den drückenden Dienst in Lazaretten und Lagern wie die ersten Nachkriegsjahre unter Willkür und Wirren polnischer und russischer Herrschaft. 1961, als aus „dem Geschehen der damaligen Zeit Geschichte geworden" war, konnte Hans von Lehndorff seinen 1948 niedergeschriebenen Bericht veröffentlichen, der prägende Wirkung für die bundesrepublikanische Erinnerung an Flucht und Vertreibung entwickeln sollte. 308 Seiten
Nr. P 1522 Gebunden mit Schutzumschlag 16,90 €



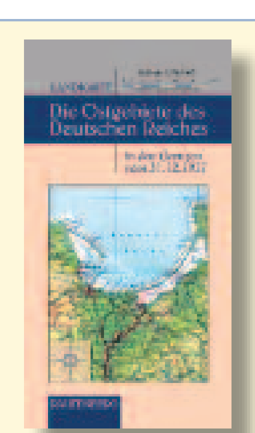

Kette mit kleinen bunten Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 45 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,95 €



Rico Nestmann
Vögel der Ostsee
Dieser Bildband widmet sich der reichhaltigen Vogelwelt der deutschen Ostseeküstenlandschaft. Der Autor vermittelt dem Leser Wissenswertes zur Namensherkunft und Lebensweise, zu Nist- und Aufzuchtgewohnheiten sowie zum Zugverhalten jedes Tieres. Erläuterungen zu Vogelschutz und Hinweise für eigene Beobachtungsstreifzüge ergänzen den informativen Teil des Buches. Aber der Bildband ist vor allem auch eine wahre Schatzkammer ebenso schöner wie eindrucksvoller Vogelfotografien. 160 S.
Nr. P A0838 Gebunden 19,95 €



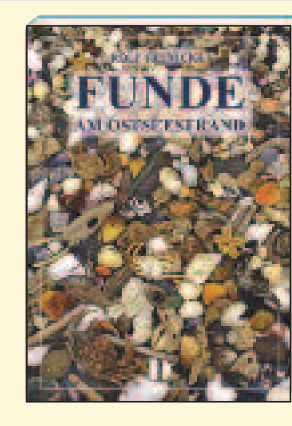
Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €



Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

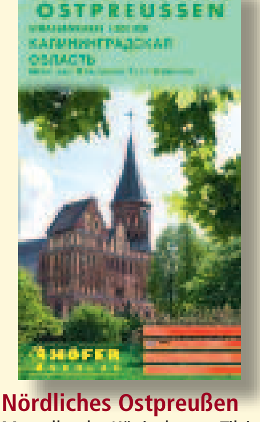


Andreas Kossert
Ostpreußen
Geschichte einer historischen Landschaft
Ostpreußen ist bis heute ein deutscher Sehnsuchtsort. Die große Vielfalt seiner Kultur ist zwar durch Nationalismus und Krieg untergegangen, aber Geschichte und Mythos dieses versunkenen Landes wirken immer noch nach. Andreas Kossert, der wohl beste historische Kenner, schildert in seinem wunderbar geschriebenen Überblick konzise und anschaulich die Geschichte dieser einst östlichsten Provinz Deutschlands vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Andreas Kossert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter Dokumentation/Forschung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Seine Bücher „Ostpreußen – Geschichte und Mythos" und „Kalte Heimat – Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945" waren Bestseller. 2008 erhielt er für „Ostpreußen – Geschichte und Mythos" den Georg-Dehio-Preis. 128 Seiten
Nr. P A0872 Taschenbuch 8,95 €



Rolf Reinicke
Funde am Ostseestrand
Nach dem erfolgreichen Steine-Buch liegt jetzt vom gleichen Autor das Buch Funde vor, in dem es um Muscheln, Schnecken und viele anderen Pflanzen und Tieren am Ostseestrand geht. 80 Seiten
Nr. P A0839 Kartoniert 9,95 €

Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €



Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €

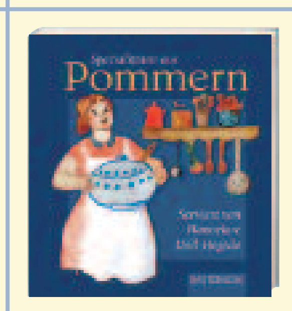


Konrad Löw
Adenauer hatte recht
Warum verfinstert sich das Bild der unter Hitler lebenden Deutschen?
Antisemitismus war ein Kernelement des Nationalsozialismus. Er kulminierte in der Ermordung von Millionen Juden. Hat das deutsche Volk mehrheitlich Hitlers brutale Judenpolitik gebilligt und sich damit kollektiv an einem der schlimmsten Verbrechen der Geschichte schuldig gemacht? Dazu äußerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 vor dem Deutschen Bundestag: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt ..."
50 Jahre später veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung einen Text, der genau das Gegenteil besagt und das deutsche Volk der aktiven Mitwirkung am Holocaust bezichtigt. Die Zeitzeugen, gerade auch die jüdischen geben eine klare Antwort. 203 Seiten
Nr. P A0750 Kartoniert mit farbigem Überzug 14,90 €

Marion Lindt
Spezialitäten aus Ostpreußen
gewürzt mit Anekdoten
Mit vielen ostpreußischen Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Eintöpfe, Kartoffelgerichte, Mehl- und Eierspeisen, Süßes zum Nachtisch, Backwerk u. Seelenwärmer. 104 Seiten
Nr. P 1052 Gebunden 12,95 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 S.
Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



Hannelore Doll-Hegedo
Spezialitäten aus Pommern
gewürzt mit Anekdoten
Mit typischen Spezialitäten aus der pommerschen Küche: Fisch-, Geflügel- und Fleischgerichte, Suppen, Kartoffelgerichte, Süßspeisen, Kuchen und Gebäck sowie typische Getränke. 82 Seiten
Nr. P 3021 Gebunden 12,95 €

Hanna Grandel
Spezialitäten aus Schlesien
gewürzt mit Anekdoten
In einem jahreszeitlichen Reigen zusammengestellte Rezepte schlesischer Spezialitäten wie Suppen, Fisch- und Fleischgerichte, Beilagen, Salate, Mehl- und Eierspeisen, Süßes u. Backwerk. 84 Seiten
Nr. P 4010 Gebunden 12,95 €



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €



Schlüsselanhänger mit Wappen Pommern
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0259 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0260 (3 Expl.) 13,95 €

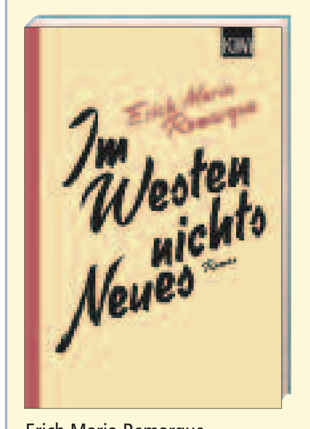


Frühling
Frühlingsboten werden heiß ersehnt - wer dieses Buch verschenkt, bringt Kunde von zartem Blumenduft und den ersten lauen Tagen. Von Märzsonne, Verliebtsein und Vogelgesang. Günter Berg hat die schönsten Frühlingstexte zusammengetragen. Goethe, Rilke, Heine und andere - Lyrik und Prosa vereinen sich zu einer poetischen Blütenlese. Zauberhafte botanische Zeichnungen von Sibylla Merian und anderen Meistern der Aquarellkunst machen dieses romantische Poesiealbum zu einer Augenweide. 64 Seiten
Nr. P A0580 Gebunden 8,99 €



Zum 125. Geburtstag von Gertrud Papendick

Gertrud Papendick
Das Haus des Konsul Kanther
Roman einer Königsberger Familie
Dieser Roman führt den Leser in die Welt der Anfangsjahre des vergangenen Jahrhunderts nach Königsberg, in denen morsche Formen zerbröckeln und eine neue Zeit anbricht. Konsul Kanther regiert die Seinen streng konservativ, aber die Söhne und Töchter, alle von stark ausgeprägter Wesensart, suchen aus dem ehrwürdigen Kantherhaus auszubrechen und eigene Wege zu gehen. „Das Haus des Konsul Kanther" ist das Portrait einer brüchigen Gesellschaft voll menschlicher Probleme und Spannungen – ein fesselndes, farbiges und dicht gewobenes Bild einer uns fernen, nahen Vergangenheit. Die erzählerische Kraft der Autorin, ihre bildhafte und klare Sprache erweckt die versunkene Welt zu neuem Leben. Das Vorwort zur Neuausgabe des Werkes stammt von Prof. Albrecht Leuteritz. 416 Seiten.
Nr. P 533132 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Erich Maria Remarque
Im Westen nichts Neues
Roman. 325 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0717 6,99 €

Wie kein anderer Autor erzählt Remarque in diesem sensationellen Erfolgsroman von den Schrecken des Ersten Weltkriegs: Es ist die Geschichte des neunzehnjährigen Paul Bäumer, der als ahnungsloser Kriegsfreiwilliger von der Schulbank an die Front kommt und hier statt der erhofften Kriegsbegeisterung und dem erwarteten kurzen Abenteuer die ganze Brutalität des Gemetzels und das sinnlose Sterben seiner Kameraden an der Westfront des Ersten Weltkrieges erlebt. Dieses Buch soll weder eine Anklage noch ein Bekenntnis sein. Es soll nur den Versuch machen, über eine Generation zu berichten, die vom Kriege zerstört wurde – auch wenn sie seinen Granaten entkam.



Sommer
Rosenduft, Hitzeflirren, Himbeertorte und mit der Nachtigall unterm Sternenzelt träumen. Dieses Buch steckt voller Sommerfreuden. Die sonnensatte Jahreszeit hat Dichter und Erzähler zu wunderbaren Texten inspiriert, so üppig wie die Düfte im Juli oder so dramatisch wie ein Sommergewitter. Günter Berg hat die schönsten von Klopstock, Hebbel, Storm und anderen herausgesucht. Die erholsamste Lektüre unterm Sonnenschirm, die sich denken lässt! 64 Seiten
Nr. P A0581 Gebunden 8,99 €



Ernst Jünger
In Stahlgewittern
296 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0719 18,95 €

Die Erlebnisse Ernst Jüngers vom Januar 1915 bis zum August 1918 an der Westfront spiegeln sich in den „Stahlgewittern" wider: vom Grabenkrieg in der Champagne und der Schlacht bei Cambrai bis hin zu den Stoßtruppunternehmen in Flandern und zuletzt der Verleihung des Ordens „Pour le Mérite" nach seiner Verwundung. „In Stahlgewittern" machte ihn zum Helden einer Generation junger Offiziere, die alles gegeben hatten und am Ende bestenfalls das Eiserne Kreuz davontrugen. André Gide pries es als „das schönste Kriegsbuch, das ich je las". Tatsächlich ähnelt es keinem anderen Buch der damaligen Zeit. Ein Buch ohne Mitleid und Pathos.

Egon Flaig
Gegen den Strom
Für eine säkulare Republik Europa
Europa bricht auseinander. Nur über die Suche nach den Gründen des Scheiterns lassen sich die Bedingungen des Gelingens finden. Das erfordert, so zeigt dieses Buch, historische Rückbesinnung, nicht zuletzt auf die hellenischen Grundlagen unserer Kultur: Niemals kann ein freiheitliches Gemeinwesen sich gründen auf religiöse Gebote oder ökonomische Interessen, sondern einzig auf den politischen Willen seiner Bürger. Unverzichtbar ist ein kulturelles Gedächtnis, welches jene universalistische und menschenrechtliche Orientierung stabilisiert, der sich die westlichen Demokratien verpflichtet wissen. Denn nur diese vermag zu garantieren, dass die historische Wahrheit eine verbindliche Leitidee bleibt und die globalen Zukunftsentwürfe auf allgemeiner Vernunft basieren. Andernfalls, so zeigt der Autor, sind gefälschte Vergangenheiten und daraus abgeleitete Ansprüche nicht zurückweisbar und die Feinde der Freiheit nicht benennbar, sind die parallelgesellschaftlichen Zerrissenheiten nicht zu überwinden und die theokratischen Drohungen nicht zu parieren. 256 Seiten
Nr. P A0771 Gebunden 22,00 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Mit der *PAZ* in den April

Hamburg – Bei der Meldung „Lukke berät Varoufakis“ in der *PAZ* 15/2015 handelte es sich um einen Aprilscherz. Eine besonders perfiden zumal, weil er so plausibel war. Erstens hat AfD-Sprecher Bernd Lucke tatsächlich einen Plan für einen „sanften Ausstieg“ Griechenlands aus dem Euro ausgearbeitet und zweitens ist in Athen ja alles möglich. Nach der Erfahrung ist daher nicht auszuschließen, dass aus dem Scherz dereinst doch noch Wirklichkeit wird. *H.H.*

Weiter gegen Hindenburg

Frankfurt/M. – Peter Feldmann (SPD), Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, will den früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg aus der Ehrenliste der Stadt streichen. Zur Begründung erklärte er unter anderem, dieser habe im November 1933 die Ehrenbürgerurkunde vom damaligen nationalsozialistischen Oberbürgermeister erhalten. Für Feldmann ist das ein „Akt des Unrechts“, gegen den die Stadt ein längst überfälliges Zeichen setzen müsse. *U.M.*

ZUR PERSON

Ein Schotte wird Schlossherr

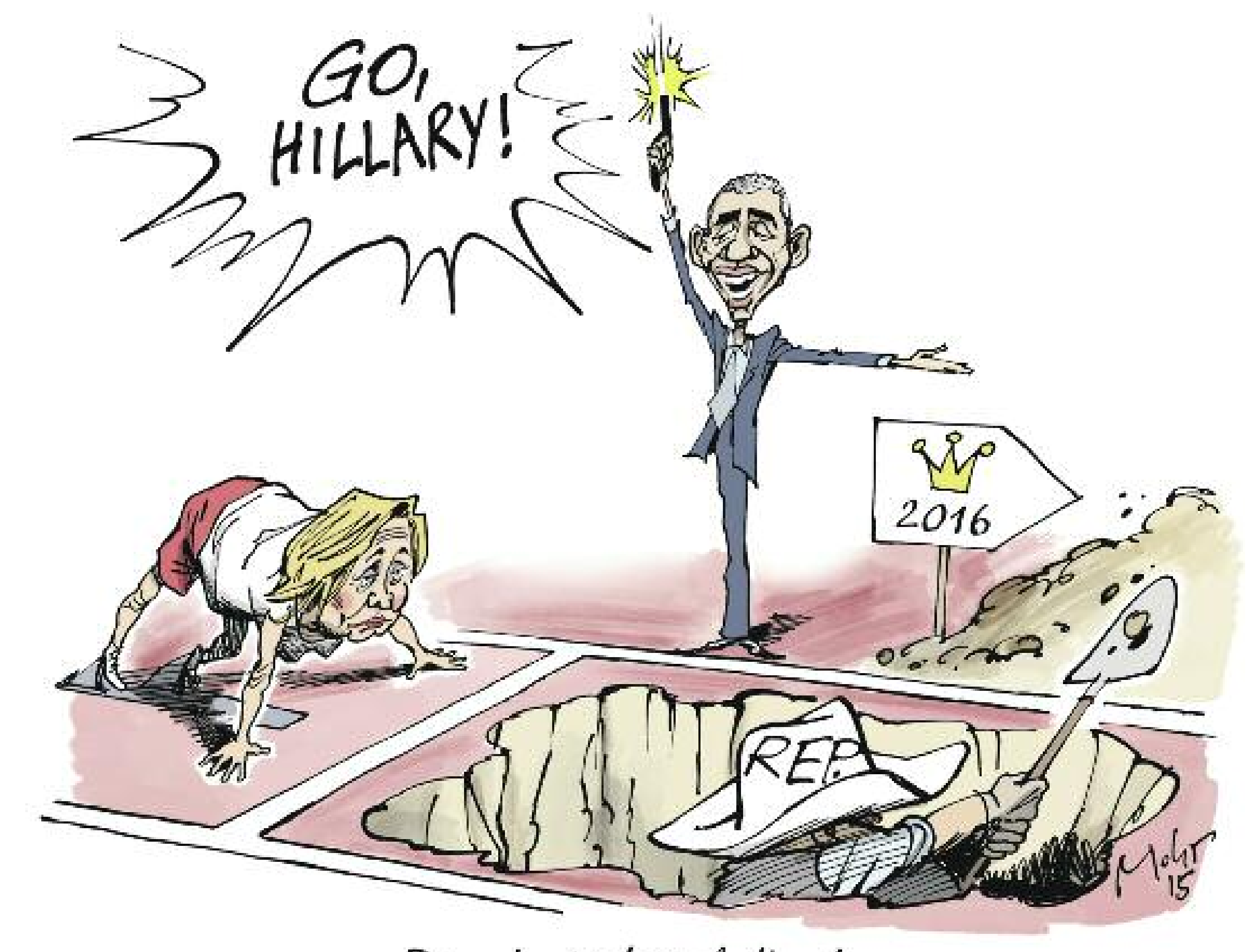
Die Berliner Kulturpolitik hat angesichts klammer Kassen in letzter Zeit selten etwas zu feiern gehabt. Desto größer ist der Jubel über eine Personalie, die man in der Hauptstadt als „Coup“ verkauft. Der Brite **Neil MacGregor** steht zukünftig einem Intendantentrio vor, welches die für 2019 geplante Eröffnung des im rekonstruierten Berliner Stadtschloss beheimateten Humboldt-Forums organisieren soll.

Ist MacGregor hierzulande nur wenigen Fachleuten ein Begriff, so hat er sich auf der Insel als Direktor des Britischen Museums und mit amüsanten BBC-Radiosendungen über die Kunstgeschichte einen Namen gemacht. 2008 wurde er zum „Briten des Jahres“ gewählt“, auch deswegen weil er das bei seinem Amtsantritt defizitäre Britische Museum aus den roten Zahlen gebracht, sich für gebührenfreien Eintritt eingesetzt und Forderungen der Griechen nach Rückgabe der Parthenon-Skulpturen geschickt abgewehrt hat. Seine aufsehenerregende Ausstellung „Germany – Memories of a Nation“ Ende 2014, für die sogar die Bundeskanzlerin nach London gereist kam, war Ausdruck seines germanophilen Interesses.



Der 1946 in Glasgow geborene Schotte studierte einst tatsächlich Deutsch, ehe er zwecks Broterwerbs Jurist wurde. Unzufrieden mit seiner Anwaltstätigkeit, absolvierte er noch ein Studium der Kunstgeschichte und war 15 Jahre lang Direktor der National Gallery in London, ehe er 2002 zum Britischen Museum ging.

Nach einem Gespräch mit Kanzlerin Merkel war klar, dass MacGregor die Gründungsintendanz leiten wird, die neben ihm der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Helmut Parzinger, und der Kunsthistoriker Horst Bredekamp angehören. Berlin jubelt, aber der Bund als Schirmherr des Stadtschlosses lässt sich diesen Coup einiges kosten. *Harald Tews*



So macht man das!

Warum auch ein Papst nicht alles sagen darf, warum die IWF-Chefin persönlich zählt und bei wem Putin Frühlingsgefühle weckt / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Wie heißt gleich noch mal dieser Finanzminister von Spanien? Fällt Ihnen gerade nicht ein? Macht nichts. Dafür wissen Sie bestimmt auf Anhieb, wie der Staatspräsident von Österreich heißt. Wie, den gibt es nicht? Nur einen Bundespräsidenten? Und wie heißt der noch mal? Ist ja auch egal. Den von Litauen kennen Sie wahrscheinlich auch nicht. Und den Dingsbum von Portugal? Schon wieder Fehlanzeige? Dann machen wir die Sache ganz einfach. Wie heißt der oberste Boss von den Griechen? Ja, richtig, Alexis Tsipras. Und der Finanzminister der Hellenen, wie heißt der? Ja, stimmt, Giannis Varoufakis. Also, geht doch.

Was immer man gegen diese beiden Burschen einzuwenden hat, das haben sie ganz toll hingekriegt: Schon nach kurzer Zeit kennt beinahe jeder ihre Namen. Nur Dieter Bohlen und Conchita Wurst sind noch ein bisschen bekannter, aber das ist vermutlich auch der einzige Unterschied. Nun gut, mancher wird einwenden, es wäre besser, wenn man die beiden Hellenen nicht so intensiv hätte kennenlernen müssen. Aber wer so rummäkelt, der hat vermutlich auch ein Problem mit Dieter Bohlen und Conchita Wurst. Dabei haben die echt mega viele Follower, ehrlich. Fragen Sie mal den amtierenden deutschen Landwirtschaftsminister, wie viele Follower der hat. Oder den Entwicklungsminister. Vielleicht sollten die Herren ein wenig mehr „twittern“, das steigert den Bekanntheitsgrad. Wer was auf sich hält, der „twittert“. Wer es nicht tut, der wird nicht wahrgenommen. Darum ist der Zwitscherdienst bei Politikern so beliebt. Mancher Staatsführer benötigt keinen Pressesprecher mehr. Er setzt im Stakkato über Twitter ab, was er unters Volk bringen möchte. Von dem, was der Bundeslandwirtschaftsminister oder sein Kollege vom Entwicklungsministerium dem Volk zwitschern möchte, hat man bisher eigentlich nichts gehört.

Nach den Namen der beiden Herren wollen wir lieber erst gar nicht fragen. Das könnte deshalb bei Günther Jauchs Millionenspiel eine Frage in der ganz schwierigen Kategorie sein, da, wo es richtig Geld gibt. Die Namen der Griechen Tsipras und Varoufakis hingegen dürfte eine Frage zum Anwärmen sein. So gesehen, haben die Hellenen doch schon ganz schön was geleistet.

Stimmt, manchmal nerven sie auch. Letzte Woche wieder mal besonders. Aber griechische Wochen sind seit geraumer Zeit ja immer. Haben die denn nun schon die Liste vorgelegt, diese grausame Liste, die alles zum Guten wenden soll? Nichts Genaues hört man nicht. Dabei sind schon so viele Termine verstrichen, dass offenbar vorsichtshalber gar keine mehr gesetzt werden. Und man muss das verstehen, diese griechische Regierung hat Wichtigeres zu tun, als in einer Art von Selbstkasteiung Strafarbeiten aufzuschreiben. Wozu soll sie sich Gedanken über überflüssige Reformen machen, wenn sie doch anders viel einfacher zu Geld kommen kann. Ganz akkurat haben die Hellenen das in einem Parlamentsausschuss ausgerechnet: Deutschland schuldet Griechenland 278,7 Milliarden Euro. Das wurde nicht einfach Pi mal Daumen geschätzt, sondern bis hinter das Komma errechnet. Eigentlich ginge es den Griechen ganz toll, wenn die Deutschen nur nicht so vernagelt wären und um nichts in der Welt zahlen wollten. Im Gegenteil, sie werden auch noch frech, die Deutschen. Bezeichnet dieser Wirtschaftsminister Siegmar Gabriel es als dumm, was die Griechen in ihrer Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft fordern. Das ist dreist. Wo die Griechen doch einen „Weisenrat“ vorschlagen. Die Weisen sollen ausloten, wie die Griechen doch noch an die 278,7 Milliarden Euro kommen. Wenn von deutscher Seite möglichst viele Vertreter der Partei Die Linke und ein paar ausgesuchte Grüne als Weise entsandt werden könnten, dann ließe sich das Ding schon wuppen.

> Was unterscheidet Dieter Bohlen und Conchita Wurst von Alexis Tsipras und Giannis Varoufakis?

Es ist schon auffallend, wer im übrigen Europa, speziell in Deutschland, nichts mehr zum Thema Hellas sagt. Alles Leute, die sonst zu jedem Thema was zu sagen haben. Und nun in diesem Fall beredtes Schweigen, fast überall. Möglicherweise aus Angst vor einem Ausrutscher, einer verbalen Entgleisungen. Es könnte einem ja sonst vielleicht der Kragen platzen. Dann sagt man, was man denkt. So wie der Gabriel. Das war gar nicht so dumm. Aber das macht man trotzdem nicht. Margrethe II., Königin von Dänemark, die in dieser Woche ihren 75. Geburtstag feiert, wurde aus diesem Anlass von einer Tageszeitung mit dieser Feststellung zitiert: „Natürlich kann ich, wie jeder andere, denken, was ich will. Ich darf allerdings nicht alles sagen, was ich denke.“ Ist das nicht tröstlich? Die Königin steckt offenbar in der gleichen politisch korrekten Zwangsjacke wie die Bürger. Zu denken gibt allerdings ein Fehler, der den Kollegen der Tageszeitung bei der Platzierung dieses Zitats unterlaufen ist. Sie veröffentlichten es in der Rubrik „Witz des Tages“.

Papst Franziskus hätte wohl auch nicht sagen dürfen, was er gesagt hat. Der hat den Mord an 1,5 Millionen Armeniern im Osmanischen Reich als den ersten Völkermord im 20. Jahrhundert bezeichnet. Da sind die Türken, was wenig überrascht, ganz anderer Ansicht und werfen dem Papst vor, Hass und Feindschaft zu schüren. Der Papst hat allerdings noch etwas anderes gesagt. Er hat den Mord an den Armeniern in eine Reihe gestellt mit den Völkermorden des Nationalsozialismus und des Stalinismus. Damit hat der Papst relativiert. Und das tut man hierzulande nicht. Weshalb die „Tagesschau“ zwar ausführlich über die Feststellungen über Armenien berichtete, aber mit keinem Wort erwähnte, dass drei Verbrechen des Jahrhunderts in eine Reihe gestellt wurden. Denn das, wie gesagt, tut man nicht.

Also hätte auch der Gabriel die Hellenen nicht mit dem Begriff der Dummheit in Verbindung bringen dürfen? Der Alexis Tsipras jedenfalls war sauer. Er zeigte dem Gabriel den Stinkefinger, jedenfalls den symbolischen. Möglicherweise hatte er sich Anregung dazu bei seinem Kabinettskollegen geholt, aber wahrscheinlich braucht er diese Anregung eher nicht. Und ein symbolischer Stinkefinger geht diplomatisch auch durchaus in Ordnung. Weil er zwar so gemeint, aber kein richtiger Stinkefinger ist. Das ist ein bisschen kompliziert? Darum ist es ja diplomatisch. So wie die Frühlingsgefühle, die Alexis Tsipras bei seiner Begegnung mit Wladimir Putin entdeckte. Sonst ist bei dem Treffen erkennbar nichts geweckt worden. Mal abgesehen von der trotzigen Bemerkung Tsipras, als souveräner Staat könne Griechenland seine Außenpolitik selbst bestimmen. Endlich mal einer, der nicht vor Brüssel kuscht, wenn dort nur gehustet wird.

Und überhaupt, was soll diese ständige Nörgelei in Richtung Hellas. Haben die Griechen nicht ihre Schulden bezahlt, jedenfalls die beim Internationalen Währungsfonds (IWF) fällige Rate? Sie haben! Pünktlich! Auf Heller und Pfennig. Nun kommt es jeden Tag vor, dass ein Schuldner seine Schulden bezahlt. Und niemand außer den Betroffenen nimmt davon Notiz. Ganz anders bei den Griechen. Bei denen konnten Wetten darauf abgeschlossen werden: sie zahlen nicht – sie zahlen – sie zahlen nicht. Und als Athen dann wider viele Cassandrarufe tatsächlich Schulden beglichen hatte, da war das großen Zeitungen einen Aufmacher wert. Die Direktorin des IWF, Christine Lagarde, bestätigte höchst persönlich den Eingang des Geldes. Das macht sie sonst nicht.

Nun war die Summe, die die Griechen rausrücken mussten, nicht besonders groß. Jedenfalls nicht im Verhältnis zu den zigMilliarden, die sie als Schulden mit sich rumschleppen. Dagegen wirken die 459 Millionen Euro für den IWF wie aus der Kaffeekasse genommen. Aber immerhin, ein schönes Zeichen wurde mit dieser Tilgungsrate gesetzt. Da könnte doch getrost ein neuer Kredit in Aussicht gestellt werden.

MEINUNGEN

***Nicolaus Fest**, Ex-Vize-Chef der „Bild am Sonntag“, sagt in seinem Internet-Blog (8. April) eine **Eskalation der Asyldebatte** voraus. Schuld daran sei die Politik:*

„Wenn die Politik Probleme negiert und, weil keine Wahlen anstehen, jede Diskussion verweigert, werden auch die Reaktionen schärfer. Zudem gibt die Regierung nicht ansatzweise zu erkennen, ob und wie sie den Flüchtlingsstrom eindämmen will ... Was wir gegenwärtig erleben, ist die größte Völkerwanderung seit 1500 Jahren ... Doch selbst eine derart dramatische Herausforderung an dieses Land ist für die Kanzlerin und ihren Stellvertreter kein Anlass zur Stellungnahme oder Einordnung.“

*Die Südtiroler Gruppe **„Frei.Wild“** wurde wegen ihrer Heimatverbundenheit mit **Rechtsextremismus-Attacken** überhäuft. Sänger und Texter **Philipp Burger** erklärt in „Spiegel-online“ (9. April), was deutsche Debatten vergiftet:*

„Was in Deutschland als ‚rechts‘ bezeichnet wird, schließt konservative Werte, aber auch Ultra-Nazis mit ein. Das ist das Problem: Es werden keine Unterschiede gemacht.“

***Oliver Marc Hartwich**, Direktor der „New Zealand Initiative“, nennt im australischen „Business Spectator“ (9. April) den wahren Grund für die exorbitanten **deutschen Ausfuhrüberschüsse** (in Deutschland auf „Achse des Guten“ veröffentlicht):*

„Wenn man schon die ungesunde Stärke Deutschlands im Außenhandel kritisiert, sollte man auch den Mut haben, aus dieser Kritik die einzig logische Schlussfolgerung zu ziehen: Deutschland muss aus dem Euro austreten, zum eigenen Wohl und zum Wohle der anderen.“

*Weil die Renovierung der vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main stehenden **Euro-Skulptur** 60000 Euro kostet und eine „Zumutung für die Armen“ sei, fordert der Intendant des Frankfurter Schauspiels, Oliver Reese, deren Abriss. Der Künstler der Skulptur, **Otmar Hörl**, hält das in der „F.A.Z.“ (13. April) für **doppelzüngig und Quatsch**.*

„Ich finde es arrogant, dass jemand vom Theater, der Millionen von Steuergeldern bekommen hat, nun sagt, dass dieses Zeichen ein Götzenbild des Geldes sei. Das ist doch Quatsch. Man kann Geld nicht dafür verantwortlich machen, wenn man damit Blödsinn macht.“

*Der österreichische Publizist **Paul Lendvai** schreibt in „Der Standard“ vom 14. April, dass **Marine Le Pen,** Vorsitzende des französischen Front National, in den nächsten Jahren das Geschehen in der **Weltpolitik maßgeblich mitprägen** könnte:*

„Die Dritte im Bunde der Politikerinnen im Kampf um die Macht, nämlich die 47-jährige Marine Le Pen, ... macht keinen Hehl aus ihrer Entschlossenheit, im Falle eines Wahlsiegs Frankreich aus der EU und der Nato zurückzuziehen und eine prorussische Wende in der Außenpolitik einzuleiten. Mit einem stabilen Stimmenanteil von 25 Prozent hat sie gute Chancen, 2017 zumindest in die Stichwahl für die Präsidentschaft zu gelangen.“